



# Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts für die Stadt Aschaffenburg

Hauptteil



**STADT  
ASCHAFFENBURG**

# Herausgeber

Stadt Aschaffenburg  
Dalbergstraße 15  
63739 Aschaffenburg

# Ansprechpartnerinnen

Amt für soziale Leistungen  
Sachgebiet Rechtliche Betreuung, Senioren, Inklusion und Ehrenamt  
senioren@aschaffenburg.de

Stadt Aschaffenburg  
Dalbergstraße 15  
63739 Aschaffenburg

# Zusammenstellung und redaktionelle Bearbeitung der Texte durch

AfA - Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung GmbH  
Anja Preuß, Doris Rudolf und Magdalena Blumenfelder  
Spiegelstraße 4  
81241 München  
Tel.: 089 896 230 44  
Fax: 089 896 230 46  
info@afa-sozialplanung.de

# Grüßworte

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

Ältere Menschen zu versorgen und ihre gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen, sind wichtige Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Nach § 69 (2) AGSG sind wir als Kommune verpflichtet, dafür ein integratives, regionales und seniorenpolitisches Gesamtkonzept (SPGK) zu erstellen. Es ist der „Fahrplan“ für die kommunale Seniorenpolitik und dient als Grundlage für die künftige Planung, Steuerung und Weiterentwicklung der Angebote im Bereich der Seniorenarbeit und der Altenhilfe.



Unser Gesamtkonzept für Seniorinnen und Senioren stammt aus dem Jahr 2015. Es war also an der Zeit, das Konzept zu überarbeiten. Denn die steigende Lebenserwartung, der demographische Wandel, der Pflegekräftemangel und die sich verändernden familiären Strukturen stellen uns vor neue Herausforderungen, vor allem im Bereich Versorgungs- und Betreuungsangebote.

Für das Konzept wurden die Art und die Zahl der Angebote und Einrichtungen für ältere Menschen erhoben und 5.000 Bürgerinnen und Bürger ab 65 Jahre befragt. In Experten-Workshops, in einem Begleitgremium, in Experteninterviews, in Arbeitskreisen und im Seniorenbeirat wurden die Bedarfe konkretisiert und aus ihnen Handlungsempfehlungen abgeleitet, um das Leben und die Teilhabechancen älterer Menschen in unserer Region zu verbessern. Dabei wurden aktuelle Entwicklungen sowie der Grundsatz „ambulant vor stationär“ berücksichtigt. Bürgerinnen und Bürger der Stadt Aschaffenburg sollen so lange wie möglich eigenständig und selbstbestimmt am öffentlichen Leben teilnehmen sowie im eigenen Zuhause leben können.

Die Ergebnisse zeigen, dass wir für das „Heute“ überwiegend gut aufgestellt sind. Die Aschaffenburgerinnen und Aschaffenburger sind im Allgemeinen mit den Angeboten und der Versorgungssituation in unserer Stadt zufrieden.

Es gibt jedoch in einigen Bereichen noch Verbesserungspotenzial: Dazu gehören etwa die Barrierefreiheit und die Digitalkompetenz, Alltagsunterstützungsleistungen und Wege aus der häuslichen Vereinsamung, Angebote für besondere Zielgruppen wie ältere Menschen mit Behinderung, Migrationshintergrund oder Suchterkrankung, medizinische,

pflegerische und soziale Nahversorgung sowie dezentrale Angebote für Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen.

Die Aufgabe ist jetzt, die Ergebnisse in den nächsten Jahren Schritt für Schritt umzusetzen. Dafür müssen wir die Sozial- und Pflegestrukturen ausbauen und bisher geltende Grundsätze konsequent überdenken. Nur dann können wir möglichen Versorgungslücken kurzfristig etwas entgegensetzen.

Eine Schlüsselrolle hat dabei das bürgerschaftliche Engagement. Es ist und bleibt auch in Zukunft eine wichtige Stütze der Gesellschaft und der Sozialpolitik. Deshalb müssen wir die Nachbarschaftshilfe und die Seniorenarbeit bei kirchlichen Einrichtungen, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und ehrenamtlichen Gruppen stärken, wohnortnahe Hilfsstrukturen ausbauen, die häusliche Pflege als Kernelement der pflegerischen Versorgung stärken und dabei die Bedürfnisse sowie Beratung und Schulung von pflegenden Angehörigen im Blick behalten. Auch ehrenamtliche Sozialpaten für die Betreuung und Pflege können ein Lösungsweg sein. Denn „zu Hause alt werden“ ist nach wie vor der überwiegende Wunsch der Befragten.

Ich möchte mich abschließend bei dem mit der Konzepterstellung beauftragten Institut AfA (Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung) GmbH und bei allen, die an der Entstehung dieses seniorenpolitischen Gesamtkonzepts mitgewirkt haben, ganz herzlich für ihre Unterstützung und ihr wertvolles Engagement bedanken.

Die Informationen und Handlungsempfehlungen werden unsere sozialpolitische Arbeit für die Seniorinnen und Senioren in den nächsten Jahren leiten.



Jürgen Herzing  
Oberbürgermeister

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

die Gestaltung einer lebendigen und zukunftsorientierten Stadtgesellschaft ist eine gemeinsame Aufgabe, die alle Generationen einbezieht. Mit dem seniorenpolitischen Gesamtkonzept setzt die Stadt Aschaffenburg einen wichtigen strategischen Rahmen, um den demografischen Wandel aktiv zu gestalten und den Bedürfnissen älterer Menschen den Stellenwert zu geben, den sie verdienen.



Das Ziel der kommunalen Seniorenarbeit ist es, Seniorinnen und Senioren ein selbstbestimmtes, sicheres und gut eingebundenes Leben in unserer Stadt zu ermöglichen – unabhängig davon, wie vielfältig ihre Lebenssituationen und Bedürfnisse sind. Dazu gehört ein breites Spektrum an Themen: von Wohnen, Pflege und Gesundheit über Mobilität und Barrierefreiheit bis hin zu gesellschaftlicher Teilhabe und bürgerschaftlichem Engagement. Das vorliegende Konzept bündelt diese Handlungsfelder und zeigt konkrete Wege auf, wie wir unsere Angebote weiterentwickeln und neue Impulse setzen können.

Dieses Konzept ist nicht am Schreibtisch entstanden, sondern im Dialog mit vielen Beteiligten: Mit Seniorinnen und Senioren, Verbänden, Einrichtungen, Fachkräften und Initiativen, die tagtäglich wertvolle Arbeit leisten. Ihnen allen gebührt Dank für das Einbringen ihrer Expertise, ihrer Perspektive und ihrer Zeit!

Das seniorenpolitische Gesamtkonzept ist ein Wegweiser – doch es lebt davon, dass wir den Weg der Umsetzung und Weiterentwicklung gemeinsam beschreiten und aktiv mitgestalten. Nur so können wir Aschaffenburg als eine Stadt weiterentwickeln, in der Menschen aller Generationen gut und gerne leben.

Ihre

A handwritten signature in blue ink that reads "Jessica Euler". The signature is written in a cursive, flowing style.

Jessica Euler

Bürgermeisterin

Referat Jugend, Schule und Soziales

# Inhaltsverzeichnis

Soziodemografische Entwicklung.....	1
Einführung und Überblick.....	13
Gesetzliche Grundlage .....	15
Aufbau des Konzepts .....	17
Arbeitsschritte bei der Erstellung .....	18
Informationen zur Maßnahmenumsetzung.....	18
Entwicklungen seit dem Seniorenpolitischen Gesamtkonzept aus dem Jahr 2015 .....	20
Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung .....	24
Barrierefreiheit .....	25
Grundversorgung .....	29
Mobilität .....	35
Wohnen zu Hause .....	40
Unterstützungsmöglichkeiten für das Wohnen zu Hause.....	41
Barrierefreies Wohnen und Wohnalternativen .....	43
Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit .....	49
Information und Öffentlichkeitsarbeit.....	50
Beratungsangebote .....	53
Präventive Angebote .....	58
Gesellschaftliche Teilhabe.....	65
Orte der Begegnung .....	65
Freizeit und Bildung .....	67
Seniorenmitwirkung .....	70
Bürgerschaftliches Engagement für und von Seniorinnen und Senioren .....	72
Angebote für besondere Zielgruppen .....	78

Kooperations- und Vernetzungsstrukturen .....	87
Betreuung und Pflege.....	89
Unterstützung pflegender Angehöriger .....	95
Pflege für besondere Zielgruppen.....	99
Hospiz- und Palliativversorgung .....	104
Abbildungsverzeichnis.....	108
Anlagenverzeichnis.....	109
Bildnachweis .....	109

# Soziodemografische Entwicklung

In der Stadt Aschaffenburg lebten im Jahr 2023 rund 72.550 Einwohnerinnen und Einwohner<sup>1</sup>. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung in der Stadt beläuft sich auf 44,2 Jahre (2023) und liegt damit unter dem des Regierungsbezirks Unterfrankens (45,1 Jahre) und leicht über dem Gesamtbayerns (44,0 Jahre)<sup>2</sup>.

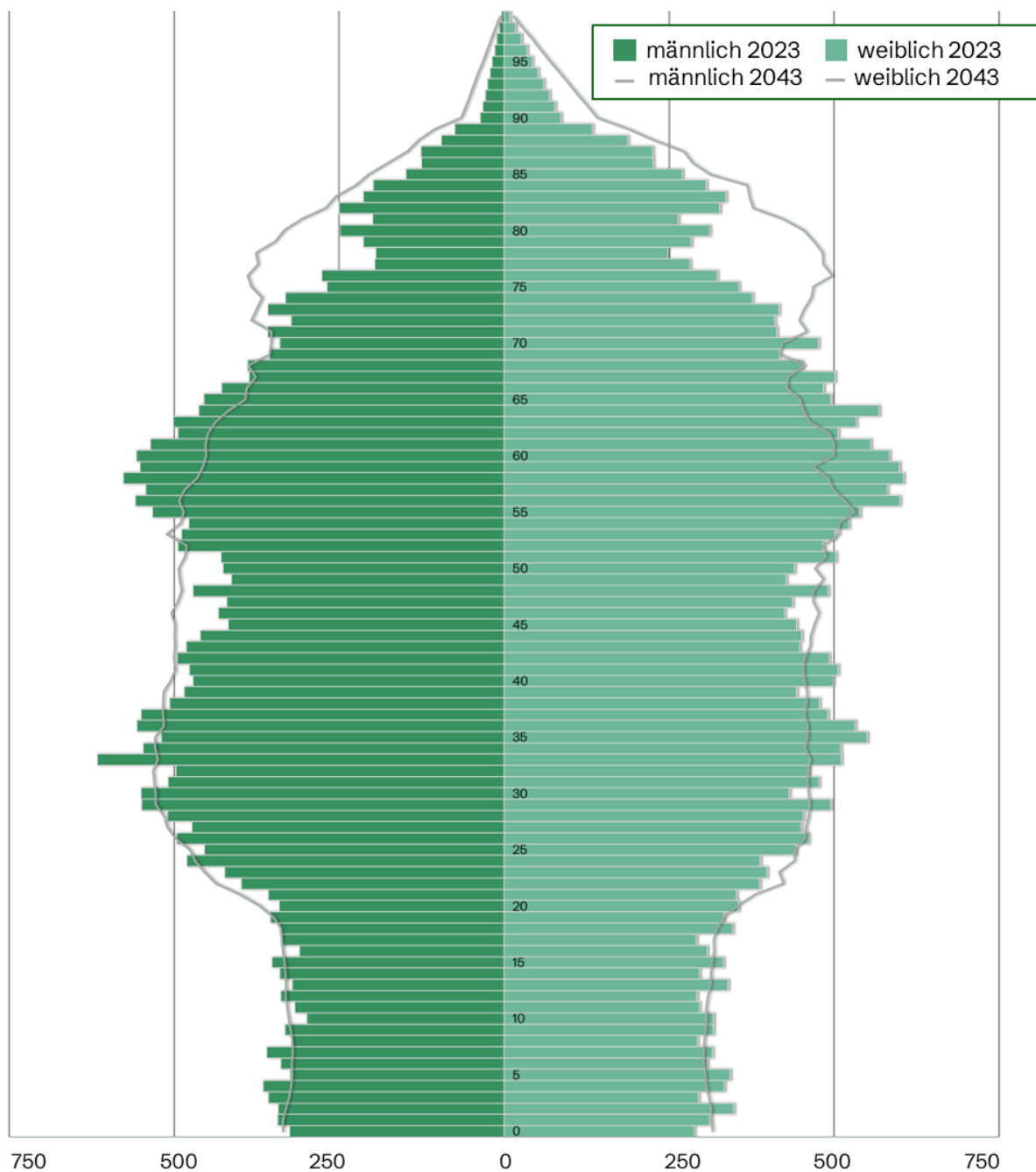
Die Bevölkerungsstruktur zeigt für das Jahr 2023<sup>1</sup> eine deutliche Konzentration in den jüngeren (Altersgruppen zwischen 30 und 40 Jahren) wie auch in den mittleren Altersgruppen zwischen 50 und 60 Jahren, während die übrigen Jahrgänge vergleichsweise schwächer besetzt sind. Dies verdeutlicht, dass die Geburtenzahlen bereits seit längerer Zeit rückläufig sind. In den höheren Altersgruppen ab 70 Jahren nimmt die Zahl der Menschen ab, wobei Frauen hier deutlich stärker vertreten sind. Für das Jahr 2043 zeigt sich eine deutliche demografische Verschiebung: Die heute zahlenmäßig starken Jahrgänge rücken in die Altersgruppen der 40- bis 50-Jährigen beziehungsweise in die Altersgruppen ab 70 Jahren auf. Dadurch wird die Zahl der älteren Menschen erheblich ansteigen – besonders ausgeprägt in den Altersgruppen zwischen 80 und 90 Jahren. Insgesamt wird die Bevölkerung der Stadt Aschaffenburg voraussichtlich auf 74.660 Einwohnerinnen und Einwohner anwachsen.

---

<sup>1</sup> Die Grundlage bilden die Daten des Bayerischen Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg 2023 bis 2043. Die vorliegende Bevölkerungsvorausberechnung für die Stadt Aschaffenburg ist als Modellrechnungen zu verstehen. Die Ergebnisse sind daher nicht als exakte Vorhersagen zu verstehen, sondern als rechnerische Projektionen, die auf plausiblen Annahmen beruhen. Abweichungen sind möglich, und die ausgewiesenen Werte werden teilweise aus Gründen der Übersichtlichkeit gerundet dargestellt.

<sup>2</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Durchschnittsalter der Bevölkerung: Gemeinden, Geschlecht, Stichtag 31.12.2023.

Abbildung 1 Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Aschaffenburg - Veränderung 2043 gegenüber 2023 in Tausend



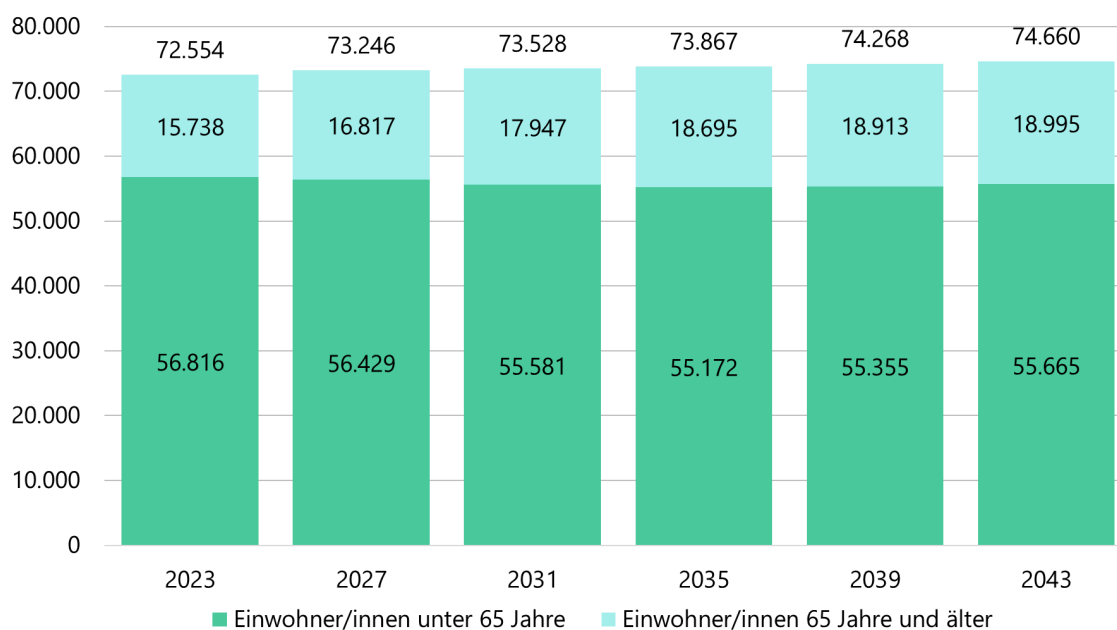
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg 2023 bis 2043; Darstellung AfA.

Im Jahr 2023 lag die absolute Zahl der 65-Jährigen und Älteren in der Stadt bei circa 15.700 Personen. Das entsprach einem relativen Anteil von rund 22 Prozent an der Gesamtbevölkerung.

Entsprechend der Bevölkerungsvorausrechnung des Bayerischen Landesamtes für Statistik wächst dieser Anteil bis 2043 auf 25 Prozent an, was beinahe 19.000 Personen in

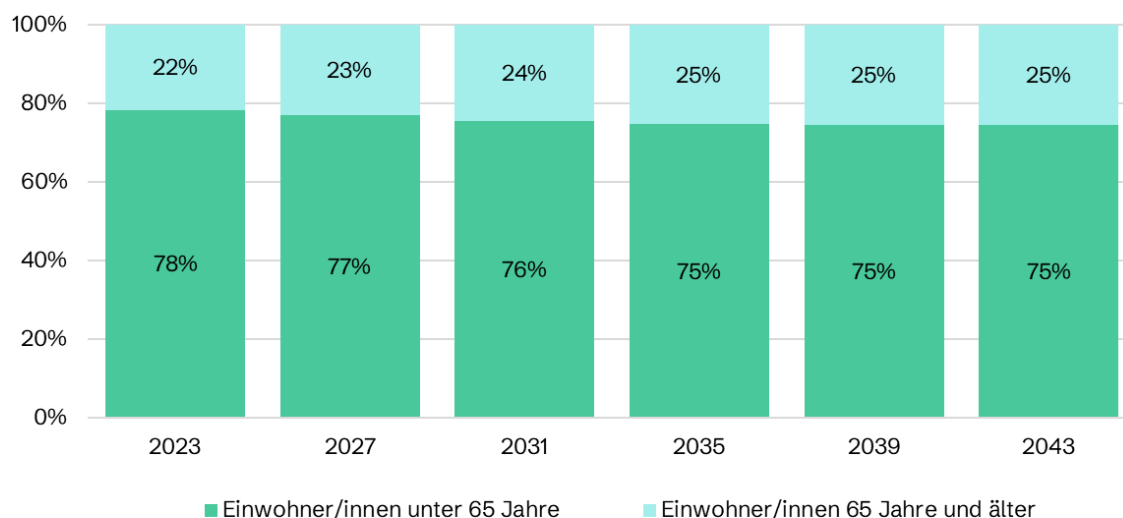
dieser Altersgruppe und einer absoluten Zunahme um rund 3.200 Personen gegenüber dem Ausgangsjahr entspricht. Der prozentuale Zuwachs innerhalb dieser Altersgruppe beträgt demnach knapp 21 Prozent. Die Bevölkerung der unter 65-Jährigen verringert sich hingegen leicht. Im Jahr 2043 liegt die Personenzahl dieser Altersgruppe bei gut 55.600 Personen und umfasst damit rund 1.150 Personen weniger als im Ausgangsjahr 2023 (56.800 Personen).

Abbildung 2 Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Aschaffenburg nach ausgewählten Altersgruppen (absolute Zahlen)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg 2023 bis 2043; Darstellung AfA.

Abbildung 3 Relativer Anteil der Altersgruppe 65 Jahre und älter und 64 Jahre und jünger in der Stadt Aschaffenburg gemessen an der Gesamtbevölkerung von 2023 bis 2043 (in Prozent)

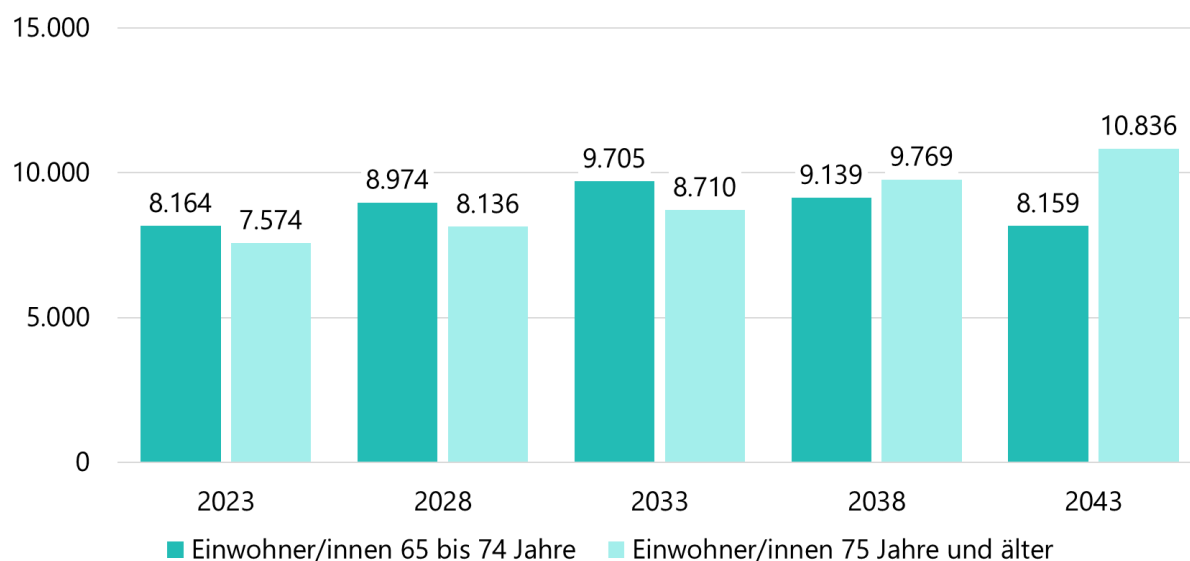


Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg 2023 bis 2043; Darstellung AfA.

Die Altersgruppe der Seniorinnen und Senioren weist eine sehr heterogene Struktur auf, weshalb eine differenzierte Betrachtung der 65-Jährigen und Älteren erforderlich ist. Nachfolgend wird deshalb die Bevölkerungsentwicklung der 65- bis 74-Jährigen und der 75-Jährigen und Älteren dargestellt. Im Zeitraum bis 2043 werden sich die beiden Altersgruppen prozentual unterschiedlich stark entwickeln. Die Zahl der 65- bis 74-Jährigen wird bis zum Jahr 2038 auf rund 9.100 Personen anwachsen – erreicht aber im Jahr 2033 mit gut 9.700 Personen sein Maximum. Anschließend nimmt die Bevölkerung in dieser Altersgruppe wieder ab und sinkt auf rund 8.160 Personen (2043).

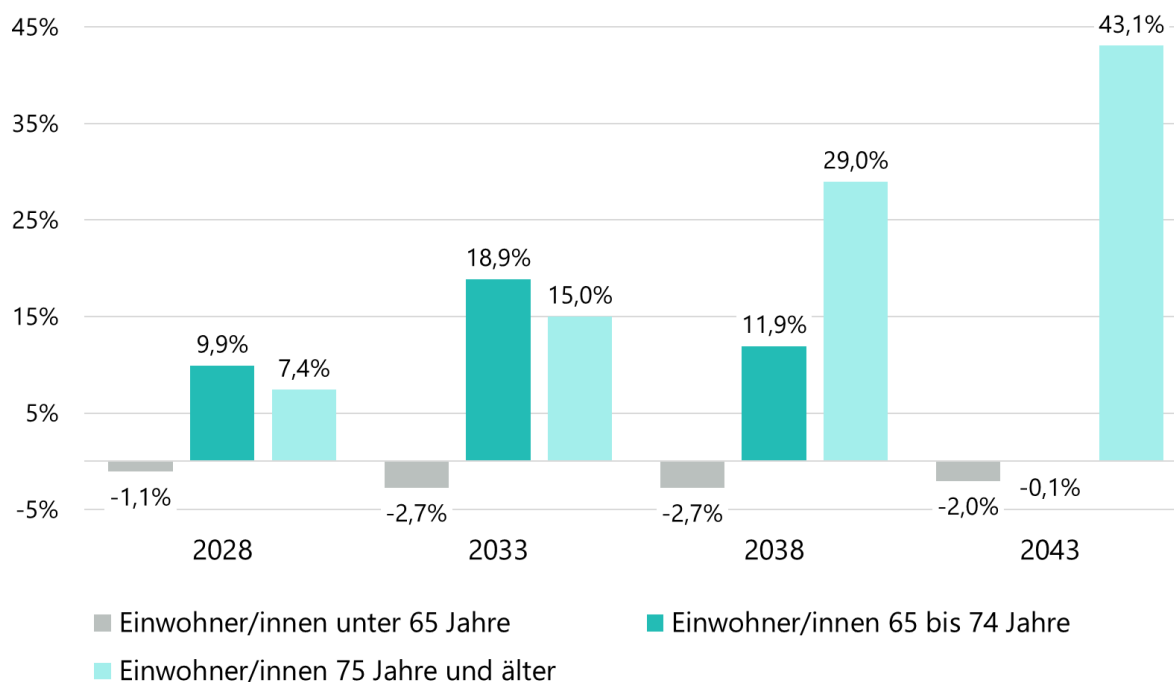
Die Altersgruppe der 75-Jährigen und Älteren steigt bis 2043 stetig weiter an. Demnach ergibt sich bis Ende des Beobachtungszeitraums 2043 ein Anstieg von 43,1 Prozent. In absoluten Zahlen bedeutet dies eine Zunahme um rund 3.200 Personen in der Altersgruppe der 75-Jährigen und Älteren auf insgesamt rund 10.800 Personen.

Abbildung 4 Bevölkerungsentwicklung der Altersgruppen 65 bis 74 Jahre und 75 Jahre und älter in der Stadt Aschaffenburg von 2023 bis 2043 (absolute Zahlen)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg 2023 bis 2043; Darstellung AfA.

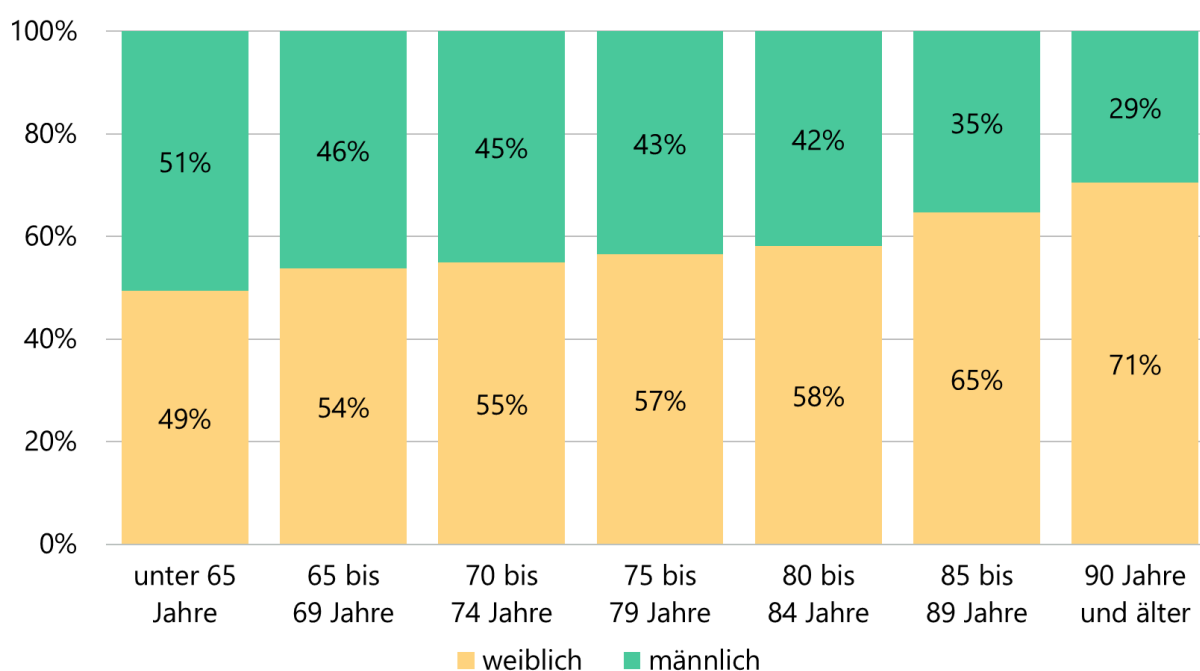
Abbildung 5 Prozentuale Entwicklung der Altersgruppen unter 65 Jahre, 65 bis 74 Jahre und 75 Jahre und älter in der Stadt Aschaffenburg (Ausgangsjahr: 2023, in Prozent)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg 2023 bis 2043; Darstellung AfA.

Ein weiterer nicht unerheblicher Aspekt bei der demografischen Entwicklung ist die Geschlechterverteilung, da sie bei pflegerischen wie auch nicht pflegerischen Planungen berücksichtigt werden sollte. Frauen leben im Mittel vier bis fünf Jahre länger als Männer. Während sich bei den jüngeren Seniorinnen und Senioren (bis unter 65 Jahre) das Verhältnis ausgeglichen darstellt, nimmt der Frauenanteil im Verlauf der höheren Altersgruppen sukzessive zu. In der Altersgruppe der 85- bis 89-Jährigen beläuft sich dieser auf 65 Prozent, bei den 90-Jährigen und Älteren schon auf rund 71 Prozent.

Abbildung 6 Geschlechterverhältnis nach Altersgruppen im Jahr 2023 in der Stadt Aschaffenburg



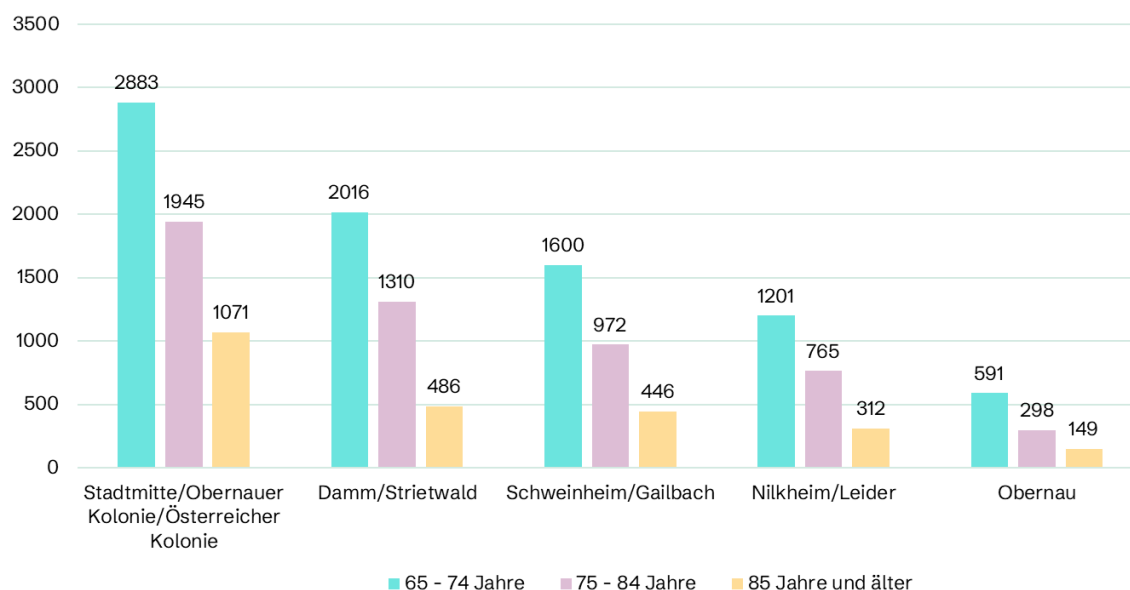
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg 2023 bis 2043; Darstellung AfA.

### Demografie in den Stadtteilen

Zum Stichtag 01.01.2025 lebten in der Stadt Aschaffenburg 72.233 Einwohnerinnen und Einwohner<sup>3</sup>. In allen betrachteten Stadtteilen stellt die Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen (8.291 Personen) den größten Anteil, gefolgt von den 75- bis 84-Jährigen (5.290 Personen), während die Zahl der Personen ab 85 Jahren (2.464 Personen) jeweils deutlich geringer ist.

<sup>3</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: Melderegister zum Stichtag 01.01.2025.

Abbildung 7 Bevölkerung 65+ (2025) in der Stadt Aschaffenburg nach Stadtteilen (absolute Zahlen)

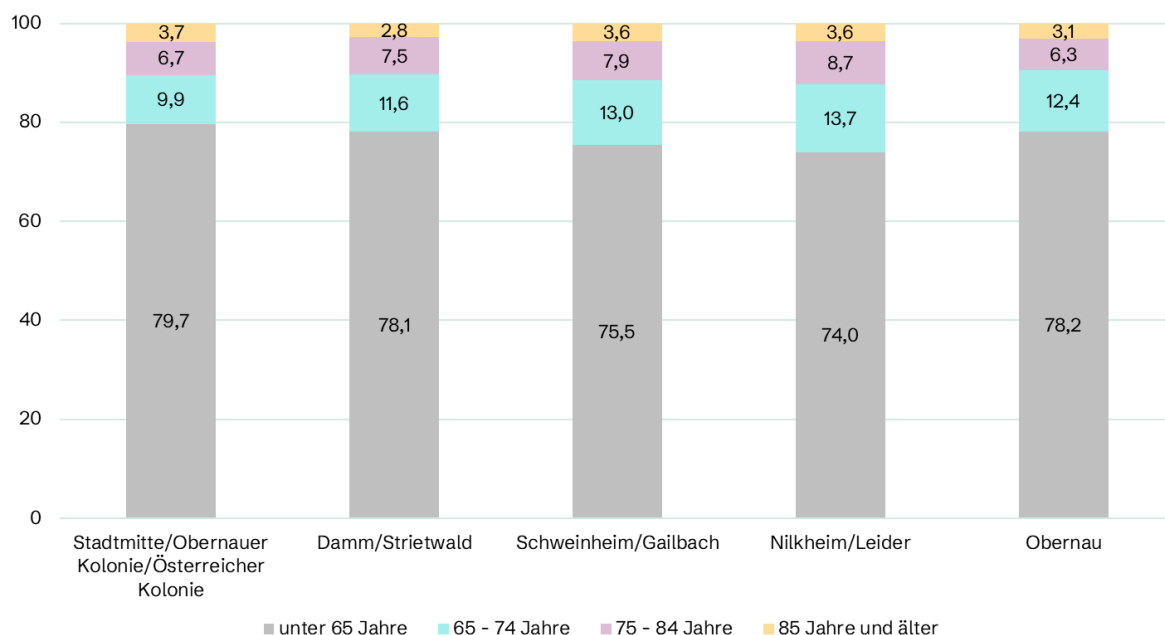


Quelle: Stadt Aschaffenburg: Melderegister zum Stichtag 01.01.2025; Darstellung AfA.

Die höchsten absoluten Werte finden sich in der Stadtmitte einschließlich Obernauer und Österreichischer Kolonie. Hier leben mit 2.883 Personen besonders viele Menschen im Alter von 65 bis 74 Jahren, gefolgt von 1.945 Personen im Alter von 75 bis 84 Jahren und 1.071 Personen im Alter von 85 Jahren und älter. Auch der Stadtteil Damm/Strietwald weist vergleichsweise hohe Zahlen älterer Menschen auf, liegt jedoch in allen Altersgruppen unter den Werten der Stadtmitte. Mittlere Werte zeigen sich in Schweinheim/Gailbach sowie in Nilkheim/Leider. Die geringsten Zahlen in allen drei Altersgruppen weist der Stadtteil Obernau auf.

In Bezug auf die Gesamtbevölkerung in den Stadtteilen lässt sich erkennen, dass im Stadtteil Nilkheim/Leider der Anteil an älteren Menschen (26 Prozent) besonders hoch ist, gefolgt von Schweinheim/Gailbach (24,5 Prozent). Die Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen macht je nach Stadtteil zwischen 9,9 Prozent (Stadtmitte) und 13,7 Prozent (Nilkheim/Leider) der Bevölkerung aus. Der Anteil der 75- bis 84-Jährigen liegt vergleichsweise niedriger und bewegt sich zwischen 6,3 Prozent in Obernau und 8,7 Prozent in Nilkheim/Leider. Die hochbetagte Bevölkerung ab 85 Jahren stellt in allen Stadtteilen den kleinsten Anteil dar. Am meisten sind sie in der Stadtmitte, Obernauer und Österreichischer Kolonie (3,7 Prozent) vertreten.

Abbildung 8 Bevölkerung (2025) in der Stadt Aschaffenburg nach Stadtteilen (in Prozent)



Quelle: Stadt Aschaffenburg: Melderegister zum Stichtag 01.01.2025; Darstellung AfA.

### Ältere Menschen mit Pflegebedarf

Darüber hinaus zeigt der Pflegebedarfsreport der Stadt Aschaffenburg aus dem Jahr 2023<sup>4</sup> einen kontinuierlichen Anstieg der Zahl der pflegebedürftigen Menschen in den vergangenen Jahren (insbesondere seit 2015<sup>5</sup>). Im Jahr 2021 zeigt sich zudem Folgendes: Die Zahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger pro 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner lag in der Stadt Aschaffenburg mit 55 deutlich über dem Durchschnitt der ausgewählten kreisfreien Städte, der bei 41 lag. Dies ist ein Hinweis darauf, dass in der Stadt überdurchschnittlich viele pflegebedürftige Menschen leben.

Ein Vergleich der Pflegequoten (Anteil der Pflegebedürftigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe) nach Altersgruppen im Jahr 2019 zeigt, dass die Pflegebedürftigkeit

<sup>4</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: <https://www.aschaffenburg.de/dokumente/Kultur-und-Tourismus/Stadtportrait/Pflegereport-2023.pdf>, Stand: September 2025.

<sup>5</sup> Die Änderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Zuge der Pflegereform seit 2015 (Pflegestärkungsgesetze) führten zu einer deutlichen Leistungsausweitung. Folglich ist die Gesamtzahl an Leistungsempfängerinnen und -empfängern ab 2015 pro Erhebungsjahr im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen.

in der Stadt Aschaffenburg insbesondere in den Altersgruppen ab 80 Jahren deutlich ansteigt.

Der überwiegende Teil der Pflegebedürftigen wurde 2021 zu Hause versorgt, entweder durch ambulante Dienste (24 Prozent) oder durch Angehörige mit Pflegegeld (60 Prozent). Lediglich 16 Prozent der Pflegebedürftigen lebten in einer stationären Einrichtung.

Gleichwohl ist davon auszugehen, dass der Bedarf an stationären Pflegeplätzen künftig weiter zunimmt. Die Bedarfsprognosen deuten darauf hin, dass die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2040 weiter ansteigen wird, wodurch zusätzliche Kapazitäten sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich erforderlich werden.

### Ältere Menschen mit Schwerbehinderung

Laut dem Bayerischen Landesamt für Statistik<sup>6</sup> betrug im Jahr 2023 der Anteil an Menschen mit einer Schwerbehinderung in der Stadt Aschaffenburg 8,6 Prozent, in absoluten Zahlen ausgedrückt waren es 6.275 Personen. Davon waren 3.270 Personen (52,1 Prozent) über 65 Jahren alt. Gemessen an der Gesamtbevölkerung der 65-Jährigen und Älteren in der Stadt Aschaffenburg macht dies einen Anteil von 21 Prozent aus.

Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit, eine anerkannte Schwerbehinderung zu entwickeln. Dies hängt vor allem mit chronischen Erkrankungen zusammen, die im höheren Lebensalter häufiger auftreten, etwa Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Arthrose oder Demenz. Auch Sinnesbeeinträchtigungen wie Hör- und Sehprobleme sowie Einschränkungen des Bewegungsapparates nehmen mit dem Alter zu. Hinzu kommt, dass Stürze oder andere Unfälle im Alter häufig schwerwiegendere Folgen haben und dauerhafte Beeinträchtigungen hinterlassen. Darüber hinaus trägt die gestiegene Lebenserwartung dazu bei, dass viele Erkrankungen, die früher tödlich verlaufen wären, heute zwar behandelbar sind, jedoch bleibende Einschränkungen zur Folge haben.

---

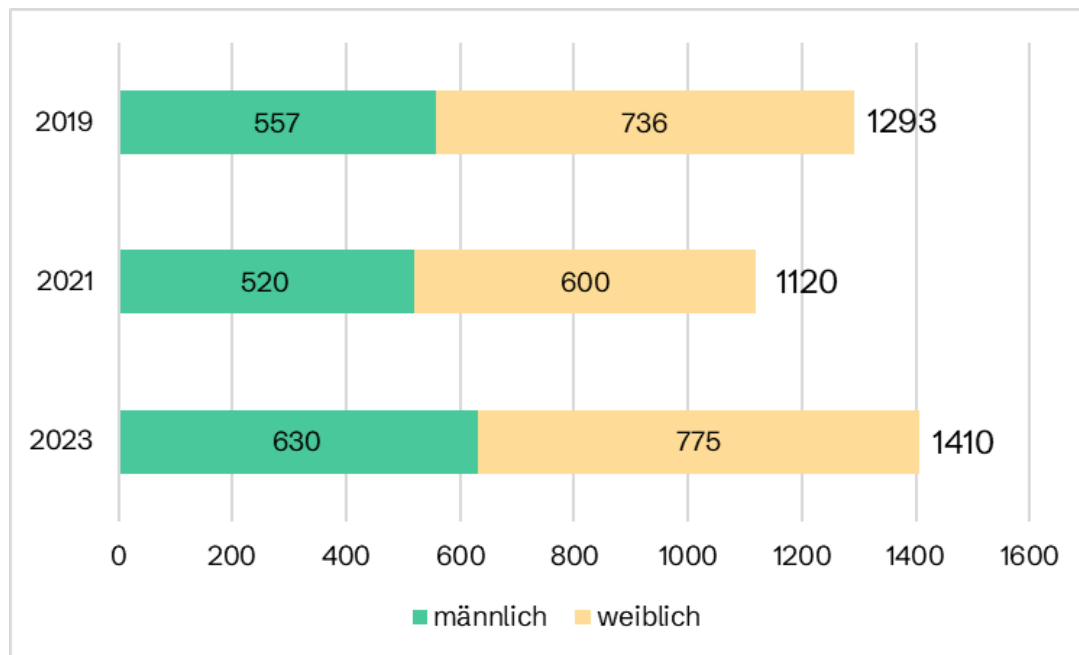
<sup>6</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Statistik der Schwerbehinderten für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg, Stichtag 31.12.2023.

Insgesamt zeigt sich, dass die Häufigkeit gesundheitlicher Beeinträchtigungen mit zunehmendem Lebensalter deutlich steigt und damit auch der Anteil der Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung zunimmt.

### Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter

Zwischen 2019 und 2023 ist die Zahl der Leistungsbeziehenden in der Stadt Aschaffenburg spürbar gestiegen<sup>7</sup>. Während 2019 insgesamt rund 1.300 Personen Leistungen von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erhielten, waren es im Jahr 2023 insgesamt gut 1.400 Personen. Damit ergibt sich gegenüber 2019 ein Zuwachs um rund 9 Prozent und gegenüber 2021 ein deutlicher Anstieg um etwa 26 Prozent.

Abbildung 9 Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter in der Stadt Aschaffenburg von 2019 bis 2023 (absolute Zahlen)



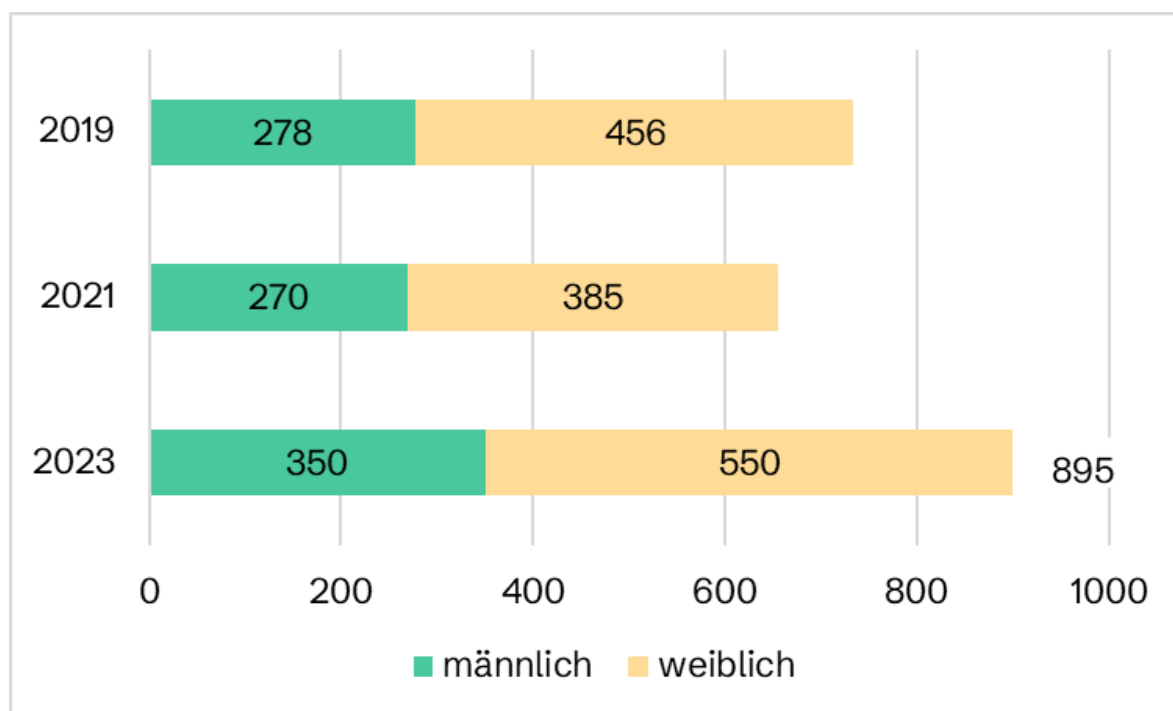
Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg; Darstellung AfA.

---

<sup>7</sup> Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg.

Besonders stark zeigt sich die Zunahme in der Gruppe der Menschen, die die Altersgrenze<sup>8</sup> erreicht haben oder älter sind. Hier stieg die Zahl von 734 Personen im Jahr 2019 über 655 Personen im Jahr 2021 auf 895 Personen im Jahr 2023 (davon 350 Männer und 550 Frauen). Das entspricht einem Wachstum um gut 22 Prozent gegenüber 2019.

Abbildung 10 Empfängerinnen und Empfänger (Altersgrenze und älter) von Grundsicherung im Alter in der Stadt Aschaffenburg von 2019 bis 2023 (absolute Zahlen)



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth (2025): Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für die Kreisfreie Stadt Aschaffenburg; Darstellung AfA.

---

<sup>8</sup> „Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung können Sie als bedürftiger Mensch bekommen, wenn Sie entweder die Regelaltersgrenze - das ist der Zeitpunkt, an dem Sie die reguläre Altersrente beziehen können - erreicht haben oder Sie dauerhaft voll erwerbsgemindert und mindestens 18 Jahre alt sind.“ (Deutsche Rentenversicherung)

## Das Wichtigste in Kürze

- Starker Anstieg der 65-Jährigen und Älteren (+21 Prozent).
- Unter 75-Jährige nehmen ab 2043 wieder ab. Die Zahl der 75-Jährigen und Älteren hingegen steigt kontinuierlich.
- Der Frauenanteil nimmt innerhalb der höheren Altersgruppen (ab 75 Jahren) deutlich und sukzessive zu.
- Anstieg der Zahl älterer Menschen mit Pflegebedarf.
- Anteil der älteren Menschen mit Schwerbehinderung wird erwartungsgemäß ansteigen.
- Anteil der älteren Menschen mit Leistungen der Grundsicherung wird erwartungsgemäß weiter ansteigen.

## Einführung und Überblick

Die demografische Entwicklung in der Stadt Aschaffenburg wie auch die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Integrierten Gesamtkonzept (IGP) von 2015 haben in den vergangenen Jahren vielschichtige Veränderungen in der Senioren- und Behindertenarbeit mit sich gebracht. Um diesen Entwicklungen gerecht zu werden, wird das Konzept nun geteilt in Seniorenpolitisches Gesamtkonzept und Teilhabe-/Aktionsplan für Menschen mit Behinderung<sup>9</sup> und gesondert fortgeschrieben. Ziel der hier erstellten Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes ist es, Schwerpunkte für die Zukunft zu setzen und neue Impulse für die Seniorenarbeit in der Stadt zu geben.

Der demografische Wandel und tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen prägen zunehmend die kommunale Verantwortung für ein gutes Leben im Alter. Fortschritte in der medizinischen Versorgung ermöglichen es vielen Menschen, länger und bei besserer Gesundheit zu leben. Damit einher geht ein gestärkter Anspruch auf Selbstbestimmung, Eigenständigkeit und die aktive Gestaltung des eigenen Lebens auch im höheren Alter. Für die kommunale Daseinsvorsorge bedeutet dies, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein selbstständiges Leben im vertrauten Umfeld möglichst lange unterstützen.

Gleichzeitig verändern sich soziale Strukturen. Haushalts- und Familienformen wandeln sich, traditionelle Unterstützungsnetzwerke werden brüchiger, während neue Formen des Zusammenlebens und der gegenseitigen Hilfe entstehen. Die Gruppe der älteren Menschen ist dabei keineswegs homogen. Unterschiedliche Lebensverläufe, gesundheitliche Voraussetzungen und soziokulturelle Lagen prägen vielfältige Altersbilder und führen zu sehr unterschiedlichen Bedürfnissen.

Hinzu kommt, dass sich das bürgerschaftliche Engagement im Zuge gesellschaftlicher Veränderungen ebenfalls im Wandel befindet. Engagementformen werden vielfältiger, zeitlich begrenzter und projektbezogener, was neue Formen der Unterstützung, Vernetzung und Anerkennung notwendig macht. Gleichzeitig wächst der Unterstützungsbedarf (vergleiche Soziodemografische Entwicklung). Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen nimmt zu, während Fachkräfte in Pflege und Betreuung

---

<sup>9</sup> Hinweis: Der Teilhabe-/Aktionsplan für Menschen mit Behinderung soll im zweiten Halbjahr 2026 beginnen und im ersten Halbjahr 2028 abgeschlossen werden. Stand: Dezember 2025

knapper werden. Auch der Anteil von Menschen mit Demenz, chronischen Erkrankungen oder Behinderungen steigt. Ergänzend dazu sind soziale Herausforderungen wie Altersarmut oder spezifische Bedarfe (älterer) Menschen mit Migrationshintergrund stärker in den Blick zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund kommt der Kommune eine zentrale steuernde und vernetzende Rolle zu. Im Zusammenspiel mit hauptamtlichen Fachkräften, ehrenamtlich Engagierten, Angehörigen sowie weiteren Akteuren gilt es, nachhaltige und bedarfsgerechte Lösungen zu entwickeln. Ziel ist es, durch abgestimmte Strukturen und passgenaue Angebote die Lebensqualität älterer Menschen zu sichern, Teilhabe zu ermöglichen und die kommunale Daseinsvorsorge zukunftsfähig weiterzuentwickeln.

Die Fortschreibung basiert auf einer engen und konstruktiven Zusammenarbeit mit regionalen Fachkräften und Akteuren aus unterschiedlichen Bereichen. Die AfA - Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung GmbH dankt der Stadt Aschaffenburg, den beteiligten Expertinnen und Experten sowie allen Bürgerinnen und Bürgern, die den Prozess mit ihrem Wissen, ihren Erfahrungen und wertvollen Anregungen bereichert haben.

Das Seniorenpolitische Gesamtkonzept bildet die fachliche und strategische Grundlage für eine zukunftsorientierte, altersgerechte Kommunalpolitik in Aschaffenburg. Es analysiert die Lebenslagen älterer Menschen, identifiziert bestehende Herausforderungen und Entwicklungspotenziale und leitet daraus konkrete Handlungsbedarfe ab. Im Mittelpunkt steht das Ziel, die Selbstbestimmung und Lebensqualität älterer Menschen nachhaltig zu stärken und Rahmenbedingungen für ein möglichst langes, eigenständiges und gut unterstütztes Leben im vertrauten Zuhause und im gewohnten sozialen Umfeld zu schaffen.

Das Konzept verknüpft verschiedene Themenfelder, wie etwa Wohnen, Pflege, Mobilität, Teilhabe oder Engagement zu einem ganzheitlichen Ansatz. Es dient als Orientierung für politische Entscheidungsträger, Fachstellen, Träger und zivilgesellschaftliche Akteure und unterstützt die Planung passgenauer Angebote und Strukturen. Als Steuerungsinstrument bildet es zudem die Grundlage für zukünftige Maßnahmen, Kooperationen und die Weiterentwicklung einer altersgerechten Stadt.

## Gesetzliche Grundlage

Nach Art. 69 Abs. 2<sup>10</sup> des Ausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch (AGSG) aus dem Jahr 2006 sind kreisfreie Städte und Landkreise in Bayern verpflichtet, integrative regionale Seniorenpolitische Gesamtkonzepte zu erstellen. Diese analysieren die Lebenssituation älterer Menschen systematisch und entwickeln entsprechende Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Teilhabe. Auch die Bedarfsermittlung an pflegerischen Einrichtungen und Angeboten gehören zu einem solchen Gesamtkonzept, das nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ ausgestaltet sein muss. Es umfasst neben der Lebenswelt älterer Menschen, auch das **Wohnumfeld**, die **ambulanten Versorgungsstrukturen**, **neue Wohn- und Pflegeformen** sowie die **stationäre Pflegeinfrastruktur**. Aus der Gesetzesbegründung ergibt sich unmissverständlich, dass die Kommunen damit verpflichtet sind, im Rahmen der regionalen Seniorenpolitik alle relevanten Aspekte eines selbstständigen und längstmöglichen Wohnens in der eigenen Häuslichkeit systematisch mitzudenken und planerisch zu berücksichtigen.

Damit verpflichtet Art. 69 AGSG die Kommunen regionale seniorenpolitische Gesamtkonzepte zu erstellen, die über reine Pflegeinfrastruktur hinausgehen und die gesamte Lebenssituation älterer Menschen berücksichtigen. § 71 SGB XII<sup>11</sup> definiert die Altenhilfe als eine verpflichtende Leistung der Sozialhilfe, die darauf ausgerichtet ist, älteren Menschen die **Bewältigung altersbedingter Schwierigkeiten** zu erleichtern und ihre **Teilhabe am gesellschaftlichen Leben** sicherzustellen. Der gesetzliche Auftrag umfasst insbesondere **Beratungsangebote**, **Unterstützung bei der Suche und Sicherung geeigneten Wohnraums**, **Hilfen zur Gestaltung sozialer Kontakte** sowie **Maßnahmen zur Förderung der Selbsthilfe**. Geldleistungen spielen dabei lediglich eine ergänzende Rolle. Zuständig für die Erfüllung dieser Aufgabe sind die örtlichen Träger der Sozialhilfe, die ein angemessenes Mindestangebot an Altenhilfeleistungen vorzuhalten haben.

---

<sup>10</sup> Vergleiche Landtag des Freistaats Bayern, Gesetz zur Ausführung der Sozialgesetze (AGSG) vom 8. Dezember 2006: <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayAGSG>, Stand: Dezember 2025.

<sup>11</sup> Vergleiche Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz, Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe - (Artikel 1 des Gesetzes vom 27. Dezember 2003: [https://www.gesetze-im-internet.de/sgb\\_12/\\_71.html](https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_12/_71.html), Stand: Dezember 2025.

Darüber hinaus gibt es verschiedene gesetzliche Grundlagen, die Kommunen und anderen Akteuren einen Rahmen bieten, wie Maßnahmen auch zugunsten von Seniorinnen und Senioren umgesetzt werden müssen. Beispielfhaft können hier genannt werden:

- Die Bayerischen Bauordnung (BayBO) enthält konkrete bauliche Anforderungen, insbesondere zur [Barrierefreiheit](#). Öffentliche Gebäude, Anlagen mit Publikumsverkehr sowie bestimmte Wohngebäude müssen barrierefrei zugänglich und nutzbar sein. Ergänzend verweisen Ausführungsvorschriften meist auf die technischen Regeln der DIN 18040, die in Bayern in der Praxis verbindlich herangezogen werden.  
Die BayBO und das Straßen- und Wegegesetz des Freistaats regeln darüber hinaus Anforderungen an Gehwege, Radwege und den öffentlichen Raum.
- Im Bereich [Mobilität](#) schreibt das Personenbeförderungsgesetz (PBefG) des Bundes die schrittweise Herstellung der Barrierefreiheit im ÖPNV vor.
- Das Präventionsgesetz (PrävG), das am 24. Juli 2015 in Kraft getreten ist, stärkt die [Gesundheitsförderung und Prävention](#) in Deutschland. Ziel des Gesetzes ist es, durch eine verbesserte Zusammenarbeit von Sozialversicherungsträgern, Ländern und Kommunen präventive Maßnahmen in allen Lebensbereichen und für alle Altersgruppen zu verankern. Im Mittelpunkt stehen dabei eine deutliche Ausweitung der finanziellen Mittel für Präventionsangebote sowie ein klarer Schwerpunkt auf lebensweltbezogenen strukturellen Ansätzen, die über reine individuelle Verhaltensprävention hinausgehen.
- §§ 37b und 132d SGB V legen fest, dass "Versicherte, die an einer unheilbaren, fortschreitenden und weit fortgeschrittenen Erkrankung mit begrenzter Lebenserwartung leiden" und daher einen besonders hohen Versorgungsbedarf haben, einen gesetzlichen Anspruch auf spezialisierte [ambulante Palliativversorgung \(SAPV\)](#) haben.

Des Weiteren gibt es einige Förderprogramme, die Kommunen in der Umsetzung von Maßnahmen unterstützen. Weitere Informationen finden sich unter anderem in der

Förderbroschüre<sup>12</sup> der Koordinationsstelle Wohnen im Alter, der Förderdatenbank<sup>13</sup> des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie oder der Förderdatenbank<sup>14</sup> der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt.

## Aufbau des Konzepts

Die Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts besteht zum einen aus dem Hauptteil mit den Maßnahmen und den Erläuterungen zu folgenden Handlungsfeldern

- Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung
- Wohnen zu Hause
- Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit
- Präventive Angebote
- Gesellschaftliche Teilhabe
- Bürgerschaftliches Engagement für und von Seniorinnen und Senioren
- Angebote für besondere Zielgruppen
- Kooperations- und Vernetzungsstrukturen
- Betreuung und Pflege (inklusive Unterstützung pflegender Angehöriger und Pflege für besondere Zielgruppen)
- Hospiz- und Palliativversorgung

Als Querschnittsthema wurde die Digitalisierung bei allen Handlungsfeldern mit einbezogen.

Weiter gibt es zwei Anlagen:

- Anlage 1 Ergebnisse der Expertenworkshops
- Anlage 2 Ergebnisse der Bürgerbefragung.

---

<sup>12</sup> Vergleiche Koordinationsstelle Wohnen im Alter, Förderbroschüre: <https://wohnen-alter-bayern.de/foerderbroschuere/>, Stand: Dezember 2025.

<sup>13</sup> Vergleiche Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Förderdatenbank: <https://www.foerderdatenbank.de/FDB/DE/Home/home.html>, Stand: Dezember 2025.

<sup>14</sup> Vergleiche Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, Förderdatenbank: <https://foerderdatenbank.d-s-e-e.de/>, Stand: Dezember 2025.

## Arbeitsschritte bei der Erstellung

Die Arbeitsschritte bei der Erstellung des Konzepts waren:

- Auftaktveranstaltung mit den Akteuren der Seniorenarbeit.
- Durchführung von zwei ganztägigen Workshops mit Expertinnen und Experten aus der Stadt.
- Durchführung einer Bürgerbefragung: Befragung von 5.000 Bürgerinnen und Bürgern ab 65 Jahren (Rücklauf 48 Prozent). Der Fragebogen stand auf Deutsch sowohl in Papierform als auch digital zur Verfügung. Zusätzlich bestand die Möglichkeit, die digitale Befragung in russischer, türkischer und englischer Sprache zu beantworten.
- Grundlegende Bestandserhebung und -bewertung: Analyse vorliegender Berichte, Telefoninterviews mit einzelnen Akteuren der Seniorenarbeit und weitere Recherchen.
- Entwicklung und Formulierung von Maßnahmen und Handlungsempfehlungen.
- Diskussion und qualitative Bewertung des Konzepts in einem Begleitgremium, bestehend aus Stadtverwaltung, Vertreterinnen und Vertreter der Interessensverbände und der Politik.

## Informationen zur Maßnahmenumsetzung

Im Sinne einer zukunftsfähigen Seniorenarbeit gilt es einen ganzheitlichen Ansatz zu verfolgen. Dabei beschreibt die sorgende Gemeinschaft ein kommunales Leitbild bei dem die Gestaltung guter Bedingungen das Älterwerden als gemeinsame Aufgabe von Kommune, professionellen Akteuren und Bürgerschaft verstanden wird. Das Zusammenspiel dieser drei Ebenen ist entscheidend für das Gelingen und die Umsetzung des Konzepts. Während die Kommune koordiniert und Rahmenbedingungen setzt, sichern professionelle Akteure die fachliche Qualität und Versorgung und die Bürgerschaft bringt Selbstverantwortung, soziale Vernetzung und Engagement ein. So entsteht eine solidarische Stadtgesellschaft, in der Verantwortung geteilt wird und älteren Menschen ein würdevolles und gut begleitetes Leben im Alter ermöglicht wird.

Für eine wirksame und nachhaltige Umsetzung der im Konzept entwickelten Maßnahmen sind den jeweiligen Handlungsempfehlungen konkrete Zuständigkeiten und Ansprechpartner zugewiesen – sei es in der städtischen Verwaltung oder weiteren Akteuren der Seniorenarbeit. Zu Letzteren zählen unter anderem Wohlfahrtsverbände,

Seniorenvertretungen, Kirchengemeinden, Vereine, Nachbarschaftshilfen sowie weitere gesamtstädtische oder quartiersbezogene engagierte Einrichtungen im Bereich der Seniorenarbeit. Diese wurden auch bereits im Erstellungsprozess des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes mit einbezogen.

Eine besondere Rolle kommt den sogenannten Multiplikatoren zu. Sie gelten sowohl bei älteren Menschen als auch bei Fachakteuren als vertrauenswürdige Schlüsselpersonen, sind gut vernetzt und in der Lage, Informationen gezielt weiterzugeben sowie zur aktiven Mitwirkung zu motivieren. Dazu zählen beispielsweise Mitglieder von Seniorenvertretungen, Kultur- und Sportvereine, Selbsthilfegruppen oder auch medizinisches Personal.

Auch das persönliche Umfeld – Familie, Freundeskreis und Nachbarschaft – sowie die älteren Menschen selbst sind aktiv in die Umsetzung einzubeziehen. Sie tragen wesentlich dazu bei, Maßnahmen im Alltag zu verankern.

Viele Maßnahmen erfordern die enge Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure und bauen thematisch aufeinander auf. Eine gute Koordination und kontinuierliche Abstimmung sind daher entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung.

Zudem erfolgt eine zeitliche Einordnung der Empfehlungen in kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen:

- Kurzfristig: Umsetzung innerhalb eines Jahres
- Mittelfristig: Umsetzung innerhalb von drei Jahren
- Langfristig: Umsetzung innerhalb von fünf Jahren
- Dauerhaft: fortlaufende oder strukturell verankerte Maßnahmen.

Dabei gilt es, die jeweiligen finanziellen und personellen Ressourcen realistisch zu berücksichtigen. Aufgrund thematischer Überschneidungen werden innerhalb der Handlungsfelder an relevanten Stellen Querverweise zu anderen Bereichen gesetzt. Dies unterstützt eine ganzheitliche und koordinierte Herangehensweise.

## Entwicklungen seit dem Seniorenpolitischen Gesamtkonzept aus dem Jahr 2015

Seit der Verabschiedung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts im Jahr 2015<sup>15</sup> wurden in Aschaffenburg zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, die die Lebenssituation älterer Menschen verbessern und die Seniorenarbeit nachhaltig weiterentwickeln. Ein wichtiger Schwerpunkt lag dabei auf dem **Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsangeboten**. So wurden unter anderem ein Pflegestützpunkt<sup>16</sup> eingerichtet, die Ehrenamtsagentur<sup>17</sup> ausgebaut und eine Selbsthilfekontaktstelle<sup>18</sup> etabliert. Die städtischen Beratungsstellen spielen eine zentrale Rolle als erste Anlaufstelle. Sie helfen dabei, Unterstützungsbedarfe zu klären und verweisen bei komplexeren Fragestellungen gezielt an spezialisierte Fachstellen weiter.

Auch im Bereich **Information und Kommunikation** konnten neue Impulse gesetzt werden. Der Seniorenwegweiser wird regelmäßig neu aufgelegt (letzte Auflage 07/2025) und bietet eine wichtige Orientierung für ältere Menschen und ihre Angehörigen<sup>19</sup>. Mit der Seniorenzeitung „Schlaue Graue“ und dem gleichnamigen Filmtreff<sup>20</sup>, der in Kooperation mit Trägern in den Stadtteilen durchgeführt wird, entstanden wichtige Plattformen für Information und Begegnung. In der Broschüre "Aktiv-gesellig-nachbarschaftlich", die halbjährlich von Seiten der Stadt aufgelegt wird, erhalten die Bürgerinnen und Bürger

---

<sup>15</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: [https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Gesundheit-und-Soziales/Senioren/Teilhabepan/DE\\_index\\_3488.html](https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Gesundheit-und-Soziales/Senioren/Teilhabepan/DE_index_3488.html), Stand: September 2025.

<sup>16</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: [https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Gesundheit-und-Soziales/Soziale-Beratung/Pflegeberatung/DE\\_index\\_5298.html](https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Gesundheit-und-Soziales/Soziale-Beratung/Pflegeberatung/DE_index_5298.html), Stand: September 2025.

<sup>17</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: [https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Buergerschaftliches-Engagement/Aschaffenburg-aktiv-/DE\\_index\\_3387.html](https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Buergerschaftliches-Engagement/Aschaffenburg-aktiv-/DE_index_3387.html), Stand: September 2025.

<sup>18</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: <https://www.selbsthilfekontaktstelle-aschaffenburg.de/>, Stand: September 2025.

<sup>19</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: [https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Gesundheit-und-Soziales/Senioren/Seniorenwegweiser/DE\\_index\\_3489.html](https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Gesundheit-und-Soziales/Senioren/Seniorenwegweiser/DE_index_3489.html), Stand: September 2025.

<sup>20</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: [https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Gesundheit-und-Soziales/Senioren/Schlaue-Graue/DE\\_index\\_3493.html](https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Gesundheit-und-Soziales/Senioren/Schlaue-Graue/DE_index_3493.html), Stand: September 2025.

Informationen zu verschiedenen Veranstaltungen, wie beispielsweise Tanztees, Sportkurse und Vorträge. Darüber hinaus wurde mit der Hallo-Aschaffenburg-App<sup>21</sup> ein digitales Angebot geschaffen, das in elf Sprachen lokale Informationen, beispielsweise zu Gesundheit, Sport oder speziellen Angeboten für ältere Menschen bereitstellt.

Die Gesundheitsregion<sup>plus</sup> Landkreis und Stadt Aschaffenburg trägt neben der Vernetzung der verschiedenen Akteure in Form von Arbeitsgruppen auch zur Informationsweitergabe und Öffentlichkeitsarbeit bei. Auf der Homepage<sup>22</sup> sind zahlreiche wichtige Informationsmaterialien zu verschiedenen Themen (zum Beispiel Pflege, Demenz, Hitze) sowie Beratungsstellen zusammengestellt. Ebenso werden Vorträge zu seniorenrelevanten Themen organisiert. Wichtige Akteure hierbei sind unter anderem auch die Volkshochschule Aschaffenburg, die AOK Aschaffenburg und der Malteser Hilfsdienst.

Zur Stärkung von **Kooperation und Vernetzung** werden regelmäßige Gremien- und Arbeitskreistreffen unter anderem mit Vertreterinnen und Vertretern der sozialen Träger sowie Organisationen und Einrichtungen der kommunalen Seniorenarbeit abgehalten. Beispielhaft sei hier die AG 03 - Runder Tisch für Seniorinnen und Senioren genannt. Zudem gibt es einen Seniorenbeirat und ein Sozialbeirat Inklusion.

Das Key Account Management des Malteser Hilfsdienstes trägt einen wichtigen Beitrag zur trägerübergreifenden Vernetzung der Pflegeanbieter und gesundheitsbezogenen Anbietern bei.

In der Stadt wird ebenfalls darauf geachtet, dass Angebote und Strukturen **zielgruppenorientiert** ausgebaut werden. So ist die Selbsthilfekontaktstelle, gegründet im Jahr 2021, eine wichtige Anlaufstelle für bestehende Gruppen wie auch Interessierte. Durch eine breite Öffentlichkeitsarbeit wie die Selbsthilfetage werden Themen aufgegriffen, die oftmals weniger Aufmerksamkeit bekommen. Darüber hinaus bieten Selbsthilfegruppen, wie beispielsweise für Angehörige von Menschen mit Demenz und Betroffenen die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen, sich gegenseitig zu unterstützen und praktische Tipps im Umgang mit herausfordernden Situationen zu erhalten.

---

<sup>21</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: <https://halloaschaffenburg.de/hallo/de>, Stand: September 2025.

<sup>22</sup> Vergleiche Gesundheitsregion<sup>plus</sup> Landkreis und Stadt Aschaffenburg: <https://www.gesundheitsregion-ab.de/anlaufstellen/>, Stand: September 2025.

Einen wichtigen Beitrag zur Sichtbarkeit und Unterstützung von besonderen Zielgruppen leistet der Grenzenlos e. V. Aschaffenburg. In den letzten Jahren wurde das Angebot für von Armut betroffene Menschen und obdachlose Menschen ausgebaut. So ist unter anderem die Anlaufstelle Ludwig 17 entstanden, die bedürftigen und obdachlosen Menschen kostenlose Dienste wie Duschen, Wäsche, Hygiene, warme Getränke, eine Bibliothek sowie weitere Alltagshilfen anbietet, um ihnen das Leben im Alltag zu erleichtern.

Auch in den einzelnen **Stadtteilen** wurden gezielt Projekte initiiert. Im Hefner-Alteneck-Viertel wurden durch die aktive Einbindung der Bürgerschaft das freiwillige Engagement und die gegenseitige nachbarschaftliche Unterstützung gestärkt. Zudem wurden neue kostenlose Angebote für Seniorinnen und Senioren wie etwa Sitz-Yoga oder Wassergymnastik geschaffen<sup>23</sup>.

Darüber hinaus wurden die **Wohn- und Versorgungsangebote** für ältere Menschen ausgebaut. Neben der Realisierung weiterer seniorengerechter und barrierefreier beziehungsweise barrierearmer Wohnungen, unter anderem durch die Stadtbau Aschaffenburg GmbH, wurde mit dem Projekt Betreutes Wohnen Matthias Claudius<sup>24</sup> ein weiterer wichtiger Baustein zur Versorgung geschaffen.

Nicht zuletzt wurde auch die **städtische Infrastruktur** Schritt für Schritt verbessert. So erfolgt der Umbau von Bushaltestellen für Niederflurbusse nach und nach, und im öffentlichen Raum wurden zusätzliche Bänke beispielsweise im Hefner-Alteneck Viertel und am Mainufer in unterschiedlichen Höhen aufgestellt, um älteren Menschen den Aufenthalt und die Mobilität im Stadtgebiet zu erleichtern.

Des Weiteren gibt es verschiedene Konzepte, die auch die Bedürfnisse der älteren Gesellschaft aufgreifen. Beispielsweise wurde zwischen 2019 und 2021 eine Klima-Anpassungsstrategie entwickelt, um auf die Folgen des Klimawandels zu reagieren. Ziel ist es, Klimaanpassung dauerhaft in Verwaltung und Stadtgesellschaft zu verankern, vorhandene Maßnahmen auszubauen und die Anpassungsfähigkeit Aschaffenburgs

---

<sup>23</sup> Vergleiche Stadtbau Aschaffenburg GmbH: <https://www.stadtbau-aschaffenburg.de/wir-ueber-uns/quartiersbuero-hefner-alteneck>, Stand: September 2025.

<sup>24</sup> Vergleiche Diakonie Untermain e. V.: <https://diakonie-aschaffenburg.de/matthias-claudius-haus-praesentation>, Stand: September 2025.

langfristig zu stärken. Ein entsprechendes Hitzeschutzkonzept, welches auch die besonderen Bedürfnisse der älteren Bevölkerung berücksichtigt, wird gerade vom Amt für Stadtplanung und Klimamanagement erstellt und wird im Sommer/Herbst 2026 veröffentlicht. Die Koordinatorin der kommunalen Seniorenarbeit sowie die Sachgebietsleitung des Sachgebiets Rechtliche Betreuung, Senioren, Inklusion und Ehrenamt sind hierbei aktiv eingebunden.

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass seit 2015 in vielen Bereichen konkrete Fortschritte erzielt werden konnten. Gleichzeitig wurden zahlreiche bestehende Angebote kontinuierlich ausgebaut, sodass heute eine solide Basis vorhanden ist. Zugleich zeigen die Ergebnisse der Erhebungen und aktuelle Entwicklungen jedoch auch, dass es weiterhin Punkte gibt, die im Hinblick auf den demografischen Wandel weiterentwickelt werden müssen.

# Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung

*"Ein inklusives Bewusstsein ist Voraussetzung für eine nachhaltige und zukunftsfähige Orts- und Entwicklungsplanung." (Expertenworkshop)*

Die Gestaltung einer altersgerechten Stadt beginnt bei einer integrierten Orts- und Entwicklungsplanung. Sie schafft die räumlichen, baulichen und infrastrukturellen Voraussetzungen dafür, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld leben können. Dabei geht es nicht nur um barrierefreies Bauen und Wohnen, sondern ebenso um die Entwicklung lebendiger Stadtquartiere, in denen Nahversorgung, Mobilität, Grün- und Freiflächen, soziale Treffpunkte und Unterstützungsangebote in einer sinnvollen räumlichen und funktionalen Verbindung stehen.

Eine integrierte Planung berücksichtigt unterschiedliche Lebenslagen und Bedarfe älterer Menschen und verknüpft städtebauliche, soziale und ökologische Aspekte. Sie stärkt generationenübergreifendes Miteinander, erleichtert Teilhabe und trägt dazu bei, Isolation im Alter vorzubeugen. Gerade im Kontext des Klimawandels gewinnt der Hitzeschutz zunehmend an Bedeutung: Ältere Menschen sind besonders gefährdet, da sie häufiger unter chronischen Erkrankungen leiden und mehr durch extreme Temperaturen belastet sind. Durch Kooperationen zwischen Stadtplanung, Wohnungswirtschaft, sozialen Trägern und bürgerschaftlichem Engagement entstehen nachhaltige Strukturen, die weit über Einzelmaßnahmen hinauswirken.

Das Handlungsfeld "Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung" gliedert sich in folgende Themen: Barrierefreiheit, Nahversorgung, medizinische Versorgung und Mobilität.

## Barrierefreiheit

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
<b>Barrierefreiheit</b>		
Ausbau der Barrierefreiheit von öffentlichen Räumen (Wege, Plätze, Parks et cetera) und öffentlicher Einrichtungen	Freistaat Bayern Öffentliche Träger (zum Beispiel Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen) Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben	Dauerhaft
Ausbau von öffentlich zugänglichen, barrierefreien Ruhebänken und barrierefreien Toiletten. Prüfung und gegebenenfalls Überarbeitung der bereits bestehenden "netten Toiletten"	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Öffentliche Träger, wie beispielsweise die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen	Langfristig
Verbesserung des Hitzeschutzes für Seniorinnen und Senioren im öffentlichen Raum	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben	Mittelfristig

Die Schaffung eines barrierefreien öffentlichen Raums bleibt eine zentrale Aufgabe für Kommunen. Umgesetzte Maßnahmen der Stadt wie sogenannte Komfortstreifen, die Menschen mit Gehhilfen eine möglichst hindernisarme Bewegung in der Innenstadt ermöglichen, haben die barrierefreie Fortbewegung bereits spürbar verbessert. In der Bürgerbefragung haben sich Unterschiede in den Stadtteilen gezeigt: in der Stadtmitte, Österreicher Kolonie und Obernauer Kolonie sowie in Schweinheim und Gailbach fühlen sich die Seniorinnen und Senioren aufgrund mangelnder Barrierefreiheit vergleichsweise häufiger eingeschränkt als in anderen Stadtteilen. Gleichzeitig wird sowohl von Expertinnen und Experten als auch von Seiten der Bürgerschaft betont, dass weitere Anpassungen notwendig sind, insbesondere müssen Zielgruppen stärker berücksichtigt werden, die bislang nicht immer im Fokus der Planung stehen. Barrierefreiheit wird derzeit vor allem im Hinblick auf körperliche Einschränkungen gedacht. Erforderlich ist ein

erweitertes Verständnis von Barrierefreiheit, das neben körperlichen Einschränkungen auch Menschen mit kognitiven Einschränkungen, Sinnesbeeinträchtigungen, aus dem Autismus-Spektrum oder mit Leseschwierigkeiten berücksichtigt. Für Menschen im Autismus-Spektrum umfasst eine zugängliche Gestaltung unter anderem eine klare, gut strukturierte Beschilderung, visuelle Orientierungshilfen sowie Rückzugs- und Ruhemöglichkeiten in stark frequentierten Bereichen wie Bahnhöfen oder Behörden. Zudem weisen Expertinnen und Experten darauf hin, dass die Bürgerschaft über entsprechende Maßnahmen informiert werden muss – einerseits, um die Angebote bekannter zu machen, andererseits, um deren Nutzung für die Betroffenen sicherzustellen (zum Beispiel durch das Freihalten von Komfortstreifen von parkenden Fahrzeugen).

Im Stadt-Bodenkonzept der Stadt Aschaffenburg, das für die Innenstadt entwickelt wurde, wurden Bereiche mit Handlungsbedarf in Bezug auf Barrierefreiheit identifiziert. Die dabei gewonnenen Erfahrungen können auch auf andere Stadtteile übertragen werden. Die „Beratungsstelle Barrierefrei“ der Bayerischen Architektenkammer<sup>25</sup> bietet kostenfreie Beratung zu entsprechenden Maßnahmen an und begleitet auf Wunsch auch Ortsbegehungen, um die Umgestaltung öffentlicher Räume zu unterstützen oder auf Fördermöglichkeiten hinzuweisen. Durch die aktive Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere älterer Menschen und Menschen mit Beeinträchtigungen können praxisnahe Lösungen entstehen, die die Lebensqualität und Teilhabe in den Stadtteilen stärken<sup>26</sup>. Zudem besteht die Möglichkeit, Barrieren direkt an die Stadt zu melden: Der Mängelmelder Aschaffenburg<sup>27</sup> ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, Missstände im Stadtgebiet unkompliziert online oder per App zu übermitteln. Durch die Ergänzung von Fotos und Standortdaten können Anliegen von der Stadtverwaltung schneller bearbeitet und behoben werden. Dieses Angebot sollte noch stärker bekannt gemacht werden.

---

<sup>25</sup> Vergleiche Beratungsstelle Barrierefrei der Architektenkammer Bayern [www.beratungsstelle-barrierefreiheit.de](http://www.beratungsstelle-barrierefreiheit.de), Stand: September 2025.

<sup>26</sup> Vergleiche Zahlreiche Anregungen und Beispiele zur Bewusstseinsbildung im Bereich Barrierefreiheit bietet außerdem die Stadt Freising: Stadt Freising: [www.freising.de/leben-wohnen/agenda-21/menschen-mit-behinderung](http://www.freising.de/leben-wohnen/agenda-21/menschen-mit-behinderung), Stand: September 2025.

<sup>27</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: <https://digital.aschaffenburg.de/onlinedienst/maengelmelder/>, Stand: September 2025.

Die Stadt hat mit AschaffenBürgerGIS (ABGIS) 2025 ein neues Karteninformationssystem eingeführt, das künftig weiterentwickelt und inhaltlich fortlaufend ergänzt werden soll. Zwischen der Kommunalen Senioren- und Behindertenarbeit und der städtischen IT besteht hierzu bereits ein konstruktiver Austausch. Aktuell können im System unter anderem Behindertenparkplätze sowie öffentliche und öffentlich zugängliche barrierefreie Toiletten – einschließlich jener, die von Gastronomie und Einzelhandel zur Mitnutzung freigegeben wurden – angezeigt werden. Perspektivisch ist vorgesehen, die Behindertenparkplätze mit Sensorik auszustatten, um in Echtzeit Informationen über freie oder belegte Stellplätze bereitstellen zu können. Das Angebot wird bisher wenig genutzt, soll aber durch eine breitere Öffentlichkeitsarbeit mehr in das Bewusstsein der Betroffenen gerückt werden (vergleiche Handlungsfeld Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit).

Die Bereitstellung von öffentlich zugänglichen barrierefreien beziehungsweise behindertengerechten Toiletten ist für viele Seniorinnen und Senioren eine Voraussetzung, um am öffentlichen Leben teilhaben zu können. Hier besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Die Stadt soll im Zuge der Ortsbegehungen prüfen, an welchen stark frequentierten Orten öffentliche Toiletten fehlen beziehungsweise auch bestehende Toiletten in Geschäften oder anderen öffentlichen Orten zugänglich gemacht werden können. Zur Verbesserung des Angebots soll das Netzwerk der „Netten Toiletten“ ausgebaut werden. Auch eine Überprüfung und Anpassung der Zugänglichkeit, beispielsweise durch Anbringung von Schlössern für Euroschlüssel<sup>28</sup> sollte erfolgen. (Ältere) Menschen, die Anrecht auf einen solchen Euroschlüssel haben, sollen stärker auf das Angebot aufmerksam gemacht werden. Ebenfalls zur Teilhabe gehört das ausreichende Vorhandensein von seniorengerechten Ruhebänken (Sitzhöhe, Platz für

---

<sup>28</sup> Hinweis: Das Eurozylinderschloss und der Euroschlüssel stellen seit 1986 ein europaweit einheitliches Schließsystem für behindertengerechte Anlagen, die mittlerweile nahezu flächendeckend in Deutschland, Österreich und der Schweiz zu finden sind, dar. Jeder, der im Besitz eines Euroschlüssels ist, kann diese Einrichtungen betreten und nutzen. Es handelt sich beispielsweise um Behindertentoiletten in Städten, öffentlichen Gebäuden, Bahnhöfen, Autobahnraststätten, Hochschulen, Freizeitanlagen, Kaufhäusern etc. Voraussetzungen für den Erhalt eines solchen Schlüssels ist ein Schwerbehindertenausweis mit Merkzeichen aG, B, H, Bl oder mit Merkzeichen G bei Behinderungsgrad von mind. 70 oder einen GdB von mindestens 80.

Rollatoren). Diese sollten vermehrt auch barrierefrei gestaltet sein. Ebenso mitzudenken ist dabei der Hitzeschutz, zum Beispiel in Form von beschatteten Sitzbänken.

Es ist zu begrüßen, dass es eine Klimaanpassungsmanagerin gibt, die die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung im Blick hat, da diese in besonderem Maße von den Folgen des Klimawandels betroffen sind. Hitzeperioden oder extreme Wetterereignisse stellen erhebliche gesundheitliche Risiken dar und können die selbstständige Lebensführung stark einschränken. Durch die Koordination gezielter Maßnahmen, wie die Schaffung von Schatten- und Aufenthaltsplätzen, die Begrünung des öffentlichen Raums oder die Bereitstellung barrierearmer Wege, trägt die Klimaanpassungsmanagerin dazu bei, die Stadt sicherer und lebensfreundlicher zu gestalten. Zudem sorgt sie für eine bessere Information und Sensibilisierung, etwa durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit, und fördert Strukturen, die soziale Teilhabe auch in Zeiten steigender Belastungen ermöglichen. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag, die Lebensqualität und Gesundheit älterer Menschen langfristig zu sichern. Als Basis und zur Strukturierung sowie Umsetzung dieser Maßnahmen wird seitens des Amtes für Klimamanagement und Stadtplanung und federführend von der Klimaanpassungsmanagerin ein sogenannter Hitzeaktionsplan (geplante Fertigstellung August 2026) erstellt. Durch eine starke Verzahnung und Zusammenarbeit der kommunalen Seniorenarbeit und der Klimaanpassungsmanagerin wird sichergestellt, dass die Belange und Bedürfnisse der älteren Bevölkerung im Hitzeaktionsplan berücksichtigt werden. Beispielweise haben die Ergebnisse der Bürgerbefragung gezeigt, dass sich die Mehrheit der befragten Seniorinnen und Senioren vor allem mehr beschattete Sitz- und Ruhemöglichkeiten sowie eine größere Anzahl kostenloser Trinkwasserbrunnen wünscht. In der Bürgerbefragung haben insbesondere ältere Menschen aus Obernau den Wunsch nach geschützten Ruhemöglichkeiten geäußert. Mehr kostenlose Trinkwasserbrunnen werden von Älteren in allen Stadtteilen gleichermaßen angeregt. Wohingegen der Bedarf an Grünflächen vor allem im Stadtteil Damm und Strietwald vorherrscht. Diese Anregungen<sup>29</sup> werden an die Klimaanpassungsmanagerin zur weiteren Bearbeitung übermittelt. Ebenso wie Ideen aus

---

<sup>29</sup> Vergleiche Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts für die Stadt Aschaffenburg - Anlage 2 Ergebnisse der Bürgerbefragung.

gelingenen Praxisbeispielen, wie dem Hitzeaktionsplan<sup>30</sup> der Stadt Nürnberg: Dort wurde unter anderem beim Seniorenamt ein Hitzetelefon eingerichtet, das an besonders heißen Tagen ehrenamtliche Unterstützung im Alltag vermittelt – beispielsweise für Einkäufe oder Arztbesuche. Solche niedrigschwelligen Angebote können wirkungsvoll dazu beitragen, ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen während Hitzeperioden zu entlasten und zu schützen. Zusammen mit den Akteuren der Seniorenarbeit sollen umgesetzte Maßnahmen wie auch bestehende Informationsmaterialien zum Selbstschutz<sup>31</sup> der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden.

## Grundversorgung

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
<b>Nahversorgung</b>		
Verbesserung der Erreichbarkeit von Nahversorgern	Koordinierend: Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Mögliche Akteure/Kooperationspartner: ÖPNV Organisierte Nachbarschaftshilfen Einzelhandel	Dauerhaft
Ausbau von Post- und Bankleistungen im Einzelhandelsbereich durch die jeweiligen Akteure	Einzelhandel Banken Postunternehmen / Paketdienste	Mittelfristig
<b>Medizinische Versorgung</b>		
Verbesserung der Erreichbarkeit von Hausärztinnen und -ärzten	Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) Gesundheitsregion <sup>plus</sup>	Dauerhaft

<sup>30</sup> Vergleiche Stadt Nürnberg, Hitzeaktionsplan:

[www.nuernberg.de/internet/umweltreferat/hitze.html#\\_0\\_16](http://www.nuernberg.de/internet/umweltreferat/hitze.html#_0_16), Stand: September 2025.

<sup>31</sup> Vergleiche unter anderem Hitze Service: <https://hitzeservice.de/>, Stand: September 2025.

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Entlastung der hausärztlichen Versorgung beispielsweise durch Digitalisierung, VEHRA Kräfte	Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) Gesundheitsregion <sup>plus</sup>	Dauerhaft
Weiterer Ausbau von demenzfreundlichen Apotheken, Verstetigung des Angebots	Koordinierend: Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Apotheken in Kooperation mit WIPIG - Wissenschaftliches Institut für Prävention im Gesundheitswesen der Bayerischen Landesapothekerkammer (Projektverantwortlicher) Alzheimer Gesellschaft	Mittelfristig

Auch im städtischen Bereich befindet sich die Versorgungsinfrastruktur in einem Wandel. Immer häufiger schließen Geschäfte und Dienstleistungsangebote des täglichen Bedarfs wie Supermärkte, Bäckereien oder Metzgereien, Post- und Bankfilialen. Für die Bevölkerung bedeutet dies häufig längere Wege und die Notwendigkeit, auf Angebote in benachbarte Stadtteile beziehungsweise die Stadtmitte auszuweichen, eine besondere Herausforderung für Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Laut Expertinnen und Experten besteht in der Aschaffener Innenstadt ein Mangel an Lebensmittelgeschäften, was die wohnortnahe Grundversorgung erschwert. Auch in einigen anderen Stadtteilen sind die vorhandenen Nahversorger oftmals nur mit dem Pkw gut erreichbar. In Obernau und Leider/Nilkheim sehen jeweils rund ein Drittel der befragten Seniorinnen und Senioren die Einkaufsmöglichkeiten als „weniger“ oder „überhaupt nicht ausreichend“. Ebenso nimmt die Versorgungszufriedenheit älterer Seniorinnen und Senioren deutlich ab. Es lässt sich daher festhalten, dass für Menschen, die nicht selbst mobil sind, diese Entwicklungen zu erheblichen Schwierigkeiten bei der alltäglichen Versorgung führen.

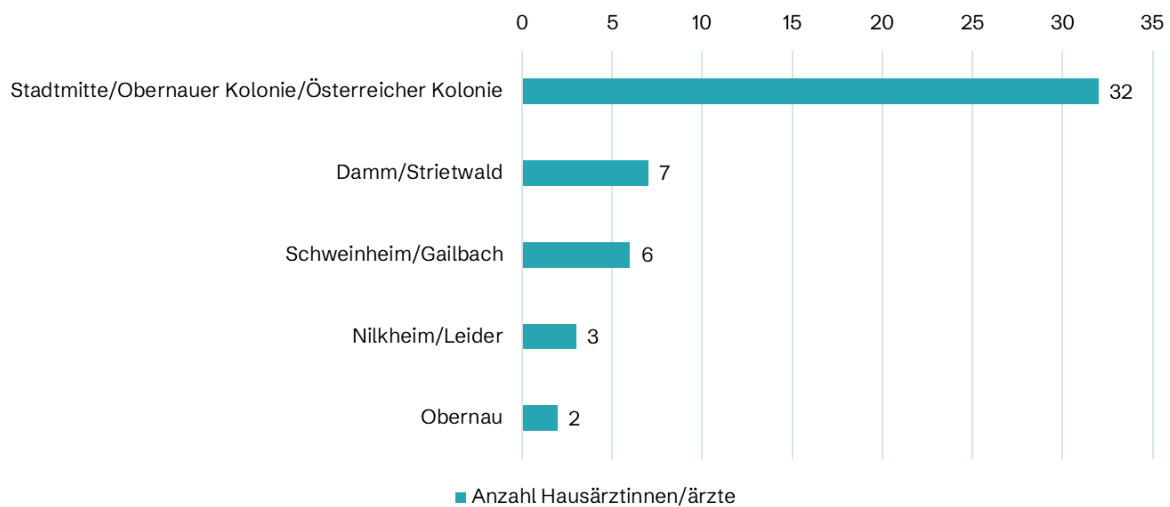
Im Juli 2025 wurde in der Innenstadt ein neues Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) mit fünf Hausärztinnen und -ärzten eröffnet. Stand August sind laut Versorgungsatlas der

kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB)<sup>32</sup> insgesamt 50 Hausärztinnen und -ärzte im Stadtgebiet tätig und es ist nur noch eine hausärztliche Niederlassung möglich. Der Versorgungsgrad der Stadt hat sich damit von 93,14 Prozent im Februar 2025 auf 108,58 Prozent im August 2025 verbessert. Die Stadt gilt somit laut KVB als regelversorgt, hat also eine gute medizinische Grundversorgung. Laut Expertenmeinung besteht die Gefahr, dass sich die hausärztliche Versorgung immer mehr im Stadtzentrum konzentrieren wird, während gleichzeitig ein Rückgang des Angebots in den anderen Stadtteilen zu beobachten sein wird. Dies wird bereits durch aktuelle Entwicklungen deutlich: die Verteilung variiert stark zwischen den Stadtteilen. Die Innenstadt weist mit 31 Ärztinnen und Ärzten die mit Abstand höchste Konzentration auf. In Schweinheim sind sechs Hausärztinnen und -ärzte ansässig, gefolgt von Damm mit vier sowie Strietwald mit drei und Obernau mit zwei Praxen. Jeweils zwei Hausärztinnen und -ärzte gibt es zudem in Leider. Nilkheim und die Obernauer Kolonie verfügen jeweils über einen Hausarzt beziehungsweise Hausärztin, während in Gailbach und der Österreicher Kolonie derzeit kein hausärztliches Angebot vorhanden ist. Das führt dazu, dass vor allem ältere Patientinnen und Patienten, welche in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, Probleme haben werden, Praxen zu erreichen. Die hausärztliche Versorgung gilt es zudem aufgrund des Durchschnittsalters von 54,2 Jahren<sup>32</sup> auch weiterhin zu beobachten und gegebenenfalls in weiteren Planungen miteinzubeziehen.

---

<sup>32</sup> Vergleiche Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB): <https://www.kvb.de/fileadmin/kvb/Ueber-uns/Versorgungssituation/Versorgungsatlas/KVB-Versorgungsatlas-Hausaerzte.pdf>, Stand: September 2025.

Abbildung 11 Anzahl der Hausärztinnen und Hausärzte nach Stadtteilen (absolute Zahlen)



Quelle: Arzt- und Psychotherapeutensuche der Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB); Darstellung AfA.

Zwar bieten organisierte Nachbarschaftshilfen zum Teil Fahrdienste und Einkaufsbegleitungen an, doch ist dieses Unterstützungsangebot noch nicht flächendeckend bekannt und könnte stärker beworben sowie ausgebaut werden (vergleiche Handlungsfeld Wohnen zu Hause).

Für die zukünftige Planung bedeutet dies, dass die Sicherstellung der Erreichbarkeit sowohl einer verlässlichen Nahversorgung als auch einer angemessenen medizinischen Versorgung von zentraler Bedeutung ist.

Dies kann durch mobile Angebote wie Lieferdienste, durch die gezielte Förderung von Nachbarschaftsinitiativen sowie durch eine bedarfsgerechte Anpassung der Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs unterstützt werden (siehe unten "Mobilität"). Nur so kann gewährleistet werden, dass auch ältere Menschen und Personen mit eingeschränkter Mobilität ihre Selbstständigkeit bewahren und ihre Grundbedürfnisse ohne größere Hürden decken können.

Noch mehr als derzeit werden deshalb digitale Dienstleistungen wie Online-Banking, Internet-Einkäufe, Lieferservices der Supermärkte, digital gestützte Supermärkte sowie Online-Sprechstunden bei Ärzten und Ärztinnen an Bedeutung gewinnen. Zu denken ist

bei digitalen Lösungen zur wohnortnahen Nahversorgung unter anderem an "tegut... teo"<sup>33</sup> am Aschaffener Hauptbahnhof oder der digitale Tante-Emma-Laden "tanteenso"<sup>34</sup>.

Die Stärkung der digitalen Kompetenzen der Seniorinnen und Senioren durch Schulungs- und Unterstützungsangebote sowie die Bereitstellung von Informationen über solche Angebote ist deshalb ein wichtiger Baustein zur Sicherung der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und der medizinischen Versorgung (vergleiche Handlungsfeld Gesellschaftliche Teilhabe). Ein aktuelles Beispiel für die zunehmende Digitalisierung ist das Anfang 2024 eingeführte E-Rezept, das in vielen Fällen den Weg zur Arztpraxis erspart und die Medikamentenversorgung erleichtert.

Darüber hinaus wäre eine vermehrte und stärkere Integration von Post- und Bankservices, einschließlich der Möglichkeit zum Abheben und Einzahlen von Bargeld, in den Einzelhandelsgeschäften wünschenswert.

Auch Modelle, die zur Entlastung der Arztpraxen beitragen und die Versorgung von Patientinnen und Patienten vor Ort verbessern, sind künftig vermehrt in der Stadt zu etablieren. So können Praxen Mitarbeitende zu VERAH-Kräften (Versorgungsassistent/in in der Hausarztpraxis) oder Physician Assistants weitergebildet werden. Sie übernehmen arztentlastende, delegierte Aufgaben und unterstützen die Sicherstellung einer umfassenden Patientenbetreuung. Auch der Einsatz von „GutePfleger-Lotsen“ oder „Gemeindeschwestern“ kann die pflegerische und gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung verbessern und die Arbeit der Hausärzteschaft entlasten. Mit der 2023 neu geschaffenen Förderrichtlinie „Gute Pflege in Bayern“ unterstützt der Freistaat die Schaffung von derartigen Angeboten in den Kommunen<sup>35</sup>.

Laut Expertenmeinung ist es oftmals für Seniorinnen und Senioren schwierig Hausärztinnen und -ärzte, Fachärztinnen und -ärzte sowie den ärztlichen Bereitschaftsdienst telefonisch zu erreichen. Offene Sprechstunden könnten eine Entlastung bringen, sind aber wenig bekannt. Zur weiteren Entlastung und Verbesserung

---

<sup>33</sup> Vergleiche tegut... gute Lebensmittel GmbH & Co. KG: <https://www.tegut.com/teo.html>, Stand: Dezember 2025.

<sup>34</sup> Vergleiche Tante Enso, myEnso: [www.tanteenso.de](http://www.tanteenso.de), Stand: Dezember 2025.

<sup>35</sup> Vergleiche Bayerisches Landesamt für Pflege, GutePflegerFÖR: <https://www.lfp.bayern.de/gutepfleger/>, Stand: September 2025.

der telefonischen Erreichbarkeit von Arztpraxen ist eine Kombination organisatorischer und technischer Maßnahmen erforderlich. Dazu gehören strukturierte Telefonzeiten, die Entlastung des Praxispersonals durch geschulte Mitarbeitende oder externe Telefonservices sowie der Einsatz moderner Telefonanlagen mit Warteschleifen, Rückrufsystemen und Anrufweiterleitungen. Ergänzend können digitale Lösungen wie Online-Terminbuchungen, Patientenportale oder Messenger-Dienste dazu beitragen, die Zahl der telefonischen Anfragen zu reduzieren. Gemeinschaftliche Telefonzentralen in Medizinischen Versorgungszentren sowie eine bessere Abstimmung mit dem ärztlichen Bereitschaftsdienst bieten darüber hinaus die Möglichkeit, Ressourcen effizienter einzusetzen und den Zugang zur hausärztlichen Versorgung für Patientinnen und Patienten nachhaltig zu verbessern. Koordinierend und initiiierend sollten hier die Gesundheitsregion<sup>plus</sup> in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) tätig werden. Die Stadt kann dabei Seniorinnen und Senioren im Umgang mit digitalen Angeboten schulen (zum Beispiel Doctolib, Apps und Plattformen von Krankenkassen wie TK-Doc).

Ein gutes Beispiel für niedrigschwellige Unterstützung von Menschen mit Demenz und deren Angehörige bieten zudem demenzfreundliche Apotheken. Sie sind im Umgang mit demenzerkrankten Menschen besonders sensibilisiert und tragen dazu bei, Betroffenen und Angehörigen Orientierung und Sicherheit zu geben. Eine entsprechende Qualifizierung kann über das Angebot des Wissenschaftlichen Instituts für Prävention im Gesundheitswesen (WIPIG) der Bayerischen Landesapothekerkammer erfolgen<sup>36</sup>. Einige Apotheken in der Stadt<sup>37</sup> nehmen bereits teil, allerdings sollen sich weitere - insbesondere in den dezentralen Stadtteilen - engagieren. Das Begleitgremium bestätigt das sinnvolle Konzept der demenzfreundlichen Apotheken, weist allerdings darauf hin, dass die Apotheken das Angebot nach Etablierung auch nachhaltig beibehalten müssen und das

---

<sup>36</sup> Vergleiche Wissenschaftlichen Instituts für Prävention im Gesundheitswesen (WIPIG): <https://www.wipig.de/materialien/projekte-downloads/item/demenzfreundliche-apotheke>, Stand: September 2025.

<sup>37</sup> Vergleiche Gesundheitsregion<sup>plus</sup> Stadt und Landkreis Aschaffenburg, Demenzfreundliche Apotheken in Aschaffenburg: <https://www.gesundheitsregion-ab.de/aktuelles/demenzfreundliche-apotheken-in-aschaffenburg/>, Stand: Dezember 2025.

Programm verstetigt werden muss. Eine Zusammenarbeit der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> und der Alzheimer Gesellschaft Stadt Aschaffenburg wurde hierbei begrüßt.

## Mobilität

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Mobilität		
Kontinuierlicher Ausbau der Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr, unter anderem <ul style="list-style-type: none"> <li>• Schulung des Buspersonals</li> <li>• Geschützte Wartebereiche an Bushaltestellen</li> </ul>	Gebietskörperschaften - siehe Nahverkehrsplan	Langfristig
Berücksichtigung der Mobilitätsbedürfnisse von Älteren bei der Linienführung	Gebietskörperschaften - siehe Nahverkehrsplan	Mittelfristig
Ausbau der ehrenamtlichen Fahrdienste	Koordination: Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Mögliche Kooperationspartner: Anbieter von ehrenamtlichen Fahrdiensten, wie Organisierte Nachbarschaftshilfen, MiZ - Miteinander im Zentrum e. V., Pfarreien; Caritasverband Aschaffenburg Ehrenamtsagentur „Aschaffenburg Aktiv!“	Mittelfristig

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Verbesserung der Verkehrssicherheit im Radverkehr mittels infrastruktureller Maßnahmen, planerischer Sensibilisierungskampagnen und individueller Präventionsansätze	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Mögliche Anbieter für Schulungen/Sicherheitstraining: Polizei, Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club e. V. (ADFC), Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD), Verkehrswacht Aschaffenburg e.V., ortsansässige Fahrradhändler	Dauerhaft

Im Nahverkehrsplan für die Region Bayerischer Untermain<sup>38</sup> wurden die Bedarfe für die Stadt Aschaffenburg, Landkreis Aschaffenburg, Landkreis Miltenberg in Bezug auf den Öffentlichen Personennahverkehr gesammelt. Dabei wurden auch Qualitätsstandards für die Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr formuliert. Diese wurden von der Stadt Aschaffenburg aufgegriffen, sodass in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte bei der Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr erzielt wurden<sup>39</sup>. So konnten durch den Einsatz von Niederflurbussen und die sukzessive Einrichtung barrierefreier Haltestellen die Rahmenbedingungen für mobilitätseingeschränkte Personen deutlich verbessert werden. Auch das geschulte Buspersonal wird von den Expertinnen und Experten positiv hervorgehoben. Allerdings wurde in der Bürgerbefragung häufig darauf hingewiesen, dass die Busfahrerinnen und Busfahrer nicht immer auf die besonderen Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren eingehen. Als Beispiel wurde dabei zu schnelles Anfahren genannt. Das Buspersonal soll daher noch stärker auf die Bedürfnisse von Älteren bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln geschult und sensibilisiert werden. Gleichzeitig zeigt sich weiterer Handlungsbedarf, insbesondere bei der Gestaltung von Haltestellen. Im Expertenworkshop wurden hier

<sup>38</sup> Vergleiche Aschaffenburg Miltenberg Nahverkehrs-GmbH: <https://www.amina-verbund.de/wp-content/uploads/2025/08/Nahverkehrsplan-Bayerischer-Untermain-2025.pdf>, Stand: September 2025.

<sup>39</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: <https://www.aschaffenburg.de/Leben-in-Aschaffenburg/Stadtplanung-Klima-Nachhaltigkeit/Stadtplanung/>, Stand: Februar 2026.

zusätzliche Sitzgelegenheiten sowie ein wirksamer Schutz vor Regen und Hitze genannt, um längere Wartezeiten besser überbrücken zu können. Die Herausforderung besteht darin, diese Maßnahmen mit den bestehenden Vorgaben und Regelungen für Bushaltestellen in Einklang zu bringen. Die im aktuellen Nahverkehrsplan ausgewiesenen Bedarfe bilden auch zukünftig eine zentrale Grundlage für die Weiterentwicklung der Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr. In Kooperation zwischen den Gebietskörperschaften Stadt und Landkreis Aschaffenburg und Miltenberg sowie den jeweiligen Verkehrsbetrieben gilt es, schrittweise entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

Die verschiedenen Beteiligungsverfahren zeigen, dass Einschränkungen der Mobilität nicht allein auf fehlende Barrierefreiheit in Bussen oder an Haltestellen zurückzuführen sind. Ebenso entscheidend ist die Verfügbarkeit geeigneter Verkehrsangebote. In einigen Stadtteilen bestehen derzeit unzureichende Anbindungen oder Fahrplankontakungen, die insbesondere für Seniorinnen und Senioren ungünstig sind. Im Rahmen des Experten-Workshops wurde diese Einschätzung geteilt. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Zentralisierung der Verkehrslinien über den Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) nicht immer dem Bedarf der Seniorinnen und Senioren entspricht. Durch die Zentralisierung müssen Nutzerinnen und Nutzer oftmals längere Fahrtwege, meist verbunden mit Umstiegen, auf sich nehmen. Dies steht dem Prinzip der kurzen Wege entgegen, das insbesondere für ältere Menschen von großer Bedeutung ist. Eine gute Erreichbarkeit alltäglicher Ziele sollte möglichst direkt, barrierearm und ohne Umstiege gewährleistet sein. Daher sollten die Fahrbedürfnisse älterer Menschen in der Linienführung noch stärker berücksichtigt werden, insbesondere im Hinblick auf eine wohnortnahe Anbindung seniorenrelevanter Infrastruktur (zum Beispiel Nahversorgung, Arztpraxen, Friedhof, soziale Treffpunkte).

Neben dem Öffentlichen Personennahverkehr gilt es die Mobilität von älteren Menschen zu verbessern, die auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind. Sie benötigen nicht nur die Übernahme von Fahrten, sondern auch Begleitung zu Terminen und bei Erledigungen. Professionelle Fahrdienste können diesen Bedarf nur begrenzt abdecken und sind oft für Betroffene nicht finanzierbar. Im Expertenworkshop wurde deshalb die Bedeutung eines flächendeckenden, ehrenamtlich getragenen Fahrdienstes mit Begleitservice betont. Oft werden diese im Rahmen von bürgerschaftlich engagierten Nachbarschaftshilfen angeboten (vergleiche Handlungsfeld Wohnen zu Hause). Die organisierten Nachbarschaftshilfen sind dahingehend zu unterstützen, dass notwendige

organisatorische Rahmenbedingungen geklärt und bereitgestellt werden. Dazu zählen insbesondere Regelungen zum Versicherungsschutz der (ehrenamtlichen) Fahrerinnen und Fahrer sowie Informationen zur Erstattung von Verbrauchskosten bei der Nutzung von privaten Pkws. Alternativ besteht die Möglichkeit, eigene Fahrzeuge anzuschaffen. In diesem Zusammenhang sollten entsprechende Finanzierungsoptionen aufgezeigt werden, beispielsweise durch Sponsoring oder Förderungen seitens Stiftungen oder Vereinen wie dem Verein Lichtblick e. V. Neben der Informationsweitergabe sollte die Stadt Aschaffenburg hierbei eine steuernde Funktion für den flächendeckenden Ausbau übernehmen.

Auch die Verbesserung der Fahrradsicherheit sollte weiter fortgeführt werden. Die Expertinnen und Experten wiesen darauf hin, dass erhebliche Unsicherheiten im Straßenverkehr bestehen. Im Verkehrsentwicklungsplan<sup>40</sup> der Stadt Aschaffenburg aus dem Jahr 2002 wurde unter anderem der Individualverkehr untersucht. Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrradsituation wurden anschließend auch im städtischen Radverkehrskonzept 2015 konkretisiert. Auch wenn mittlerweile etwa die Hälfte der Maßnahmen umgesetzt wurden - wie etwa der Ausbau des Mainradwegs - ist hier noch Handlungsbedarf. Dies hat auch die Untersuchung der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen in Bayern (AGFK)<sup>41</sup> ergeben, die 2025 die Stadt Aschaffenburg erneut mit dem Siegel "Fahrradfreundliche Kommune" ausgezeichnet hat.

Die Verkehrssicherheitskampagne "Aschaffenburg radelt richtig" im Jahr 2018 hat sich als wirksame Maßnahme zur Sensibilisierung erwiesen und zu mehr Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden beigetragen. Angesichts der zunehmenden Nutzung von E-Bikes und Pedelecs auch durch Seniorinnen und Senioren erscheint es sinnvoll, ein vergleichbares Format erneut durchzuführen. Im Fokus sollten dabei sowohl die sichere Nutzung dieser Fahrzeuge als auch die eigene Schutzverantwortung, etwa durch das Tragen von Helmen sowie das Verhalten im Straßenverkehr (Rechte/Pflichten, Miteinanderzone, Fußgängerzone) stehen. Entsprechende Schulungen und

---

<sup>40</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: [https://www.aschaffenburg.de/dokumente/Buerger-in-Aschaffenburg/Planen-Bauen-und-Wohnen/61\\_Verkehrsentwicklungsplan-Abschlussbericht-2002.pdf](https://www.aschaffenburg.de/dokumente/Buerger-in-Aschaffenburg/Planen-Bauen-und-Wohnen/61_Verkehrsentwicklungsplan-Abschlussbericht-2002.pdf), Stand: September 2025.

<sup>41</sup> Vergleiche Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundliche Kommunen in Bayern e. V.: <https://agfk-bayern.de/best-practice-beispiele-im-fuss-und-radverkehr/>, Stand: September 2025.

Fahrsicherheitstrainings können unter anderem der Allgemeine Deutsche Fahrradclub e.V., die Verkehrswacht Aschaffenburg e. V., die Polizei und ortsansässige Fahrradhändler anbieten. Der Radverkehrsbeauftragte der Stadt Aschaffenburg sollte hier koordinierend und initiierend tätig werden.

# Wohnen zu Hause

*"Den Wohnungsmarkt an individuelle Bedürfnisse und wachsende Bedarfe anpassen." (Expertenworkshop)*

Das Zuhause ist ein Ort der Geborgenheit, des Rückzugs und ein Spiegel der eigenen Persönlichkeit. Besonders im Alter wünschen sich viele Menschen, so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben zu können und das selbstständig, selbstbestimmt und auch dann, wenn sie auf Unterstützung angewiesen sind. Damit diesem Wunsch nachgegangen werden kann, braucht es passende Rahmenbedingungen, von barrierefreiem Wohnraum über wohnortnahe Dienstleistungen bis hin zu Unterstützungsangeboten.

Wohnalternativen gewinnen zunehmend an Bedeutung, da nicht alle Menschen dauerhaft in ihrer bisherigen Wohnung bleiben können. Oft fehlen Barrierefreiheit, geeignete Unterstützung oder die Möglichkeit, Pflegebedarfe im häuslichen Umfeld abzudecken. Gleichzeitig wächst das Interesse an neuen Wohnformen, da ein Teil der älteren Menschen eine Veränderung ihrer Wohnsituation aktiv plant. Wohnalternativen schaffen hier Lösungen, die sowohl Selbstbestimmung als auch Sicherheit gewährleisten. Sie bieten die Chance, soziale Kontakte und Gemeinschaft zu pflegen, Vereinsamung vorzubeugen und gleichzeitig eine verlässliche Versorgung sicherzustellen. Zudem entlasten sie Angehörige, die an Grenzen der häuslichen Betreuung stoßen. Durch eine Vielfalt an Wohn- und Versorgungsmodellen entsteht Wahlfreiheit für unterschiedliche Lebenssituationen. Damit tragen Wohnalternativen entscheidend dazu bei, die Lebensqualität älterer Menschen zu sichern.

## Unterstützungsmöglichkeiten für das Wohnen zu Hause

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Unterstützungsmöglichkeiten für das Wohnen zu Hause		
Bessere Bekanntmachung und Vernetzung ortsansässiger haushaltsnaher Dienstleistungen für Selbstzahler und Pflegebedürftige	Koordinierend: Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Mögliche Anbieter: Wohlfahrtsverbände, Ambulante Pflegedienste, Gewerbliche Anbieter, Sozialvereine	Mittelfristig
Flächendeckender Ausbau der organisierten Nachbarschaftshilfen und verbesserte Information über Angebote	Organisierte Nachbarschaftshilfen Akteure der Seniorenarbeit Caritasverband Stadt und Landkreis Aschaffenburg Ehrenamtsagentur „Aschaffenburg Aktiv!“	Mittelfristig

Haushaltsnahe Dienstleistungen sind ein zentraler Baustein, um älteren Menschen ein möglichst langes Wohnen in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen. Sie entlasten bei körperlich anstrengenden oder zeitintensiven Aufgaben wie Putzen, Einkaufen, Kochen oder Gartenarbeit und schaffen Sicherheit, wenn Angehörige nicht regelmäßig unterstützen können. Gleichzeitig beugen sie Überforderung vor, tragen zur Verzögerung von Pflegebedürftigkeit bei und stärken durch persönliche Kontakte die soziale Teilhabe. Die Bürgerbefragung zeigt, dass die Mehrheit derjenigen, die sich Unterstützung wünschen, vor allem Hilfe im Haushalt benötigen. Gleichzeitig steigt der Hilfebedarf mit zunehmendem Alter, mehr als die Hälfte der befragten Älteren über 80 Jahre ist auf weitere Hilfe angewiesen. Insgesamt zeigte sich in der Befragung, dass die Hauptlast der Unterstützung Familienangehörige, insbesondere Kinder und Partnerin beziehungsweise Partner sowie bezahlte Dienstleistungen wie Reinigungskräfte tragen. In der Stadt Aschaffenburg haben sich in den letzten Jahren ausreichend Anbieter haushaltsnaher Dienstleistungen etabliert. In den Expertenworkshops wurde aber deutlich, dass diese vielen Beratungsstellen oder Seniorinnen und Senioren nicht bekannt sind.

Entsprechende Informationsveranstaltungen in Seniorentreffs und -kreisen können hier Abhilfe schaffen. Die Stadt Aschaffenburg kann eine stärkere Vernetzung der Anbieter haushaltsnaher Dienstleistungen mit Beratungsstellen und Trägern der Seniorenarbeit koordinieren.

Anspruch für Menschen mit Pflegegrad besteht auf den sogenannten Entlastungsbetrag (§ 45b SGB XI) der Pflegeversicherung, der für Betreuungsleistungen oder haushaltsnahe Dienstleistungen genutzt werden kann. Der Kreis der Anspruchsberechtigten ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen, entsprechend ist auch die Nachfrage nach Angeboten zur Unterstützung im Alltag (AUA) stark gestiegen. Einen bedarfsgerechten Ausbau gilt es daher im Blick zu behalten.

Eine weitere Möglichkeit, diesem Bedarf zu begegnen, besteht darin, Leistungen von Ehrenamtlichen oder selbstständig tätigen Einzelpersonen als Angebote zur Unterstützung im Alltag über die Pflegekasse abzurechnen – was seit Anfang 2021 möglich ist. Beratung und Unterstützung beim Aufbau eines solchen Angebots sowie bei der Schulung der Ehrenamtlichen leistet die Fachstelle für Demenz und Pflege Unterfranken<sup>42</sup>. Die Stadt Aschaffenburg kann hierzu in Zusammenarbeit mit weiteren Multiplikatoren auf das Schulungsangebot aufmerksam machen.

Hauptamtliche Unterstützungsangebote (im Bereich AUAs – Angebote zur Unterstützung im Alltag oder Pflege) können sinnvoll durch ehrenamtliche Strukturen ergänzt werden – etwa durch organisierte Nachbarschaftshilfen, wie sie bereits in den Stadtteilen Leider und Nilkheim, Innenstadt und Schweinheim bestehen. Im Stadtteil Damm ist derzeit eine Nachbarschaftshilfe im Aufbau. Ziel soll es sein, die Verfügbarkeit organisierter Nachbarschaftshilfen flächendeckend auf möglichst alle Stadtteile auszudehnen. Die Stadt soll bestehende Initiativen beim Aufbau neuer Projekte unterstützen – etwa durch Beratung, Vernetzung und Wissenstransfer. Für den Aufbau neuer organisierter Nachbarschaftshilfen gibt es eine Anschubfinanzierung durch das Bayerische

---

<sup>42</sup> Vergleiche Fachstelle für Demenz und Pflege Bayern: <https://www.einzelperson-bayern.de/faq/allgemein>, Stand: September 2025.

Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales<sup>43</sup>. Der Seniorenwegweiser der Stadt bietet eine gute Übersicht mit den entsprechenden Kontaktdaten der Nachbarschaftshilfen. Diesen gilt es regelmäßig zu aktualisieren. Zudem sollen die Beratungs- und Fachstellen über die Angebote der organisierten Nachbarschaftshilfen besser informiert werden, um Hilfebedarfe entsprechend weitervermitteln zu können.

## Barrierefreies Wohnen und Wohnalternativen

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Barrierefreies Wohnen und Wohnalternativen		
Reaktivierung der Wohnberatungsstelle, und Ausbau der Beratung zum Einsatz von AAL-Techniken (Ambient Assisted Living)	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Krankenkassen Anbieter von Ambient Assisted Living (AAL) -Techniken	Mittelfristig
Weiterhin Sensibilisierung von Vermieter/innen, Mieter/innen, Eigentümern und Hausverwaltungen bezüglich Umbaumöglichkeiten beispielsweise durch Infoveranstaltungen wie "Zu Hause daheim"	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Stadtbau Wohnungsbauträger Eigentümer/innen Vermieter/innen Hausverwaltungen	Dauerhaft
Weiterhin Schaffung von barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum	Stadtbau Wohnungsbauträger Hospitalstiftung Kommunale Steuerung: Stadt Aschaffenburg	Mittelfristig

<sup>43</sup> Vergleiche Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, Förderrichtlinie SeLA: [www.stmas.bayern.de/senioren/recht/index.php](http://www.stmas.bayern.de/senioren/recht/index.php), und Koordinationsstelle Wohnen im Alter: <https://wohnen-alter-bayern.de/>, Stand: September 2025.

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Ausbau von finanzierbaren Wohnalternativen	Stadtbau Wohnungsbauträger Bezirk Unterfranken Kommunale Steuerung: Stadt Aschaffenburg	Mittelfristig

Pflegende Angehörige und ambulante Dienste tragen maßgeblich dazu bei, die Versorgung pflegebedürftiger Menschen im häuslichen Umfeld sicherzustellen. Welche Herausforderungen dabei insbesondere im Wohnumfeld bestehen, verdeutlicht eine im Dezember 2023 veröffentlichte Studie des Zentrums für Qualität in der Pflege (ZQP) mit dem Titel "Wohnen mit Pflegebedürftigkeit: Befragung pflegender Angehöriger". Die Ergebnisse verdeutlichen, dass viele Wohnungen nicht pflegegerecht gestaltet sind und pflegende Angehörige im privaten Wohnraum oft auf Barrieren treffen. Durch gezielte Anpassungen des Wohnraums kann jedoch sowohl für die Betroffenen als auch für die pflegenden Angehörigen eine deutliche Erleichterung im Alltag erreicht werden, vielfach wird Pflege dadurch überhaupt erst möglich. Darüber hinaus leisten Wohnraumanpassungen einen wichtigen Beitrag zur Prävention von Pflegebedürftigkeit, da sie das Risiko von Stürzen und Unfällen verringern, die Selbstständigkeit fördern und so den Eintritt von Pflegebedürftigkeit verzögern können. Die Bürgerbefragung zeigt, dass ein Großteil der Befragten noch nicht barrierefrei lebt.

Zugleich verdeutlichen die Ergebnisse der Bürgerbefragung und des Expertenworkshops, dass notwendige Anpassungsmaßnahmen für viele als überfordernd empfunden werden – sei es aufgrund des organisatorischen Aufwands oder der finanziellen Belastung. Die Bürgerbefragung hat gezeigt, dass am häufigsten die Bewohnerinnen und Bewohner in Oberrau Leider/Nilkheim und Damm/Strietwald im Wohneigentum wohnen und selbst Umbaumaßnahmen in Auftrag geben können. Mehr als die Hälfte der befragten Mieterinnen und Mieter sieht zeitgleich den Vermieter in der Verantwortung. Professionelle Wohnberatung kann zu diesen Themen sensibilisieren, Aufklärungsarbeit sowie Unterstützung bei der praktischen Umsetzung leisten. In der Stadt Aschaffenburg gibt es aktuell kein umfassendes Beratungsangebot, das Hausbesuche und Begleitung bei Umbaumaßnahmen leisten kann. Aktuell beschränkt sich das Beratungsangebot der Wohnberatungsstelle im Bauordnungsamt, Sachgebiet Wohnungswesen auf

Unterstützung bei der Beantragung von Zuschüssen und allgemeine Wohnberatung. Letztere wird auch vom Pflegestützpunkt der Stadt Aschaffenburg durchgeführt.

Es gilt die bestehende Wohnberatungsstelle mit einem umfangreichen Angebot zu reaktivieren. Dabei ist es wichtig auch eine aufsuchende Beratung in der Häuslichkeit der Ratsuchenden anzubieten. Dabei wird auf die individuellen Gegebenheiten zu Hause eingegangen und baulichen und technischen Möglichkeiten beraten. Die Wohnberatungsstelle sollte zudem eng mit dem Pflegestützpunkt, der Beratungsstelle „Barrierefrei“ der Bayerischen Architektenkammer und weiteren Beratungsstellen wie dem Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbund e. V., Deutscher Schwerhörigenbund e. V. et cetera zusammenarbeiten. Mit Hilfe passender Kooperationspartner kann das Beratungsangebot um Informationen zur Sturzprävention, Möbelanordnung, zu digitalen Hilfsmitteln, zur Demenz-Anpassungen sowie alternative Wohnformen beziehungsweise Möglichkeiten eines Umzugs ergänzt werden.

Ebenso soll die Wohnberatung auch zu technischen Assistenzsystemen informieren (AAL- Ambient Assisted Living). Digitale und technische Hilfsmittel können Seniorinnen und Senioren dabei unterstützen, länger selbstbestimmt und selbstständig in ihrer Häuslichkeit zu verbleiben. Ambient Assisted Living (AAL) und Smart-Home-Systeme können den Alltag - nicht nur für ältere Menschen - erheblich erleichtern. Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig und reichen von Erinnerungsfunktionen für die Medikamenteneinnahme und automatischen Herdabschaltungen bis hin zu 3D-Sturzerkennungssystemen oder der Sprachsteuerung technischer Geräte. Das Angebot der Wohnberatung gilt es anschließend unter den Akteuren beziehungsweise Multiplikatoren und den Seniorinnen und Senioren bekannt zu machen.

Die Wohnberatungsstelle beziehungsweise die Stadt kann Bauträgerinnen und -träger, private Bauherrinnen und -herren sowie Mieterinnen und Mieter gezielt für Umbaumöglichkeiten sensibilisieren, indem sie regelmäßig Informationsveranstaltungen durchführt, umfassend in städtischen Medien darüber informiert und leicht verständliche Materialien bereitstellt. Beispielsweise findet alle zwei Jahre die bayernweite Aktionswoche "Zu Hause daheim" statt. Die Stadt Aschaffenburg nimmt hieran rege mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten wie einer Informationsmesse teil. Dies gilt es weiter auszubauen und fortzuführen. Eine Prüfung, ob eine gemeinsame Veranstaltung von Stadt und Landkreis Aschaffenburg sinnvoll ist, wird 2026 getestet. Ergänzend kann

die Wohnberatungsstelle individuelle Beratungsangebote vermitteln, den Austausch mit Bauträgerinnen und -trägern und Fachbetrieben fördern sowie gute Praxisbeispiele sichtbar machen, um das Bewusstsein für barrierefreie und anpassbare Wohnlösungen nachhaltig zu stärken.

Um die künftige Wohnraumentwicklung strategisch zu steuern, hat die Stadt Aschaffenburg ein Wohnungsmarktkonzept 2035<sup>44</sup> entwickelt. Auf Basis aktueller Daten wurden Bestandsanalysen, Prognosen und Handlungsempfehlungen erarbeitet, etwa zur Stärkung des sozialen Wohnungsbaus, zur Versorgung unterschiedlicher Zielgruppen und zur Bezahlbarkeit von Wohnraum. Eine im Zuge des Konzepts durchgeführte Bürgerbefragung zeigte hohe Wohnzufriedenheit, aber auch starke Einkommensunterschiede und eine besondere Belastung bei Mieterinnen und Mietern, Alleinerziehenden und alleinlebenden Seniorinnen und Senioren. Daraus abgeleitete Maßnahmen enthalten die weitere Schaffung von Wohnangeboten, die insbesondere den barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum für Seniorinnen und Senioren fördern sollen. Die Bürgerbefragung hat Unterschiede zwischen sozialen Gruppen und Altersgruppen gezeigt: eine zentrale Lage und Barrierefreiheit sind generationenübergreifend von großer Bedeutung, während jüngere Seniorinnen und Senioren stärker auf Bezahlbarkeit und alternative Wohnformen achten. Mit zunehmendem Alter rücken dagegen Aspekte wie nachbarschaftliche Unterstützung in den Vordergrund. Für Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund steht vor allem die Bezahlbarkeit von Wohnraum im Mittelpunkt.

Das Konzept sowie die Bürgerbefragung decken sich mit der Einschätzung der Expertinnen und Experten, die darauf hinweisen (neue) Wohnangebote mit entsprechenden Beratungs-, Unterstützungsstrukturen und sozialen Angeboten zu verknüpfen (vergleiche Handlungsfeld Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit). Ein gutes Beispiel ist hierbei das Quartier Hefner-Alteneck der Stadtbau Aschaffenburg GmbH<sup>45</sup>. Getragen vom Quartiersbüro und dem Familienstützpunkt sind hier Mitgestaltung

---

<sup>44</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: [https://www.aschaffenburg.de/dokumente/Buerger-in-Aschaffenburg/Planen-Bauen-und-Wohnen/Stadtplanung/61\\_Stadtentwicklung\\_20-06-2024\\_ALP-Bericht--W-m-k\\_AB\\_mit-RegUf.pdf](https://www.aschaffenburg.de/dokumente/Buerger-in-Aschaffenburg/Planen-Bauen-und-Wohnen/Stadtplanung/61_Stadtentwicklung_20-06-2024_ALP-Bericht--W-m-k_AB_mit-RegUf.pdf), Stand: September 2025.

<sup>45</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: <https://www.stadtbau-aschaffenburg.de/wir-ueber-uns/quartiersbuero-hefner-alteneck>, Stand: März 2026.

und Teilhabe zentral. Neben dem Quartiersbeirat gibt es zahlreiche offene Angebote, unter anderem das interkulturelle Weltencafé, den Frauenschwoof, einen Junioren-Quartiersbeirat, Teilhabekreise zu Wohnen/Mobilität und Freizeit/Bildung/Kultur, ein Bewohner- und Seniorencafé sowie das Teilhabeprojekt „Busfahrten mit Reisen ohne Grenzen“.

Im Rahmen des Expertenworkshops wurde deutlich, dass die kommunale Steuerung bei Bau- und Wohnprojekten ein wichtiger Hebel ist, um bedarfsgerechten und zukunftsfähigen Wohnraum zu schaffen. Zwar verfolgt die Stadt bereits den Ansatz, bei der Ausgestaltung von Neubauprojekten mitzuwirken, doch besteht weiterhin Potenzial, qualitative Aspekte stärker in den Planungsprozess einzubringen. Durch den gezielten Ankauf und die Vergabe von Grundstücken können in den Verfahren neben dem Preis auch qualitative Kriterien berücksichtigt werden, etwa barrierefreies Bauen, die Entwicklung altersgerechter Wohnformen, soziale Durchmischung oder nachhaltige Bauweisen. Dieses Instrument bietet der Stadt die Möglichkeit, Bauvorhaben stärker im Sinne einer seniorengerechten Stadtentwicklung zu steuern.

Um diesen Effekt noch weiter zu verstärken, kann die Kontrolle in Zukunft noch konsequenter erfolgen – etwa durch die Vergabe im Erbbaurecht, mit der die Stadt Eigentümerin der Flächen bleibt und langfristig Anforderungen an Nutzung, Belegung und Anpassung an demografische Entwicklungen sichern kann. Auch die gezielte Kooperation mit gemeinnützigen Bauträgern, Wohnungsgenossenschaften oder sozialen Trägern eröffnet zusätzliche Spielräume, um innovative Konzepte für gemeinschaftliches, inklusives und seniorengerechtes Wohnen umzusetzen. Durch städtebauliche Verträge, Bebauungspläne und die Einbindung geeigneter Förderprogramme lässt sich die Umsetzung dieser Ansätze gezielt fördern.

Mit zunehmendem Alter verändern sich die Ansprüche an das Wohnen – Barrierefreiheit, Sicherheit und soziale Einbindung gewinnen an Bedeutung. Die Bürgerbefragung zeigt, dass rund ein Viertel der befragten Seniorinnen und Senioren sich grundsätzlich noch einmal einen Umzug vorstellen kann. Viele von ihnen sind offen für alternative Wohnformen. Besonders gefragt ist dabei das Betreute Wohnen, aber auch gemeinschaftsorientierte Wohnkonzepte – sowohl für Gleichaltrige als auch generationenübergreifend – stoßen auf großes Interesse. In Aschaffenburg gibt es bereits positive Beispiele, bei denen die Stadt mit Bürgerinitiativen zusammengearbeitet hat. So

informiert die Stadtentwicklung mit dem Flyer „Gemeinschaftlich Bauen und Wohnen in Aschaffenburg“<sup>46</sup> interessierte Bürgerinnen und Bürger über bestehende Möglichkeiten. Projekte wie die generationenübergreifenden Hausgemeinschaften der WiGe gem. e. V. oder der WohnIdee Aschaffenburg eG zeigen, wie gemeinschaftliches Wohnen erfolgreich umgesetzt werden kann. Solche Ansätze sollten künftig verstärkt ausgebaut werden, um mehr Seniorinnen und Senioren die Möglichkeit zu geben, ihre Wohnsituation aktiv und bedarfsgerecht zu gestalten.

Die Entwicklung von neuen Angeboten des Betreuten Wohnens sollte sich an den Anforderungen orientieren, bezahlbaren Wohnraum verbunden mit verlässlichen Betreuungsangeboten zu schaffen. Sinnvoll ist eine gezielte Steuerung durch die Kommune, um die Qualität sicherzustellen. Zu empfehlen ist die Zusammenarbeit mit erfahrenen Partnern wie Wohlfahrtsverbänden, Genossenschaften oder privaten Bauträgern, die über das notwendige Fachwissen und tragfähige Konzepte verfügen. Wohnangebote können darüber hinaus auch Räumlichkeiten für hauptamtliche Anlaufstellen für Seniorinnen und Senioren beinhalten (vergleiche Handlungsfeld Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit). Dabei sollte Betreutes Wohnen stets in ein lebendiges Quartier eingebettet werden. Die Nähe zu Nahversorgung, medizinischer Versorgung, Öffentlichem Personennahverkehr sowie zu Begegnungsorten trägt entscheidend dazu bei, dass die Bewohnerinnen und Bewohner selbstständig leben und gleichzeitig am sozialen Leben im Stadtteil teilhaben können.

---

<sup>46</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: [https://www.aschaffenburg.de/dokumente/Buerger-in-Aschaffenburg/Planen-Bauen-und-Wohnen/Stadtplanung/61 Stadtentwicklung AB GemWohnen 151111 VIEW zens-.pdf](https://www.aschaffenburg.de/dokumente/Buerger-in-Aschaffenburg/Planen-Bauen-und-Wohnen/Stadtplanung/61%20Stadtentwicklung_AB_GemWohnen_151111_VIEW_zens-.pdf), Stand: September 2025.

# Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit

*"Mach Dich schlau." (Expertenworkshop)*

Beratung ist ein zentraler Bestandteil der kommunalen Seniorenarbeit. Sie bietet älteren Menschen und ihren Angehörigen Orientierung in Fragen rund um Wohnen, Pflege, Betreuung und Teilhabe. Beratungsstellen übernehmen dabei auch eine wichtige Lotsenfunktion. Sie informieren über Unterstützungsangebote, begleiten bei Entscheidungsprozessen und vermitteln gezielt an passende Dienstleistungen oder Einrichtungen weiter.

Neben der individuellen Beratung spielt auch die Informationsweitergabe eine große Rolle. Durch leicht zugängliche Broschüren, Wegweiser oder digitale Plattformen können Bürgerinnen und Bürger sich über Angebote vor Ort informieren. Ergänzend sorgt eine aktive Öffentlichkeitsarbeit dafür, dass bestehende Hilfen und Strukturen bekannt werden, Hemmschwellen sie zu nutzen abgebaut und möglichst viele Menschen erreicht werden.

So verbindet Beratung auf kommunaler Ebene persönliche Unterstützung mit breiter Informationsvermittlung und trägt wesentlich dazu bei, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt und gut versorgt in ihrem vertrauten Umfeld leben können.

# Information und Öffentlichkeitsarbeit

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Information und Öffentlichkeitsarbeit		
Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit durch Nutzung analoger und digitaler Medien <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung des Bekanntheitsgrades der App „hallo Aschaffenburg“</li> <li>• Bereitstellung weiterer (mehrsprachiger) Informationsmaterialien</li> <li>• Gezieltere Streuung der vorhandenen Werbemittel an Multiplikatoren</li> </ul>	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Beratungsstellen als Kooperationspartner für den Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit	Dauerhaft
Organisation einer Seniorenmesse alle zwei Jahre	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Landratsamt Aschaffenburg und Akteure/Trägern der Seniorenarbeit	Mittelfristig

Um die Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Aschaffenburg bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, sollten verschiedene Maßnahmen miteinander kombiniert werden, um bestehende Strukturen gezielt zu stärken und zu optimieren. Die Ergebnisse der Bürgerbefragung verdeutlichen, dass klassische Informationsmedien (Flyer, Broschüren, Stadtteilblatt) in allen Altersgruppen beliebt sind, während digitale Informationsangebote vor allem für die jüngeren Seniorinnen und Senioren relevant sind. Mit zunehmendem Alter gewinnen dagegen barrierefreie Materialien an Bedeutung. Social Media und mehrsprachige Angebote sind für die Mehrheit weniger wichtig, können aber zur Ansprache spezieller Zielgruppen beitragen.

- Weiterhin Vorhaltung von analogen Informationen über die Angebote vor Ort in Form von Flyern oder Broschüren. Die Informationsmaterialien für

Seniorinnen und Senioren sollten für diese Zielgruppe in geeigneter Weise gestaltet sein, beispielsweise durch die Wahl einer größeren, barrierearmen Schrift, stärkere Kontraste und Ähnlichem.

- Digitale Informationsmaterialien, die über die städtische Website bereitgestellt werden, müssen nach BITV 2.0 (Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung) barrierefrei gestaltet sein. Dies gilt es regelmäßig zu überprüfen.
- Auslage von Informationsmaterialien an stark frequentierten Orten, beispielsweise in Begegnungsstätten (zum Beispiel MiZ - Miteinander im Zentrum e. V.), Volkshochschule, Lebensmittelläden, Apotheken, Arztpraxen, religiösen Einrichtungen, Rathäusern und Bahnhof. Um bei spezifischen Informationen platzsparend zu arbeiten, können QR-Codes genutzt werden.
- Zahlreiche Seniorinnen und Senioren informieren sich in den Stadtteilblättern. Diese können noch stärker genutzt werden, um auf die bestehenden Beratungsstellen aufmerksam zu machen. Auch die Einrichtung einer regelmäßig erscheinenden "Seniorensseite" bietet sich an.
- Weiterhin Beteiligung an Aktionen wie der Demenzwoche des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention<sup>47</sup> und der Aktionswoche „Zu Hause daheim“ des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales<sup>48</sup>, um seniorenspezifische Themen in der Stadt weiterzutragen.
- Die kostenlose "Hallo Aschaffenburg"-App bietet eine gute Plattform, um Informationen an die Bürgerinnen und Bürger sowie Touristinnen und Touristen zu verteilen. Sie enthält aktuelle Tipps, Angebote und Kontaktdaten von lokalen Stellen, Organisationen und Initiativen und ist in verschiedenen Sprachen erhältlich. Um die neue App in der städtischen Bevölkerung, insbesondere der Seniorinnen und Senioren stärker zu

---

<sup>47</sup> Vergleiche Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit Pflege und Prävention, Bayerische Demenzwoche: [www.stmgs.bayern.de/pflege/demenz/demenzwoche/](http://www.stmgs.bayern.de/pflege/demenz/demenzwoche/), Stand: September 2025.

<sup>48</sup> Vergleiche Bayerisches Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales, Aktionswoche „Zu Hause daheim“: [www.stmas.bayern.de/wohnen-im-alter/kampagne/](http://www.stmas.bayern.de/wohnen-im-alter/kampagne/), Stand: September 2025.

etablieren, sind in Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen verstärkt zu planen und umzusetzen. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel in den von der Stadt in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule (vhs) durchgeführten digitalen Sprechstunden für Seniorinnen und Senioren in den Stadtteilen die Funktion und den Umgang mit der App zu lehren. Des Weiteren sollen bestehende wie neue Angebote (zum Beispiel organisierte Nachbarschaftshilfen) aufgenommen werden. Auch Informationen und Angebote für pflegende Angehörige sind noch zu ergänzen.

- Themen wie Demenz, Entlastung pflegender Angehöriger und Unterstützungsangebote vor Ort sollten in allen Kanälen regelmäßig aufgegriffen und auf verständliche Weise kommuniziert werden.
- Noch gezieltere Streuung der Werbemittel (Broschüren, Flyer, Plakate und weitere Informationsmaterialien) an zentrale Akteure und Multiplikatoren (zum Beispiel Hausärztinnen/Hausärzte, Apotheken, religiöse Glaubensgemeinschaften, Pflegedienste, organisierte Nachbarschaftshilfen, aber auch Friseursalons und Cafés/Restaurants).
- Schon jetzt werden Informationen für ältere Menschen mit Migrationshintergrund in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot gilt es auszubauen. Auch pflegende Angehörige mit Migrationshintergrund gilt es stärker in den Blick zu nehmen. Insbesondere sollen dabei auch Angebote wie die kultursensible Seelsorge<sup>49</sup> oder Erblotsen<sup>50</sup> stärker beworben und unterstützt werden. Digitale Informationsmaterialien können zudem dazu genutzt werden, um Fachinformationen in weiteren Sprachen zur Verfügung zu stellen<sup>51</sup>.

Um die Bevölkerung für Themen des Alterns und der Pflege zu sensibilisieren und über vorhandene Unterstützungsangebote zu informieren, sollte alle zwei Jahre eine

---

<sup>49</sup> Vergleiche Klinikum Aschaffenburg-Alzenau gGmbH: <https://klinikum-ab-alz.de/patienten/im-klinikum/beratung-und-service/seelsorge/muslimische-seelsorge/>, Stand: September 2025.

<sup>50</sup> Vergleiche Migranten für Migranten e.V.: <https://www.mfm-ab.de/aktivitaten>, September 2025.

<sup>51</sup> Vergleiche Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V.: <https://www.demenz-und-migration.de/materialien>, Stand: Oktober 2025.

Informationsmesse organisiert werden. Die Veranstaltung sollte an einem zentralen Ort – beispielsweise in der City-Galerie – stattfinden, um eine breite Zielgruppe zu erreichen. Praxisnahe Mitmachangebote können dabei den Zugang erleichtern, Interesse wecken und zum Ausprobieren einladen. Darüber hinaus soll das Thema Ehrenamt in die Messe integriert werden, um Möglichkeiten des freiwilligen Engagements sichtbar zu machen und Interessierte zur aktiven Beteiligung zu gewinnen (vergleiche Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement für und von Seniorinnen und Senioren).

## Beratungsangebote

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
<b>Beratungsangebote</b>		
Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum bestehenden Beratungs- und Informationsangebot des Aktivbüros sowie Anpassung dieses an zukünftige demographische Entwicklungen	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben	Dauerhaft
Prüfauftrag: Einsatz digitaler Chatbots für Erstberatung	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Beratungsstellen	Mittelfristig
Ausbau von Außensprechstunden in den Stadtteilen mit aufsuchender und präventiver Beratung	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Beratungsstellen	Dauerhaft
Maßnahmen zur Herstellung des Zugangs zu Hilfebedürftigen	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Organisierte Nachbarschaftshilfen Ambulante Pflegedienste Beratungsstellen	Dauerhaft

Viele Seniorinnen und Senioren wenden sich erst spät an Beratungsstellen, da sie den Bedarf oft erst im Akutfall wahrnehmen und zuvor keinen unmittelbaren Handlungsdruck

sehen. Hinzu kommt, dass die bestehenden Angebote nicht immer ausreichend bekannt sind und der Kontakt zu Beratungsstellen wird häufig mit bürokratischem Aufwand verbunden. Darüber hinaus führen der Wunsch nach Selbstständigkeit und die Tabuisierung von Themen wie Pflege, Krankheit oder Vorsorge häufig dazu, dass Unterstützung erst spät in Anspruch genommen wird. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen der Bürgerbefragung, so sind oftmals jüngere Seniorinnen und Senioren weniger gut über Beratungsangebote informiert. Das Aschaffenburg Aktivbüro mit Ehrenamtsagentur, Pflegestützpunkt und Selbsthilfekontaktstelle ist bei vielen Älteren noch nicht bekannt. Die Bekanntheit sowie die Inanspruchnahme gilt es daher zu fördern (siehe oben). Gleichzeitig ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung der bestehenden Beratungsstrukturen angesichts der demografischen Entwicklung und der wachsenden Zahl älterer Bürgerinnen und Bürgern in der Stadt sinnvoll. Um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden, müssen die personellen Kapazitäten entsprechend ausgebaut werden. Darüber hinaus empfiehlt es sich, ergänzend digitale Beratungsangebote zu etablieren, um ressourcenschonend Information und Beratung bereitzustellen. In Kombination mit Online-Terminvergaben und flexibleren Beratungszeiten – beispielsweise durch Video-Sprechstunden am Abend – können insbesondere Angehörige von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen besser erreicht werden. Videoberatungen ermöglichen es zudem, dass auch räumlich getrenntlebende Familienangehörige gemeinsam an einer Beratung teilnehmen können.

Um die Beratungsstrukturen gleichzeitig zu entlasten und Bürgerinnen und Bürgern einen schnellen Zugang zu grundlegenden Informationen zu ermöglichen, sollte der Einsatz eines Chatbots als digitale Erstberatung geprüft werden. In Bayern laufen hierzu bereits Modellprojekte<sup>52</sup>, in denen Chatbots mit regionalen Informationen hinterlegt werden und damit standardisierte Fragen – etwa zu Pflege, Vorsorge oder städtischen Angeboten – unkompliziert beantworten werden können. Durch die automatisierte Beantwortung wiederkehrender Anliegen ließe sich der Beratungsaufwand für Fachkräfte reduzieren, sodass mehr Kapazitäten für komplexe Einzelfälle freierwerden. Für die Stadt gilt, diese Entwicklungen zu beobachten und bei geeigneter Gelegenheit zu prüfen, ob ein solches System auch für Aschaffenburg implementiert werden kann. Auch für Beratungsstellen

---

<sup>52</sup> Vergleiche Stadt Memmingen: <https://www.memmingen.de/rathaus/smart-digital.html#c21510>, Stand: September 2025.

empfiehlt es sich zu prüfen, ob die Einführung eines Chatbots für die Erstberatung geeignet ist und Entlastung bringt.

Um die Erreichbarkeit von Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu verbessern, sollen Außensprechstunden in den einzelnen Stadtteilen ausgebaut werden. Dadurch können Bürgerinnen und Bürger wohnortnah auf Informationen und Beratung zugreifen, ohne lange Wege oder organisatorische Hürden in Kauf nehmen zu müssen. Besonders für ältere Menschen oder Personen mit eingeschränkter Mobilität entsteht so ein niedrigschwelliger Zugang zu Unterstützung. Außensprechstunden fördern zudem den direkten Austausch vor Ort, stärken durch die Präsenz im Quartier das Vertrauen in die Beratungsstellen und senken die Zugangsschwellen. Die Umsetzung von Außensprechstunden befindet sich bereits in Planung.

Wesentlicher Bestandteil der Aufgaben ist dabei die aufsuchende und präventive Beratung (beispielsweise unter dem Motto „Leben im Alter in Aschaffenburg“), um ältere Menschen frühzeitig zu erreichen – insbesondere diejenigen, die von sich aus keine Beratungsangebote aufsuchen. Sie fungiert zusätzlich als niedrigschwellige Erstberatung und vermittelt bei komplexeren Fragestellungen an bestehende Beratungsangebote (zum Beispiel den Pflegestützpunkt). Nicht zuletzt wirken sie auch dahingehend entlastend, dass Seniorinnen und Senioren schon frühzeitig informiert werden und Notsituationen vermieden werden können. Zu denken ist dabei unter anderem an eine frühzeitige Lebensplanung fürs Alter (zum Beispiel Wohnsituation, barrierefreies Wohnen). Dies kann im Rahmen seniorengerechter Quartierskonzepte oder durch den Einsatz von GutePflege-Lotsen erfolgen, die auch in Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden oder ähnlichen Partnerschaften umgesetzt werden können:

- Das seniorengerechte Quartiersmanagement vernetzt dabei bestehende Angebote, aktiviert örtliche Ressourcen und stärkt die soziale Infrastruktur.

Wesentlicher Bestandteil sind präventive Hausbesuche zur Informationsvermittlung. Für die Umsetzung können Kommunen Fördermittel des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales<sup>53</sup> beantragen.

- Insbesondere in Stadtteilen mit angespannter ambulanter pflegerischer Versorgung sollte die Einführung von sogenannten GutePflege-Lotsen (gefördert vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention<sup>54</sup>) in Betracht gezogen werden. Dabei handelt es sich um ein niedrigschwelliges Hilfs- und Entlastungsangebot für die häusliche Pflege, das sich am Modell der Gemeindeschwestern orientiert. GutePflege-Lotsen beraten zu Fragen rund um die häusliche Pflege, fungieren als zentrale Ansprechpersonen und schaffen Verbindungen zu weiteren Hilfsangeboten. Sie helfen, Versorgungslücken zu erkennen und zu schließen, verstehen sich als zugehendes Angebot und führen auf Wunsch auch Hausbesuche durch.

Nach Einschätzung von Expertinnen und Experten ist es häufig eine große Herausforderung, gerade jene Menschen mit Beratung und Hilfe zu erreichen, die besonders darauf angewiesen sind, sich aber selbst nicht aktiv an Beratungsstellen wenden oder sehr zurückgezogen leben. Ein proaktives Zugehen ist zudem aus Datenschutzgründen nur eingeschränkt möglich, was die Zugänge weiter erschwert. Beratungsstellen verfügen bislang nicht über strukturierte Zugangswege und haben es entsprechend schwerer, ihre Klientinnen und Klienten direkt zu erreichen. Um Menschen mit Unterstützungsbedarf besser zu erreichen, sind vielfältige und niedrigschwellige Zugangswege erforderlich. Dazu gehören: Aufsuchende Beratung, Kooperation mit Multiplikatoren, Präsenz in Stadtteilen durch Außensprechstunden, Präsenz an

---

<sup>53</sup> Vergleiche Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, Förderrichtlinie SeLA: [www.stmas.bayern.de/senioren/recht/index.php](http://www.stmas.bayern.de/senioren/recht/index.php), und Koordinationsstelle Wohnen im Alter: <https://wohnen-alter-bayern.de/>, Stand: September 2025.

<sup>54</sup> Vergleiche Bayerisches Landesamt für Pflege, Förderrichtlinie Gute Pflege in Bayern: <https://www.lfp.bayern.de/gutepflege/>, und Koordinationsstelle Pflege und Wohnen: <https://www.bayern-pflege-wohnen.de/>, Stand: September 2025.

frequentierten Orten<sup>55</sup> und gezielte Öffentlichkeitsarbeit mit leicht verständlichen Informationen in unterschiedlichen Formaten (Print, online, Leichte Sprache, Fremdsprachen).

---

<sup>55</sup> Vergleiche Landeshauptstadt München, SAVE "Senior\*innen aussuchen im Viertel durch Expert\*innen": [https://wiatest.sneakpeak.online/wp-content/uploads/2023/08/Steckbrief\\_Stadt-Muenchen\\_SAVE.pdf](https://wiatest.sneakpeak.online/wp-content/uploads/2023/08/Steckbrief_Stadt-Muenchen_SAVE.pdf), Stand: September 2025.

# Präventive Angebote

„Mehr Mitnehmen!“ (Expertenworkshop)

Prävention zielt darauf ab, Gesundheit, Selbstständigkeit und Lebensqualität möglichst lange zu erhalten und Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern. Gerade im Alter spielt sie eine zentrale Rolle. Mit gezielten Angeboten können körperliche, geistige und soziale Ressourcen gestärkt, Erkrankungen vorgebeugt und Risiken wie Stürze, Isolation oder Überlastung frühzeitig erkannt und vermindert werden.

Prävention ist dabei weit mehr als medizinische Vorsorge. Sie umfasst vielfältige Maßnahmen von Bewegungs- und Ernährungsangeboten über Gedächtnistraining bis hin zu kulturellen Aktivitäten und Nachbarschaftshilfe. Ebenso wichtig sind gesundheitsfördernde Strukturen im Wohnumfeld, etwa barrierefreie Gestaltung, sichere Mobilitätsangebote oder soziale Treffpunkte.

Kommunen, Vereine und Träger leisten hier einen entscheidenden Beitrag. Durch niedrigschwellige Angebote, gute Vernetzung und gezielte Öffentlichkeitsarbeit schaffen sie Voraussetzungen dafür, dass ältere Menschen möglichst lange aktiv, selbstständig und eingebunden bleiben können.

Des Weiteren finden sich wichtige Ansätze im „Masterplan Prävention“ des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit, Pflege und Prävention<sup>56</sup>.

---

<sup>56</sup> Vergleiche Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention  
[https://www.stmgp.bayern.de/vorsorge/#toc\\_Masterplan\\_Praevention](https://www.stmgp.bayern.de/vorsorge/#toc_Masterplan_Praevention), Stand: Oktober 2025.

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
<b>Prävention</b>		
Ausbau der Angebote der gesundheitlichen Prävention mit und ohne Vereinsbindung	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben, insbesondere dem kommunalen Gesundheitsmanagement und der Volkshochschule (vhs) Aschaffenburg Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Sportvereine und -verbände Akteure der Seniorenarbeit Krankenkassen	Dauerhaft
Qualifikation von Übungsleitern für mehr Angebote im präventiven Bereich	Sportvereine und -verbände Krankenkassen	Dauerhaft
Ausbau spezifischer präventiver Angebote vor allem Gedächtnistraining, Sturzprophylaxe, gutes Sehen und Hören, psychische Gesundheit und Demenz	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Akteure / Träger der Seniorenarbeit Krankenkassen	Dauerhaft
Steigerung der Inanspruchnahme von Präventionsangeboten durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Sportvereine und -verbände Krankenkassen Akteure / Träger der Seniorenarbeit	Dauerhaft

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Ausbau von organisierten Mittagstischen	Koordinierend: Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Mögliche Kooperationspartner: Seniorenkreise Organisierte Nachbarschaftshilfen Sozialvereine und -verbände	Dauerhaft
Ausbau / Bereitstellung von Informationen zur gesunden Ernährung	Volkshochschule (vhs) Aschaffenburg Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Krankenkassen VerbraucherService Bayern im KDFB e. V. (Beratungsstelle Aschaffenburg) Beratend: Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus	Mittelfristig

Die Gesundheitsregion<sup>plus</sup> Landkreis und Stadt Aschaffenburg setzt im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung gezielt auf Aufklärung, Mitmachangebote und Vernetzung. Mit jährlich wechselnden Themenschwerpunkten – zuletzt etwa zur Frauengesundheit – werden Informationsveranstaltungen, Bewegungs- und Ernährungsaktionen sowie praxisnahe Formate wie die „Reanimations-Quickies“ angeboten. Zudem beteiligt sich die Gesundheitsregion an landesweiten Kampagnen, beispielsweise der Bayerischen Demenzwoche oder der Aktionswoche „Zu Hause daheim“, und trägt so zur Sensibilisierung der Bevölkerung bei. Durch die enge Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren werden Präventionsangebote gebündelt und weiterentwickelt, um die Gesundheitskompetenz in Stadt und Landkreis nachhaltig zu stärken.

In einer Befragung der Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren der Gesundheitsregion<sup>Plus</sup> wurde der Wunsch nach mehr Bewegungsangeboten geäußert<sup>57</sup>. Diesen Bedarf bestätigen die Expertinnen und Experten insbesondere auch für die älteren Bürgerinnen und Bürger. Bewegung ist ein zentraler Faktor, um auch im Alter gesund, fit und mobil zu bleiben. In Aschaffenburg gibt es bereits erfolgreiche Ansätze, wie das Angebot „Bewegung im Park“ im Rahmen des Kommunalen Gesundheitsmanagements. Das kommunale Gesundheitsmanagement hat das Ziel, die Gesundheit der Bevölkerung zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger darin zu unterstützen, ihre Lebensbedingungen aktiv und eigenverantwortlich zu gestalten. Derartige Programme und Angebote sollen ausgebaut werden.

Im Expertenworkshop wurde auch deutlich, dass die Angebote zur Bewegungserhaltung und Mobilisierung älterer Menschen noch ausbaufähig sind. Vor allem im Bereich der Sturzprävention fehlen geeignete Kurse. Zwar bieten die lokalen Sportvereine ein breites Angebot an, unter anderem auch Bewegungsgruppen für Menschen mit chronischen Erkrankungen wie Herz- oder Lungensport, allerdings ist für die Teilnahme eine Vereinsmitgliedschaft nötig. Auch Tanz- und Rhythmusangebote, die gleichzeitig motorische und kognitive Fähigkeiten fördern, leisten einen wertvollen Beitrag. Darüber hinaus ist die Verbindung von Bewegung mit sozialer Teilhabe von besonderer Bedeutung. Niedrigschwellige Gruppenangebote können wohnortnah Begegnung und Aktivität miteinander verbinden. Hier könnte eine Kooperation der Stadt mit den Sportvereinen zu seniorengerechten Angeboten ohne Vereinsbindung führen. Auch die Volkshochschule (vhs) bietet spezielle Kurse für Seniorinnen und Senioren an. Hier sollte gemeinsam mit der Stadtverwaltung geprüft werden, ob eine Erweiterung um spezifische Präventionskurse wie Sturzprävention möglich und sinnvoll wäre.

Um die Qualität und Nachhaltigkeit von Präventionskursen sicherzustellen, ist die gezielte Qualifizierung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern erforderlich. Hierzu sollten entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote durch Sportverbände oder Krankenkassen geschaffen und durchgeführt werden. Dadurch wird gewährleistet, dass

---

<sup>57</sup> Vergleiche Gesundheitsregion<sup>Plus</sup> Landkreis und Stadt Aschaffenburg, Abschlussbericht der Bürgerbefragung: [https://www.gesundheitsregion-ab.de/wp-content/uploads/2023/09/Abschlussbericht-der-Buergerbefragung\\_GesundheitsregionPlus.pdf](https://www.gesundheitsregion-ab.de/wp-content/uploads/2023/09/Abschlussbericht-der-Buergerbefragung_GesundheitsregionPlus.pdf), Stand: Oktober 2025.

ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht und die Angebote dauerhaft in hoher Qualität durchgeführt werden können.

Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Themen „gutes Sehen“ und „gutes Hören“ gelegt werden. Neben einer guten medizinischen Versorgung umfasst dies auch die Ausstattung mit den geeigneten Hilfsmitteln, die die Lebensqualität im Alltag deutlich verbessern können. Gutes Hören trägt nicht nur zu einem aktiven und selbstbestimmten Leben bei, sondern kann zugleich das Risiko einer Demenzerkrankung verringern. Für Seniorinnen und Senioren, die in Pflegeeinrichtungen leben oder eine Tagespflege besuchen, bietet das Blindeninstitut Würzburg in Bayern spezielle Präventionsprogramme an – darunter „Gutes Sehen in Pflegeeinrichtungen“ sowie „Hören und Kommunikation in Pflegeeinrichtungen“. Diese Programme tragen dazu bei, Sinneseinschränkungen frühzeitig zu erkennen, gezielt zu behandeln und dadurch soziale Teilhabe zu fördern<sup>58</sup>. Weiter gilt es, die Erkenntnisse aus dem laufenden Modellprojekt „Sinnesbeeinträchtigungen in der Pflege im sozialen Nahraum“ im Blick zu behalten und gegebenenfalls auf die Stadt zu übertragen.

Auch die Förderung psychischer Gesundheit und die Suizidprävention bei älteren Menschen soll stärker in den Fokus rücken, so die Expertinnen und Experten. Ziel ist es, bestehende Tabus abzubauen und die Sensibilität für psychische Belastungen im Alter zu erhöhen. Dazu gehört insbesondere die Aufklärung über typische Erscheinungsformen und Behandlungsmöglichkeiten psychischer Erkrankungen wie Depressionen. Vielen Betroffenen und Angehörigen ist nicht bekannt, dass solche Erkrankungen häufig gut behandelbar sind – ein Umstand, der einer frühzeitigen Inanspruchnahme von Hilfe im Weg stehen kann. Um die Schaffung präventiver Angebote vor Ort zu fördern, hat das GKV-Bündnis für Gesundheit in Bayern 2025 ein neues Förderprogramm vorgestellt. Bayerische Kommunen haben damit die Möglichkeit, Projekte für vulnerable Gruppen umzusetzen, darunter auch ältere Menschen<sup>59</sup>.

Darüber hinaus hat die Gesundheitsregion<sup>plus</sup> bereits gut besuchte Veranstaltungen zum Thema Demenz durchgeführt. Angebote wie der Demenzscreeningtag sollen deshalb

---

<sup>58</sup> Vergleiche Blindeninstitut Würzburg: [www.blindeninstitut.de/de/angebote/](http://www.blindeninstitut.de/de/angebote/), Stand: September 2025.

<sup>59</sup> Vergleiche GKV-Bündnis für Gesundheit: <https://www.gkv-buendnis.de/foerderprogramme/foerderprogramm.html>, Stand: September 2025.

fortgeführt und weiterentwickelt werden. Auch die Alzheimer Gesellschaft Aschaffenburg e. V. und die Stadt Aschaffenburg engagieren sich regelmäßig im Rahmen der jährlichen Bayerischen Demenzwoche und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung und Aufklärung in der Bevölkerung. Diese Angebote gilt es weiterzuführen.

Um die Inanspruchnahme von präventiven Angeboten wie Sport- und Bewegungsangeboten zu fördern, sind vor allem niedrigschwellige Zugänge und eine gezielte Ansprache wichtig (vergleiche Handlungsfelder Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit und Kooperations- und Vernetzungsstrukturen). Angebote sollten wohnortnah, barrierearm, kostenfrei oder vergünstigt und zeitlich flexibel gestaltet sein. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit über den Seniorenwegweiser, Arztpraxen, Apotheken, Beratungsstellen sowie digitale Kanäle kann die Bekanntheit erhöhen. Ergänzend tragen Schnupperstunden, Mitmachaktionen im öffentlichen Raum und die Verbindung mit geselligen Elementen dazu bei, Hemmschwellen abzubauen und die Motivation zur Teilnahme zu steigern. Kooperationen mit Ärztinnen und Ärzten, Krankenkassen sowie der Einsatz von Ehrenamtlichen als Bewegungslotsen können die Teilnahme zusätzlich erleichtern.

Auch der Ausbau von öffentlichen Mittagstischen ist anzustreben. Sie verbinden eine vollwertige Mahlzeit mit sozialer Begegnung und fördern so die Teilhabe älterer Menschen. Solche Angebote gibt es bereits in der Innenstadt (Diakonie, Café Grenzenlos), in Schweinheim (St. Johanniszweigverein) und Damm (Pfarrei St. Josef). Diese können zum Aufbau weiterer Angebote in den anderen Stadtteilen als Vorbild dienen. Die Umsetzung kann in Kooperation mit Seniorenkreisen, Nachbarschaftshilfen oder anderen sozialen Trägern erfolgen. Auch Gastronomiebetriebe oder Pflegeeinrichtungen können mögliche Kooperationspartner sein<sup>60</sup>. Ergänzend ist die Einrichtung von Fahrdiensten zum Mittagstisch sinnvoll – insbesondere für mobilitätseingeschränkte Personen. Praxisnahe

---

<sup>60</sup> Vergleiche Kompetenzzentrum für Ernährung:

<https://www.kern.bayern.de/wissenstransfer/253552/index.php>, Stand: September 2025.

Unterstützung bietet ein Leitfaden der BAGSO<sup>61</sup> zum Aufbau von Mittagstischen oder Nachbarschaftstischen.

Neben gemeinschaftlichen Mittagstischen, die wichtige soziale Kontakte ermöglichen, bietet das Modellprojekt "Netzwerk Generation 55plus"<sup>62</sup> weitere niedrigschwellige Angebote, die Ernährung, Bewegung und gesunden Alltag verbinden. Gezielt können unter anderem alleinlebende Menschen – etwa männliche Witwer – für ein solches Angebot angesprochen werden. Das Netzwerk Generation 55plus richtet sich an alle Menschen in der zweiten Lebenshälfte und unterstützt sie dabei, ihren Alltag gesund und aktiv zu gestalten — mit dem Fokus auf ausgewogene Ernährung und ausreichende Bewegung. Konkret bieten die lokalen Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in ganz Bayern in diesem Rahmen regelmäßig Vorträge und Workshops an. Dort erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer praktische Impulse und alltagsnahe Tipps, wie sie bewusst essen und mehr Bewegung in ihren Alltag integrieren können — auch mit Blick auf Genuss und Lebensqualität im Alter. Die Stadt soll sich diesbezüglich mit den Ansprechpartnern vernetzen sowie Erfahrungen und Angebote auf die Stadt übertragen. Zum Thema Ernährung bietet die Stadt Online-Vorträge an.

---

<sup>61</sup> Vergleiche BAGSO, Im Alter in Form [www.im-alter-inform.de](http://www.im-alter-inform.de), Stand: September 2025.

<sup>62</sup> Vergleiche Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus: <https://www.stmelf.bayern.de/ernaehrung/bildung/modellprojekt-netzwerk-generation-55plus/index.html>, Stand: Dezember 2025.

# Gesellschaftliche Teilhabe

„Mehr Mitnehmen!“ (Expertenworkshop)

Teilhabe an der Gesellschaft fördert Lebensqualität und psychisches Wohlbefinden maßgeblich. Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet, am sozialen, kulturellen und politischen Leben aktiv mitzuwirken und sich als wertvollen Teil der Gemeinschaft zu erleben. Sie trägt dazu bei, Isolation und Einsamkeit vorzubeugen und soziale Bindungen zu stärken. Teilhabe eröffnet Möglichkeiten, Fähigkeiten einzubringen, Kontakte zu pflegen und neue soziale Rollen zu finden, sei es im Ehrenamt, in Vereinen, bei Bildungs- oder Freizeitangeboten oder im nachbarschaftlichen Austausch.

Kommunen und soziale Träger sind gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die gesellschaftliche Teilhabe in allen Lebenslagen ermöglichen. Dazu gehören barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Räumen, eine gute Erreichbarkeit von Angeboten, finanzielle Niedrigschwelligkeit sowie gezielte Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Gesellschaftliche Teilhabe ist damit nicht nur ein individuelles Bedürfnis, sondern auch ein wesentlicher Faktor für sozialen Zusammenhalt und eine lebendige Gemeinschaft.

## Orte der Begegnung

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Orte der Begegnung		
Ausbau barrierefreier und inklusiver Treffpunkte in allen Stadtteilen und Ermöglichung von Begegnungen im Freiraum	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Träger / Akteure der Seniorenarbeit Organisierte Nachbarschaftshilfen Pfarreien	Langfristig

Die Auswertung der Bürgerbefragung zeigt, dass sich Seniorinnen und Senioren zwar darin unterscheiden, welche kulturellen und gesellschaftlichen Angebote sie ansprechen, insgesamt jedoch ein gemeinsamer Wunsch nach wohnortnahen, bezahlbaren und vielfältigen Angeboten besteht. Besonders deutlich wird der enge Zusammenhang zwischen Einsamkeit und dem Bedarf an zusätzlichen sozialen Angeboten: Einsamere

Menschen wünschen sich verstärkt Treffpunkte, günstige wohnortnahe Aktivitäten und gemeinschaftsbildende Formate. Barrierefreie Begegnungsorte in den Stadtteilen sind wichtig, weil sie allen Menschen – unabhängig von Alter oder Einschränkungen – die Möglichkeit bieten, wohnortnah Kontakte zu knüpfen und am sozialen Leben teilzuhaben. Sie fördern Nachbarschaft, beugen Einsamkeit vor und schaffen Orte für gemeinsame Aktivitäten, Beratung und Unterstützung. Gerade für ältere Menschen oder Personen mit eingeschränkter Mobilität sind solche Treffpunkte entscheidend, um Teilhabe und Lebensqualität im vertrauten Umfeld zu sichern. Bestehende Treffpunkte wie das Bildungsbüro, Volkshochschule, MiZ – Miteinander im Zentrum e. V., Kirchen, Seniorentreff sind bekannter zu machen. In Stadtteilen, in denen Treffpunkte fehlen, sollen hingegen offene und neutrale Begegnungsorte ohne Konsumzwang geschaffen werden, beispielsweise in neuen Wohnprojekten (vergleiche Handlungsfeld Wohnen zu Hause). Um die Teilhabe aller Zielgruppen zu sichern, ist besonders darauf zu achten, dass auch sozial benachteiligte Menschen – wie etwa von Armut betroffene Ältere – nicht verdrängt werden, sondern gleichberechtigt Zugang zu diesem Begegnungsort erhalten. Derartige Treffpunkte sollen zudem auch Initiativen und Vereinen offenstehen, um ein vielfältiges Angebotsspektrum zu haben. Eine enge Zusammenarbeit mit bestehenden Initiativen wie dem Grenzenlos e. V. in Aschaffenburg oder Migranten für Migranten e. V. sollte angestrebt werden.

Die Pfarrbüchereien in den Stadtteilen sind nicht nur Orte der Medienausleihe, sondern auch niedrigschwellige Begegnungs- und Kulturorte. Leider wurden bereits einige mangels ehrenamtlicher Nachfolger oder Nutzung geschlossen. Durch eine gemeinsame Kooperation zwischen Stadt (Ehrenamtsagentur) und Pfarreien könnte die ehrenamtliche Unterstützung gezielt gefördert werden sowie auch Möglichkeiten zur Nutzung der Büchereien als Orte für niedrigschwellige Veranstaltungen – beispielsweise Digitalkurse. Zugleich gilt es, den Zugang zu Angeboten auch für Menschen mit eingeschränkter Mobilität zu verbessern. Dies kann durch den Ausbau barrierefreier Fahrdienste, mobile Bibliotheksangebote oder digitale Services (zum Beispiel E-Books, E-Journals, Hörbücher) unterstützt werden.

Darüber hinaus leisten Begegnungsorte im Freiraum einen wichtigen Beitrag zur sozialen Teilhabe und Gesundheitsförderung. Sie schaffen niedrigschwellige Möglichkeiten, wohnortnah Kontakte zu knüpfen, gemeinsame Aktivitäten auszuüben und Vereinsamung vorzubeugen. Gerade für ältere Menschen bieten öffentlich zugängliche Orte wie Parks,

Plätze oder gemeinschaftlich gestaltete Grünflächen die Chance, Bewegung und Begegnung miteinander zu verbinden. Durch eine barrierefreie Gestaltung mit Sitzgelegenheiten (beispielsweise höhere Sitzflächen, Aussparungen für Rollatoren), Schattenplätzen und gegebenenfalls kleinen Bewegungs- oder Spielangeboten können diese Treffpunkte inklusiv genutzt werden und so zu lebendigen Knotenpunkten im Stadtteil werden.

## Freizeit und Bildung

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Freizeit und Bildung		
Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der sozialen Angebote für Seniorinnen und Senioren, <ul style="list-style-type: none"> <li>• auch dezentral</li> <li>• Koordination von Angeboten</li> </ul>	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Träger / Akteure der Seniorenarbeit Organisierte Nachbarschaftshilfen	Dauerhaft
Einhaltung der Barrierefreiheit bei Veranstaltungen	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben	Dauerhaft
Erhalt der Kurse für Seniorinnen und Senioren im Umgang mit digitalen Medien und Akquise von weiteren Ehrenamtlichen dafür	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Ehrenamtsagentur „Aschaffenburg Aktiv!“ Bildungsträger Volkshochschule (vhs) Aschaffenburg	Dauerhaft

In der Stadt Aschaffenburg gibt es bereits eine große Vielfalt an Angeboten zur gesellschaftlichen Teilhabe, die sowohl von der Stadt als auch von Vereinen, Kirchengemeinden und Initiativen getragen werden. Besonders gut nachgefragt sind beispielsweise das Seniorenkino im Casino unter dem Motto „Kino, Kaffee und Klatsch“ oder die regelmäßig stattfindenden Kulturveranstaltungen wie Theater- und Musikabende, die barrierefrei gestaltet sind. Auch Tanztees für Seniorinnen und Senioren erfreuen sich großer Beliebtheit. Ergänzend gibt es zahlreiche Treffpunkte mit vielfältigen Informations- und Freizeitangeboten. Zudem bieten die Volkshochschule, Stadtbibliothek und kirchliche Einrichtungen Kurse, Vorträge und offene Treffpunkte an. Um eine

bedarfsgerechte Weiterentwicklung von sozialen Angeboten zu schaffen, sollen Seniorinnen und Senioren künftig stärker in die Entwicklung von Angeboten einbezogen werden. Dabei ist es wichtig, unterschiedliche Zielgruppen zu berücksichtigen – beispielsweise ältere Menschen mit Migrationshintergrund, deren Bedürfnisse und Wünsche bislang wenig bekannt sind. Ergänzend bietet das Katholische Seniorenforum als Dachorganisation kirchlicher Seniorenarbeit eine wertvolle Plattform, um bestehende Strukturen zu bündeln und neue Formate zu entwickeln, etwa für jüngere Seniorinnen und Senioren, die häufig selbstorganisierte Räume für Begegnung und Aktivitäten benötigen.

Da die Bürgerinnen und Bürger sich im Alltag stark an ihren Stadtvierteln und Quartieren orientieren, soll die soziale Teilhabe verstärkt durch wohnortnahe Angebote unterstützt werden. Um die Teilhabechancen zu erweitern, ist es sinnvoll, zusätzliche quartiersbezogene Angebote aufzubauen und bestehende Strukturen zu stärken (siehe oben). Dies ermöglicht es insbesondere älteren Menschen, unabhängig von Mobilitätseinschränkungen, aktiv am sozialen Leben teilzunehmen und ihr unmittelbares Wohnumfeld als Lebensraum mitzugestalten.

Um die Angebote noch transparenter und leichter zugänglich zu machen, ist hierfür eine spezielle Kategorie „Seniorinnen und Senioren“ im städtischen Online-Veranstaltungskalender denkbar, die eine zielgruppengerechte Filterung ermöglicht.

Bei öffentlichen Festen und Veranstaltungen soll künftig noch konsequenter auf einen barrierefreien Aufbau geachtet werden. Dazu gehören unter anderem die sichere Gestaltung von Kabelbrücken, barrierefreie Zugänge zu Bühnen, Ständen und Sanitäreinrichtungen sowie ausreichend Bewegungsflächen für Menschen mit Rollstühlen oder Rollatoren. Auch gut sichtbare und kontrastreiche Beschilderung für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen, eine klare Akustik und Induktionsschleifen für hörgeschädigte Menschen sowie leicht verständliche Informationen in einfacher oder Leichter Sprache sind zu berücksichtigen. Ruhezonen, die Einführung einer stillen Stunde und Vorabinformationen zum geplanten Einsatz von Lichteffekten und Lautstärke helfen Menschen mit sensorischen Einschränkungen, wie Autismus Spektrum oder Epilepsie. Durch die umfassende Berücksichtigung unterschiedlicher Einschränkungen wird sichergestellt, dass alle Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt und selbstbestimmt an Veranstaltungen teilnehmen können.

Für Ältere, die Unterstützung bei der Nutzung digitaler Angebote benötigen, gibt es unter anderem die Mediensprechstunde in der Stadtbibliothek, der Volkshochschule, im MiZ - Miteinander im Zentrum e. V. und im Digitalladen der Stadt Aschaffenburg. Die Angebote werden sehr gut angenommen. Bereits geplant ist in Kooperation mit der Volkshochschule (vhs) Aschaffenburg digitale Sprechstunden in den Stadtteilen anzubieten. Diese starten ab 2026. Bei Erfolg gilt es dieses Konzept dann nachfragegerecht weiterzuentwickeln. Die Teilnehmenden des Expertenworkshops betonen den hohen Bedarf an zusätzlicher Beratung und Unterstützung bei alltäglichen Themen wie dem digitalen Kauf von Theaterkarten, ÖPNV-Tickets oder der Nutzung von QR-Codes. Allerdings sollte ein klarer Aufgabenbereich und dessen Grenzen für die (ehrenamtlichen) Beratenden definiert und diese darin geschult werden. In der Bürgerbefragung war vor allem der Wunsch nach einer Ansprechperson bei Schwierigkeiten im Umgang mit digitalen Medien. Wichtig ist, dass die Angebote möglichst niedrigschwellig und wohnortnah in den Stadtteilen gestaltet werden, um allen den Zugang zu erleichtern. Bei der Durchführung entsprechender Kurse sollte zudem auf eine seniorengerechte Sprache geachtet und auf Anglizismen oder schwer verständliche Fachbegriffe verzichtet werden. Um dies zu systematisieren, bietet es sich an, ein Konzept für die Stadt zu entwickeln.

- Beispielhaft dafür kann das Projekt „Wege in die digitale Welt für Ältere“ aus der Stadt Nürnberg sein. Ziel des Seniorenamts ist es, auch diejenigen älteren Menschen zu erreichen, die bisher kaum oder gar keine Berührung mit Internet, Smartphone oder anderen digitalen Medien hatten. Einen wichtigen Bestandteil des Projekts bilden die ehrenamtlichen Digitallotsinnen und -lotsen, die Seniorinnen und Senioren in sogenannten 1:1-Tandems individuell begleiten und bei ihren ersten Schritten in die digitale Welt unterstützen. Für Seniorinnen und Senioren mit Grundkenntnissen werden Digital-Sprechstunden angeboten. Dort können sie ihre konkreten Fragen stellen. Darüber hinaus lädt das Digital-Café zu Begegnung und Austausch ein. Es richtet sich an ältere Menschen mit ersten Erfahrungen im Umgang mit digitalen Medien und bietet die Möglichkeit, gemeinsam Neues kennenzulernen und auszuprobieren. Auch hier stehen

die ehrenamtlichen Digitallotsinnen und -lotsen als Ansprechpersonen bereit<sup>63</sup>.

- Die bayernweite Landesstelle „MuT-Profis“ - das gfi-Netzwerk richten sich speziell an Multiplikatoren - also Personen, die haupt- oder ehrenamtlich in Digitalangeboten für ältere Menschen tätig sind. Das Netzwerk bietet Austauschmöglichkeiten und Informationsangebote, wie ältere Menschen zielgruppengerecht im Umgang mit neuen Technologien unterstützt werden können. Außerdem bietet es vielfältige Materialien zu Einzelthemen und Schulungskonzepte. Daneben wird ein bayernweites Netzwerk rund um das Thema „Digitalkompetenzen im Alter“ aufgebaut<sup>64</sup>.

Ältere Menschen sollen nicht nur ermutigt werden, digitale Angebote zu nutzen, sondern auch über mögliche Gefahren im Netz aufgeklärt werden. Wünschenswert sind Kursformate, die sich an den Bedürfnissen und dem Erfahrungsstand der Zielgruppe orientieren. Themen wie Datenschutz sollten in verbraucherfreundlicher Sprache vermittelt werden - ebenso wie praxisnahe Informationen zu Anwendungen wie dem E-Rezept oder der elektronischen Patientenakte. Dabei kann beispielsweise mit dem BayernLAB Lohr a. Main<sup>65</sup> zusammengearbeitet werden.

## Seniorenmitwirkung

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Seniorenmitwirkung		
Wiederbelebung der Seniorengesprächsrunden mit dem Oberbürgermeister und mit Akteuren der Stadtverwaltung	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben	Dauerhaft

<sup>63</sup> Vergleiche Stadt Nürnberg, „Wege in die digitale Welt für Ältere“: [https://wiatest.sneakpeak.online/wp-content/uploads/2023/08/Steckbrief\\_Stadt-Nuernberg\\_Digital-im-Alter.pdf](https://wiatest.sneakpeak.online/wp-content/uploads/2023/08/Steckbrief_Stadt-Nuernberg_Digital-im-Alter.pdf), Stand: Oktober 2025.

<sup>64</sup> Vergleiche Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales, Digitalisierung im Alter: <https://www.stmas.bayern.de/senioren/aktives-altern/digitalisierung-im-alter.php>, Stand: September 2025.

<sup>65</sup> Vergleiche BayernLab: <https://www.lohr.bayernlab.bayern.de/>, Stand: September 2025.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die systematische Einbindung älterer Menschen in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse sinnvoll und wichtig. Seniorinnen und Senioren bringen wertvolle Lebens- und Alltagserfahrung mit, kennen die Herausforderungen vor Ort und können Impulse für zukunftsfähige Lösungen geben. Eine altersinklusive Bürgerbeteiligung ist damit ein unverzichtbarer Bestandteil moderner, sozial ausgewogener Kommunalentwicklung. Schon jetzt sind die Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklung von verschiedenen Konzepten in der Stadt eingebunden, wie beispielsweise bei der Klima-Rallye "Heroes for future" (vor allem Kinder und Jugendliche). Aber auch Seniorinnen und Senioren können bei verschiedenen Projekten ihre Anliegen und Wünsche äußern, diese sind transparent auch auf der Homepage der Stadt aufgeführt<sup>66</sup>. Laut den Expertinnen und Experten sollte dabei vermehrt der Fokus auf Personengruppen gelegt werden, die meist weniger gut in die Seniorenmitwirkung eingebunden sind. Zu denken sind dabei unter anderem an ältere Menschen mit Migrationshintergrund, ältere Menschen mit Behinderung und Menschen mit Demenz sowie deren Angehörige.

Zur Förderung des direkten Austauschs zwischen älteren Bürgerinnen und Bürgern und der Stadtverwaltung sollen die früher regelmäßig stattfindenden Seniorengesprächsrunden mit dem Oberbürgermeister oder anderen politischen Vertreterinnen und Vertretern wieder eingeführt werden. Dabei wurden auch Referentinnen und Referenten aus verschiedenen Ressorts eingebunden, um aktuelle Themen vorzustellen und Anliegen der Seniorinnen und Senioren unmittelbar aufzugreifen. Dieses Format schafft Transparenz, stärkt das Vertrauen in die Verwaltung und ermöglicht eine zielgerichtete Weiterentwicklung städtischer Angebote auf Grundlage der Bedarfe der älteren Bevölkerung.

---

<sup>66</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: [https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Buergerbeteiligung/Projekte-mit-Buergerbeteiligung/DE\\_index\\_4180.html](https://www.aschaffenburg.de/Buerger-in-Aschaffenburg/Buergerbeteiligung/Projekte-mit-Buergerbeteiligung/DE_index_4180.html), Stand: September 2025.

# Bürgerschaftliches Engagement für und von Seniorinnen und Senioren

*„Ehrenamt schafft Mehrwert!“ (Expertenworkshop)*

Bürgerschaftliches Engagement ist ein zentraler Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Gerade im Bereich der Seniorenarbeit kommt ihm eine doppelte Bedeutung zu: Einerseits tragen engagierte Bürgerinnen und Bürger wesentlich dazu bei, ältere Menschen zu unterstützen, wie beispielsweise durch organisierte Nachbarschaftshilfen, Besuchsdienste, Fahrdienste oder die Mitgestaltung von Freizeit- und Kulturangeboten. Andererseits bringen Seniorinnen und Senioren selbst ihre Erfahrungen, Fähigkeiten und Zeit in vielfältigen Formen des Ehrenamts ein und leisten damit einen wichtigen Beitrag für die Gemeinschaft. Die Bedeutung des Ehrenamtes wird weiter darüber hinaus zunehmen, insbesondere weil es dazu beiträgt, wachsende Bedarfe in der Pflege zu unterstützen und fehlende pflegerische Strukturen abzufedern. Angesichts des demografischen Wandels, steigender Pflegebedarfe und zugleich zunehmender Personalengpässe im professionellen Pflegebereich gewinnt freiwilliges Engagement an Relevanz – sei es durch alltagsnahe Unterstützung, Besuchsdienste, Entlastung pflegender Angehöriger oder Angebote zur sozialen Teilhabe.

Engagement stärkt nicht nur die Solidarität zwischen den Generationen, sondern eröffnet auch älteren Menschen selbst neue Möglichkeiten der Teilhabe und Selbstverwirklichung. Kommunen, Träger und Vereine sind daher gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die bürgerschaftliches Engagement fördern. Zu denken ist unter anderem an eine passende Anerkennungskultur, Qualifizierungsangebote, professionelle Begleitung und eine verlässliche Vernetzung mit hauptamtlichen Strukturen. So kann Engagement langfristig wirksam werden und zugleich zur Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens beitragen.

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
<b>Bürgerschaftliches Engagement</b>		
Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für die städtische Ehrenamtsagentur "Aschaffenburg Aktiv!" zur Erhöhung der Bekanntheit bei Bürgerinnen und Bürgern sowie Einrichtungen, Organisationen, Stadtverwaltung und Beratungsstellen	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Ehrenamtsagentur „Aschaffenburg Aktiv!“ Ehrenamtliche als Multiplikatoren	Dauerhaft
Gewinnung neuer Ehrenamtlicher für ein Engagement im sozialen Bereich, unter anderem: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neu-Ruheständler</li> <li>• Jugendliche/Studierende</li> <li>• Menschen mit Migrationshintergrund</li> </ul>	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Ehrenamtsagentur „Aschaffenburg Aktiv!“ Träger der Seniorenarbeit Arbeitgeber/innen Stadtjugendring Träger der Jugendarbeit und anderer sozialer Einrichtungen	Dauerhaft
Fortführung und Ausbau der Anerkennungs- und Würdigungskultur für Ehrenamtliche	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Ehrenamtsagentur „Aschaffenburg Aktiv!“	Dauerhaft
Qualifizierung von Ehrenamtlichen auch in besonderen Themenfeldern	Ehrenamtsagentur „Aschaffenburg Aktiv!“ Volkshochschule (vhs) Aschaffenburg Vereine/ Verbände im Rahmen der eigenen Zuständigkeiten Alzheimer Gesellschaft Interessensvertretungen	Mittelfristig

Die Ehrenamtsagentur "Aschaffenburg Aktiv!" ist zentral in der Innenstadt von Aschaffenburg gelegen und somit auch gut erreichbar für alle Menschen, die sich für ein Ehrenamt interessieren. Sie dient als wichtige Vermittlungsstelle, die Ehrenamtliche und Organisationen/Einrichtungen berät und vernetzt. Seitens der Stadt gilt es diese

aufrechtzuerhalten und mit ausreichend finanziellen Mitteln auszustatten. Es hat sich gezeigt, dass ehrenamtliches Engagement dauerhaft nur dann wirksam und verlässlich ist, wenn es durch hauptamtliche Strukturen unterstützt und begleitet wird. Hauptamtliche übernehmen dabei insbesondere koordinierende, beratende und organisatorische Aufgaben, die von Ehrenamtlichen allein nicht dauerhaft geleistet werden können.

Die Bürgerbefragung hat gezeigt, dass vielen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere aus anderen Stadtteilen, die Ehrenamtsagentur nicht bekannt ist. Daher soll die Öffentlichkeitsarbeit weiter ausgebaut werden – etwa über Zeitungsanzeigen, Broschüren oder Informationsveranstaltungen. So wird nicht nur die Beratungsstelle bekannter, sondern das Engagement wird noch sichtbarer gemacht. Porträts von Engagierten, Veranstaltungshinweise und Mitmach-Aufrufe tragen dazu bei, Hemmschwellen abzubauen und den Mehrwert des Ehrenamts hervorzuheben. Zur nachhaltigen Gewinnung neuer Ehrenamtlicher soll dabei gezielt auf die Wirkung persönlicher Empfehlungen gesetzt werden. Ehrenamtlich Engagierte werden dazu ermutigt, im privaten und beruflichen Umfeld über ihre Tätigkeiten, Erfahrungen und positiven Erlebnisse zu berichten. Die authentische Weitergabe eigener Eindrücke stärkt die Glaubwürdigkeit des Engagements und schafft Vertrauen bei potenziell Interessierten. Durch diese Form der persönlichen Weiterempfehlung können Hemmschwellen abgebaut und neue Zielgruppen erreicht werden. Die Ehrenamtlichen übernehmen damit eine Multiplikatorenrolle und leisten einen aktiven Beitrag zur Erweiterung und Stabilisierung des ehrenamtlichen Netzwerks. Ergänzend kann unter Einbezug der Multiplikatoren, zum Beispiel Pfarrgemeinden, organisierte Nachbarschaftshilfen oder (hauptamtliche) Ansprechpersonen in den Stadtteilen auch auf persönliche Ansprache gesetzt werden, die sich laut Expertinnen und Experten als besonders erfolgreich erweist.

Um die Reichweite und Wirkung weiter zu erhöhen, könnte die Ansprache noch stärker zielgruppenspezifisch erfolgen. Auch strukturell kann hingewirkt werden.

- So sollten Neu-Ruheständlerinnen und -Ruheständler gezielt über die Möglichkeiten, sich zu engagieren, informiert werden. Die große Gruppe der Babyboomer kann verstärkt über Kooperationen mit Unternehmen erreicht werden.

- Für Seniorinnen und Senioren, die bereits länger im Ruhestand sind, sollten passende Ehrenämter gefunden und angeboten werden, denn Ehrenamt stärkt das Gemeinschaftsgefühl, hält fit und verhindert Einsamkeit.
- Auch Jugendliche und Studierende stellen eine wichtige Zielgruppe dar: In Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule sowie ortsansässigen Schulen könnten über Multiplikatoren und Veranstaltungen die Vorteile ehrenamtlichen Engagements für die persönliche Entwicklung und berufliche Karriere deutlicher herausgestellt werden und so Studierende für bestehende oder neue Ehrenämter/Projekte auch im Seniorenbereich gewonnen werden. Ein Modellprojekt zur Einführung eines freiwilligen sozialen Schuljahres (FSSJ) mit einer örtlichen Schule soll im Herbst 2026 beginnen. Die Einsatzstellen werden gezielt durch die Ehrenamtsagentur ausgewählt und mittels Schulungen auf den Einsatz von Schülerinnen und Schülern vorbereitet. Bei Erfolg ist ein Ausbau (Ausweitung auf weitere Schulen und Aktivierung weiterer Einsatzstellen) geplant.
- Für Menschen mit Migrationsgeschichte kann ehrenamtliches Engagement den Einstieg in gesellschaftliche Teilhabe erleichtern. Es ermöglicht Begegnungen mit anderen Engagierten, Einblicke in lokale Strukturen und kulturelle Zusammenhänge, fördert das Gemeinschaftsgefühl und bietet niedrigschwellige Möglichkeiten zur Anwendung und Weiterentwicklung von Sprachkenntnissen. Um diese Potenziale bestmöglich zu nutzen, sollte die Zusammenarbeit zu diesem Thema zwischen Ehrenamtsagentur und passenden Einsatzstellen gepflegt werden. Entsprechende Informationsmaterialien stehen bereits zur Verfügung.
- Viele potenzielle Engagierte schrecken vor zeitlich langwierigen Verpflichtungen zurück. Flexible, zeitlich begrenzte Formen des Engagements („Ehrenamt auf Zeit“) können Hürden abbauen und erste Erfahrungen ermöglichen.
- Das Erleben von Gemeinschaft ist für viele ein zentraler Beweggrund, ein Ehrenamt zu übernehmen. Viele Ehrenamtliche möchten Teil einer Gruppe sein, neue soziale Kontakte knüpfen und gemeinsam mit anderen etwas Sinnvolles bewegen. Hierzu können regelmäßige Netzwerktreffen, Stammtische oder Ehrenamtscafés angeboten werden, die den Austausch

zwischen Engagierten ermöglichen und das Gefühl der Zugehörigkeit stärken.

Ebenso wichtig ist die Möglichkeit, eigene Erfahrungen und Fachwissen einzubringen. Viele Menschen möchten ihr über Jahre erworbenes Lebens- und Berufswissen weitergeben und damit einen wertvollen Beitrag leisten. Indem sie ihre Kompetenzen in Beratungen, Projekten oder praktischen Unterstützungsangeboten einbringen, können sie sowohl Orientierung geben als auch als kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Anerkennung und Wertschätzung sind zentrale Faktoren, um ehrenamtliches Engagement zu fördern und langfristig zu sichern. Sie motivieren Ehrenamtliche, stärken ihre Bindung an die Aufgabe und wirken zugleich als Anreiz für neue Freiwillige, sich zu engagieren. Besonders junge Ehrenamtliche profitieren davon, wenn ihre Leistungen sichtbar gewürdigt werden – beispielsweise durch eine Urkunde oder ein offizielles Anerkennungsschreiben, das auch bei späteren Bewerbungen verwendet werden kann. Daher sollte die Anerkennungskultur in Aschaffenburg gezielt ausgebaut werden, um ehrenamtliches Engagement nachhaltig zu stärken und insbesondere jüngeren Generationen einen zusätzlichen Anreiz zu bieten.

Gute Ansätze in diesem Bereich verfolgt bereits die Ehrenamtsagentur "Aschaffenburg Aktiv!". Es gilt, diese Arbeit fortzuführen und weiterhin auf eine Kombination aus formeller Anerkennung, öffentlicher Sichtbarkeit und erlebbaren Vorteilen zu setzen:

- Weiterhin Vergabe der Bayerischen Ehrenamtskarte. Gewinnung weiterer Kooperationspartner für Vergünstigungen oder freien Eintritt für Kultur-, Sport- und Freizeitangebote sowie kleiner Aufmerksamkeiten wie Gutscheine für den lokalen Einzelhandel.
- Einführung von Urkunden und offiziellen Anerkennungsschreiben, die auch für Bewerbungen genutzt werden können.
- Aufrechterhaltung der jährlichen städtischen Ehrenamtsgala sowie gezielte mediale Sichtbarkeit durch Presseberichte und Social-Media-Präsenz.
- Weiterführung von Veranstaltungen wie „After Work“ oder Helferfrühstück für Ehrenamtliche zum Austausch und Vernetzung.
- Weiterführung und Ausbau kostenfreier Weiterbildungen für Ehrenamtliche (zum Beispiel im Bereich Jugendschutz, rechtliche Grundlagen, Erste Hilfe,

Vereinsarbeit, Lebensmittelhygiene oder digitale Kompetenzen) sowie regelmäßige Austausch- und Vernetzungstreffen.

- Weiterhin Austausch und Schulung für Leiterinnen und Leiter von Selbsthilfegruppen der Selbsthilfekontaktstelle.

Qualifizierungen und Schulungen für Ehrenamtliche sind von großer Bedeutung, weil sie Sicherheit im Umgang mit unterschiedlichen Zielgruppen schaffen und das nötige Wissen vermitteln, um angemessen zu unterstützen. Gerade im Kontakt mit Menschen mit Demenz, psychischen Erkrankungen oder anderen besonderen Bedürfnissen stoßen Ehrenamtliche ohne entsprechende Kenntnisse schnell an ihre Grenzen. Schulungen helfen, Überforderung zu vermeiden, stärken die Handlungskompetenz und tragen dazu bei, dass Ehrenamtliche langfristig motiviert und im Einsatz bleiben. Gleichzeitig profitieren die Betroffenen, da sie besser begleitet und ihre individuellen Bedürfnisse stärker berücksichtigt werden können. So leisten Qualifizierungen einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung und Nachhaltigkeit ehrenamtlicher Arbeit. Daher sollen gezielte Schulungen regelmäßig angeboten werden, insbesondere, um auf die Arbeit mit Menschen mit speziellen Bedürfnissen vorbereitet zu sein. Sie können Grundlagenwissen vermitteln, Sicherheit im Umgang schaffen und dabei helfen, die eigenen Grenzen zu erkennen. Wichtig ist dabei die klare Abgrenzung zu hauptamtlichen Tätigkeiten: Ehrenamtliche ersetzen keine pflegerischen Angebote, sondern werden in ihrer unterstützenden Rolle gestärkt. Auf diese Weise können sowohl die Qualität der Begleitung als auch die Entlastung der Ehrenamtlichen verbessert werden.

# Angebote für besondere Zielgruppen

*„Individuell helfen und professionelle Strukturen erhalten und schaffen“ (Expertenworkshop)*

Es gibt Gruppen älterer Menschen, die auf besondere Unterstützung angewiesen sind. Dazu zählen unter anderem ältere Menschen mit Behinderung, Seniorinnen und Senioren mit psychischen Erkrankungen, ältere Menschen mit Migrationshintergrund, ältere queere Menschen, ältere Obdachlose sowie diejenigen, die von Einsamkeit oder Altersarmut betroffen sind. Ihre Lebenslagen sind häufig von mehrfachen Belastungen geprägt, die eine herkömmliche Versorgung nicht ausreichend abdecken kann.

Angebote für diese Zielgruppen müssen daher passgenau entwickelt und niedrigschwellig zugänglich sein. Sie reichen von speziellen Wohn- und Betreuungsformen über aufsuchende Hilfen bis hin zu Unterstützungsangeboten im sozialen, kulturellen, gesundheitlichen oder pflegerischen Bereich.

Die gezielte Förderung besonderer Zielgruppen ist nicht nur Ausdruck sozialer Verantwortung, sondern auch ein wichtiger Schritt, um Chancengleichheit im Alter zu sichern und gesellschaftliche Ausgrenzung zu verhindern. So tragen spezialisierte Angebote dazu bei, auch Menschen mit schwierigen Lebenslagen ein Leben in Würde, Sicherheit und Gemeinschaft zu ermöglichen.

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Besondere Zielgruppen		
Vorbeugen von Einsamkeit im Alter und gezielte Begleitung von Betroffenen	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Träger der Seniorenarbeit Organisierte Nachbarschaftshilfen Ambulante Pflegedienste Angebote von Sozialdiensten (Hausnotruf, Essen auf Rädern et cetera) Selbsthilfekontaktstelle Akteure der Hospiz- und Palliativversorgung Migrantenorganisation	Dauerhaft
Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Altersarmut und Unterstützungsleistungen bei geringem Einkommen	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Sozialleistungsträger	Dauerhaft
Bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Angebote für ältere Menschen mit Behinderung	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Bezirk Unterfranken Träger/Akteure der Senioren- und Behindertenarbeit	Dauerhaft
Umsetzung der bestehenden Handlungsempfehlungen zum Thema "Obdachlosigkeit im Alter"	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Gesundheitsregion <sup>plus</sup>	Dauerhaft
Sensibilisierung zum Thema "Queer im Alter" und Bekanntmachen von Ansprechpersonen	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Träger der Seniorenarbeit Träger stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen	Dauerhaft

Viele Menschen sind mit unterschiedlichen Hilfebedarfen konfrontiert, die oft in einem wechselseitigen Zusammenhang stehen. So geht beispielsweise eine eingeschränkte finanzielle Situation nicht selten mit dem Risiko von Einsamkeit einher. Auch in

Aschaffenburg zeigt sich, dass soziale Benachteiligung und besondere Vulnerabilität – etwa bei Menschen mit geringem Einkommen, bei älteren Menschen mit Behinderung oder bei Alleinlebenden – in der Praxis vielfältige und komplexe Herausforderungen mit sich bringen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, Unterstützungsstrukturen so zu gestalten, dass sie individuell, flexibel und eng an den Lebensrealitäten der Betroffenen orientiert sind. Dabei ist hervorzuheben, dass sich viele Akteure in Aschaffenburg nicht ausschließlich auf die Arbeit mit Seniorinnen und Senioren spezialisiert haben. Vielmehr unterstützen sie Menschen besonderer Zielgruppen in jedem Alter und leisten damit einen wichtigen Beitrag zu einem ganzheitlichen, generationenübergreifenden Versorgungs- und Unterstützungssystem.

### Einsamkeit

Einsamkeit im Alter entsteht meist durch ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren. Häufig spielen soziale Aspekte wie der Verlust des Partners oder der Partnerin, ein schrumpfender Freundeskreis oder der Wegfall von Arbeitskontakten nach dem Renteneintritt eine Rolle. Auch pflegende Angehörige sind häufig so stark gebunden, dass dies zu Einsamkeit führen kann. Hinzu kommen gesundheitliche Einschränkungen wie Mobilitätsprobleme, chronische Erkrankungen oder Sinnesbeeinträchtigungen, die soziale Kontakte erschweren. Auch strukturelle Bedingungen können Einsamkeit begünstigen, etwa wenn barrierefreie Begegnungsorte fehlen, die Mobilität eingeschränkt ist oder das Wohnumfeld wenig Möglichkeiten zur Teilhabe bietet. Auf individueller Ebene wirken zudem Hemmungen, neue Kontakte zu knüpfen, Schamgefühle oder mangelnde digitale Kompetenzen verstärkend. Besonders hoch ist das Risiko, wenn mehrere dieser Faktoren gleichzeitig zusammentreffen.

Um dieser Komplexität gerecht zu werden, sollten verschiedene Ansätze verfolgt werden, um Einsamkeit bei Älteren vorzubeugen bzw. zu verhindern:

- Quartiersbezogene Ansprechpersonen: In jedem Stadtviertel sollten feste Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner etabliert werden, die als Lotsen im Hilfesystem fungieren, Einsamkeit frühzeitig erkennen und Betroffene an passende Angebote weiterleiten (vergleiche Handlungsfeld Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit).
- Aufsuchende Beratung und Case-Management: Um mit zurückgezogenen oder schwer erreichbaren Alleinlebenden in Kontakt zu kommen, ist eine

kontinuierliche aufsuchende Beratung notwendig, die nicht nur einmalig stattfindet, sondern Begleitung und langfristige Unterstützung bietet (vergleiche Handlungsfeld Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit).

- Stärkung von Multiplikatoren: Integrationslotsinnen und -lotsen, der Stadtjugendring und die Familienbildung können gezielt als Multiplikatoren eingesetzt werden, um auch schwer erreichbare Gruppen – beispielsweise über Familienkontakte – mit der Seniorenarbeit zu vernetzen (vergleiche Handlungsfeld Kooperations- und Vernetzungsstrukturen).
- Selbsthilfegruppen und Migrant\*innenorganisationen fördern: Muttersprachliche Selbsthilfegruppen und Migrant\*innenorganisationen sollten gezielt durch Bereitstellung von Räumen, finanzieller Unterstützung und Koordination gestärkt werden, um den Zugang zur Zielgruppe zu erleichtern und Hilfe von Betroffenen für Betroffene zu ermöglichen.
- Niedrigschwellige Gruppenangebote weiterentwickeln: Die Angebote der gesellschaftlichen Teilhabe in der Stadt Aschaffenburg leisten einen wichtigen Beitrag zur Vorbeugung von Einsamkeit im Alter und zur Pflege sozialer Netzwerke. Vereine, Institutionen und weitere Akteure sollen ergänzend Begegnungsformate an niedrigschwelligen Begegnungsorten auch im Freiraum anbieten und dabei darauf achten, dass Teilnehmende in der Situation nicht „allein unter Vielen“ bleiben (vergleiche Handlungsfeld Gesellschaftliche Teilhabe).
- Weiterbildung und Wissenstransfer: Fachkräfte sollen regelmäßig zum Thema Einsamkeit geschult werden, wie beispielsweise im Schwerpunktthema der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> im Jahr 2023.
- Gezielte Unterstützung vulnerabler Gruppen: Besondere Aufmerksamkeit sollte Personengruppen gelten, die bisher weniger im Fokus waren wie beispielsweise einsame ältere Frauen mit Migrationshintergrund, da hier häufig zusätzlicher Bedarf an psychischer und sozialer Betreuung besteht. Spezifische Angebote in Kooperation mit Migrant\*inSelbstorganisationen können helfen, diese Zielgruppe besser zu erreichen.
- Verlust von Angehörigen: Angebote zur Trauerarbeit beispielsweise durch die Hospizgruppe gilt es bekannter zu machen.
- Spezielle Angebote für Neubürgerinnen und Neubürger: Um Hemmnisse beim Zugang zu sozialen Leistungen zu überwinden, braucht es begleitende

Unterstützungsangebote und eine gezielte Informationsweitergabe. Zugezogene Personen sollen zudem über die Beratungsstellen sowie Angebote der sozialen Teilhabe informiert werden (zum Beispiel Flyer für Neubürgerinnen und Neubürger).

### Altersarmut

Altersarmut stellt eine wachsende Herausforderung dar, da sie nicht nur finanzielle Einschränkungen mit sich bringt, sondern auch eng mit sozialer Isolation und Einsamkeit verbunden ist. Viele ältere Menschen zögern, Unterstützungsangebote in Anspruch zu nehmen oder wissen nicht, an wen sie sich wenden können. Umso wichtiger sind auch hier quartiersbezogene Strukturen sowie eine aufsuchende Beratung, die die Betroffenen direkt in ihrem Lebensumfeld erreicht, Hemmschwellen abbaut und Zugänge zu passenden Hilfen eröffnet. Mit dem Kulturpass hat die Stadt Aschaffenburg bereits ein gutes Instrument geschaffen, um finanzschwache Seniorinnen und Senioren den Zugang zu Kultur zu ermöglichen. Diesen gilt es an zukünftige Veränderungen anzupassen und gegebenenfalls zu erweitern.

Darüber hinaus können folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- **Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung:** Das Thema Altersarmut – insbesondere von Seniorinnen – soll stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Kampagnen und Aktionen können dazu beitragen, Hemmschwellen abzubauen und deutlich zu machen, dass Unterstützungsangebote keine Stigmatisierung bedeuten, sondern konkrete Hilfe leisten.
- **Finanziell unterstützte Mittagstische:** Mittagstische in den Stadtteilen sollen ausgebaut und finanziell gefördert werden, sodass auch Menschen mit geringem Einkommen regelmäßig eine warme Mahlzeit in Gemeinschaft erhalten können. Damit wird nicht nur die Ernährungssituation verbessert, sondern auch soziale Isolation wirksam bekämpft (vergleiche Handlungsfeld Präventive Angebote).

## Ältere Menschen mit Behinderung und ältere Menschen mit psychischer Erkrankung

Neben der baulichen Barrierefreiheit (vergleiche Handlungsfeld Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung) ist ebenfalls auf die barrierefreie Informationsweitergabe für ältere Menschen mit Behinderung zu achten (vergleiche Handlungsfeld Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit). Spezialisierte Maßnahmen zum Thema Pflege im Bereich der stationären Einrichtungen sind im Handlungsfeld Betreuung und Pflege zu finden, darüber hinaus fehlen insbesondere im Bereich des Wohnens geeignete Angebote.

- Oftmals müssen Menschen mit Behinderung beim Eintritt ins Seniorenalter ihre bisherigen Wohnformen verlassen, wenn Pflegebedarfe entstehen, die in den Einrichtungen nicht entsprechend versorgt werden können und Kostenträger wechseln. Daher ist der Aufbau spezialisierter Wohnangebote mit geschultem Personal dringend notwendig, insbesondere für ältere Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischen Erkrankungen. Zu denken ist beispielweise an eine ambulant betreute Wohngemeinschaft für Menschen mit Behinderung.
- Auch Menschen mit Sinnesbehinderungen sind häufig nicht ausreichend berücksichtigt – weder beim barrierefreien Bauen noch bei Veranstaltungen oder in Pflegeeinrichtungen. Hier braucht es verbindliche Konzepte und stärkere Berücksichtigung der Bedarfe (vergleiche Handlungsfeld Präventive Angebote).

Ein erster Schritt sind geplante und bereits durchgeführte Workshops und Arbeitsgemeinschaften zur barrierefreien Gestaltung von Veranstaltungen des Kulturamts und der Kongress- und Touristikbetriebe, an denen auch die/der Behindertenbeauftragte und die Koordinatorin/der Koordinator der kommunalen Seniorenarbeit beteiligt werden.

- Eine zentrale Herausforderung stellt laut den Teilnehmenden des Expertenworkshops die Gewinnung von Ehrenamtlichen dar, die hauptamtliche Angebote ergänzen – insbesondere in Bereichen wie dem sozialpsychiatrischen Dienst. Hier bestehen oftmals Berührungängste, sodass es schwerfällt, Freiwillige für diese sensiblen Tätigkeiten zu gewinnen. Um dem entgegenzuwirken, könnte eine Maßnahme darin bestehen, gezielte Informations- und Sensibilisierungskampagnen zu entwickeln, die Hemmschwellen abbauen, realistische Einblicke in die

Aufgaben geben und die Bedeutung des Engagements hervorheben. Ergänzend sollten Qualifizierungen und Schulungen für Ehrenamtliche bereitgestellt werden, um Sicherheit im Umgang mit den Betroffenen zu schaffen und langfristiges Engagement zu fördern (vergleiche Handlungsfeld Bürgerschaftliches Engagement für und von Seniorinnen und Senioren).

- Im Bereich „Altern mit Behinderung“ ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Altenhilfe und Behindertenhilfe notwendig, um bestehende Strukturen besser zu verknüpfen und Versorgungslücken zu schließen. Wichtig ist dabei auch die aktive Einbindung von Selbsthilfeorganisationen wie dem Blindenbund, dem Gehörlosenverein oder der Lebenshilfe, um Bedarfe und Perspektiven direkt aus der Zielgruppe aufzugreifen (vergleiche Handlungsfeld Kooperations- und Vernetzungsstrukturen).
- Strukturen für geflüchtete Migrantinnen und Migranten sichern: Da viele dieser Menschen nun älter werden, müssen frühzeitig nachhaltige Strukturen aufgebaut werden - insbesondere für psychische und soziale Unterstützungsangebote.
- Um Menschen mit starkem Aufbewahrungsverhalten oder desorganisierten Wohnsituationen („Messie-Haushalte“) besser zu unterstützen, soll ein Leitfaden entwickelt werden, der konkrete Handlungsschritte für Fachkräfte, Ehrenamtliche und beteiligte Institutionen beschreibt. Dieser Leitfaden soll unter anderem Empfehlungen zur Früherkennung, zur Organisation von Hilfsangeboten, zu notwendigen Schulungen für Helferinnen und Helfer sowie zur Kooperation mit relevanten Stellen (unter anderem Wohnungslosenhilfe, psychische Gesundheitsdienste, Ordnungsämter) enthalten. Dieser Leitfaden soll in einer Arbeitsgruppe zusammen mit dem Sozialpsychiatrischer Dienst, den betroffenen Beratungsstellen, der Stadtbau Aschaffenburg GmbH und weiteren Akteuren der Seniorenarbeit aus der Stadt wie auch aus dem Landkreis Aschaffenburg erstellt werden. Hierfür können bestehende Vernetzungsgremien genutzt werden (vergleiche Handlungsfeld Kooperations- und Vernetzungsstrukturen). Als Basis kann der bestehende Flyer "Vermüllung von Privatwohnungen - Information und Beratung" von

Stadt und Landkreis Aschaffenburg<sup>67</sup> dienen, der bereits wichtige Informationen für Bürgerinnen und Bürger beinhaltet. Zudem soll auf rechtliche Grundlagen wie den Anspruch auf Betreuung nach §§ 67–69 SGB XII hingewiesen werden. Ziel ist es, ein strukturiertes Vorgehen zu schaffen, das betroffenen Menschen wirksame und zugleich respektvolle Unterstützung ermöglicht.

### Ältere obdachlose Menschen

Menschen, die von Obdachlosigkeit oder Verwahrlosung bedroht oder betroffen sind, benötigen eine besonders intensive Unterstützung. Viele Beratungsstellen wie auch die städtische Wohnungslosenhilfe stoßen bei dieser Zielgruppe häufig an ihre Grenzen, da komplexe Problemlagen wie psychische Erkrankungen, Sucht oder extreme soziale Isolation vorliegen. Es fehlt für diesen Personenkreis vor allem der geeignete Zugang zu Wohnraum, Langzeiteinrichtungen, zur ambulanten Gesundheitsversorgung und zu stationären Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen.

Zur besseren Unterstützung dieser Personengruppe sollten in die Angebote der aufsuchenden Sozialarbeit, niedrigschwellige Sozialberatung und weitere Hilfen des bestehenden Hilfenetzwerkes in enger Abstimmung von kommunaler Wohnungslosenhilfe und sozialer Trägerschaft weiter ausgebaut werden. Die Akteure des Arbeitskreises „Was brauchen wir in der Stadt“ und des Arbeitskreises "Mehr als Wohnen" sollen hierzu hinzugezogen werden. Denkbar sind mobile Beratungsteams, die direkt an Treffpunkten präsent sind oder in Notunterkünften unterstützen, sowie Housing-First-Modelle<sup>68</sup>, bei denen Betroffene vorrangig eine eigene Wohnung erhalten und hierbei sozialpädagogisch begleitet werden. Dazu ist auch mit bestehenden Initiativen auch aus dem Landkreis Aschaffenburg zusammenzuarbeiten. Ziel sollte es sein, Barrieren abzubauen, um die Bereitschaft vorhandener Akteure im Wohnungs- und Gesundheitssektor (Stadtbau, Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste, Ärzteschaft et cetera)

---

<sup>67</sup> Vergleiche Stadt und Landkreis Aschaffenburg: [https://www.landkreis-aschaffenburg.de/PDF/Verm%C3%BCllung\\_in\\_Privathaushalten.PDF?ObjSvrID=3984&ObjID=846&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1731505454](https://www.landkreis-aschaffenburg.de/PDF/Verm%C3%BCllung_in_Privathaushalten.PDF?ObjSvrID=3984&ObjID=846&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&ts=1731505454), Stand: Dezember 2025.

<sup>68</sup> Vergleiche Sozialdienst katholischer Frauen München e.V.: <https://www.skf-muenchen.de/news/pressemitteilung/ziel-ist-es-den-frauen-ein-stueck-wuerde-zurueckzugeben.html>, Stand: September 2025.

zu erhöhen, diesem Personenkreis eine Chance zu geben beziehungsweise niederschweligen Zugang zu ermöglichen.

Im Expertenworkshop wurde zudem deutlich, dass die Pflege psychisch erkrankter älterer Menschen ebenso wie die Betreuung älterer obdachloser Menschen mit besonderen Herausforderungen verbunden ist (vergleiche Handlungsfeld Betreuung und Pflege).

### Ältere queere Menschen

In Deutschland gibt es rund eine Millionen Menschen über 65 Jahren, die sich als Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen oder Queers (LSBTIQ\*) identifizieren<sup>69</sup>. Es gilt nicht nur die geschlechtliche Selbstbestimmung, gesellschaftliche Teilhabe und körperliche Unversehrtheit auch im Alter anzuerkennen, sondern Strukturen zur Unterstützung zu schaffen.

Um das Thema in der Seniorenarbeit in der Stadt Aschaffenburg zu etablieren und auch die Einrichtungen dahingehend zu sensibilisieren, können verschiedene Schritte miteinander kombiniert werden:

- Kooperationen mit Gruppen und Organisationen aufbauen, welche sich für queere Menschen einsetzen, um deren Bedarfe zu erfassen.
- Schaffung von zielgruppenspezifischen Angeboten für Ältere, die sich als LSBTIQ\* identifizieren.
- Fortbildung und Schulung von Personen, die in der Altenhilfe, Pflege und Betreuung beschäftigt sind, um mögliche Diskriminierungen zu erkennen und zu vermeiden.

---

<sup>69</sup> Vergleiche Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <https://www.bmbfsfj.bund.de/bmbfsfj/aktuelles/alle-meldungen/altenhilfeeinrichtungen-fuer-geschlechtliche-vielfalt-sensibilisieren-165254>, Stand: September 2025.

# Kooperations- und Vernetzungsstrukturen

*„Für einen unkomplizierten Wissenstransfer arbeiten wir zusammen – ressourcenschonend und transparent.“ (Expertenworkshop)*

Eine bedarfsgerechte Seniorenarbeit kann nur im Zusammenspiel vieler Akteure gelingen. Betreuung, Pflege, Beratung, Prävention und Teilhabe erfordern die Zusammenarbeit von Kommune, Wohlfahrtsverbänden, Kirchengemeinden, Vereinen, Initiativen, professionellen Diensten sowie engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Kooperations- und Vernetzungsstrukturen sind daher ein zentrales Fundament, um vorhandene Ressourcen zu bündeln, Doppelstrukturen zu vermeiden und Synergien zu nutzen.

Durch regelmäßigen Austausch, gemeinsame Projekte und abgestimmte Handlungsstrategien können Angebote besser aufeinander abgestimmt und Versorgungslücken geschlossen werden. Gleichzeitig erhöhen Vernetzungsstrukturen die Sichtbarkeit von Angeboten, erleichtern Zugänge und stärken die Handlungsfähigkeit vor Ort.

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Kooperations- und Vernetzungsstrukturen		
Fortführung und Ausbau des Teilnehmerkreises bereits bestehender Austauschformate wie beispielsweise der Runde Tisch für Seniorinnen und Senioren	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben	Dauerhaft

Der Runde Tisch für Seniorinnen und Senioren (AG 03) ist im Rahmen des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts von 2015 entstanden. Er vereint zahlreiche Akteure aus der Stadt Aschaffenburg und stellt ein zentrales Fundament für deren Vernetzung dar. Zahlreiche Maßnahmen wurden im Zuge des Vernetzungsgremiums umgesetzt (vergleiche Entwicklungen seit dem Seniorenpolitischen Gesamtkonzept aus dem Jahr 2015). Die Struktur hat sich in den vergangenen Jahren bewährt und stellt heute einen wichtigen Bestandteil sowohl für die Vernetzung als auch für die gezielte Weiterentwicklung der Seniorenarbeit dar. Auch in Hinblick auf die Umsetzung der Fortschreibung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzepts ist die Arbeitsgruppe essenziell

wichtig. Hierfür sollten alle Akteure auch weiterhin rege an den Gremien teilnehmen und mitarbeiten. Im Expertenworkshop wurden Anregungen gegeben, wie das Vernetzungsgremium in Zeiten der personell knappen Ressourcen ausgebaut werden kann. Dazu gehören

- Eine frühzeitige Festlegung von Zielen und thematischen Schwerpunkten bietet sowohl den Beratungsstellen als auch den Trägern eine bessere Orientierung darüber, welche Themen für sie relevant sind. Dadurch kann die Beteiligung gestärkt, die Teilnahme gezielter geplant und der Einsatz vorhandener Ressourcen effizienter gestaltet werden. Die versendeten Einladungen inklusive der mitgeschickten Agenda sind für jedes Gremium noch mal auf Attraktivität, Verständlichkeit und Zuständigkeit seitens der Stadt zu prüfen.

Ebenso sollen Termine weiterhin frühzeitig bekannt gegeben und Terminüberschneidungen vermieden werden.

- Zusätzlich wurde im Expertenworkshop vorgeschlagen, in den Sitzungen regelmäßig neue Ansätze und Best-Practice-Beispiele aus der Seniorenarbeit und Pflege vorzustellen und so für das Fachpublikum nutzbar zu machen.
- Gemeinsam sollen außerdem die vorhandenen Ressourcen der Stadt erfasst und übersichtlich aufbereitet werden. Dazu zählen unter anderem verfügbare Räumlichkeiten, deren Ausstattung sowie die anfallenden Nutzungskosten, um sie für (Informations-)Veranstaltungen und Angebote zur sozialen Teilhabe nutzen zu können. In einem engen Austausch mit den Teilnehmenden können weitere Themen gesammelt und für nächste Sitzungen aufbereitet werden.

# Betreuung und Pflege

„Mutig – neue Wege gehen“ (Expertenworkshop)

Mit zunehmendem Alter oder bei gesundheitlichen Einschränkungen steigt die Bedeutung von Betreuung und Pflege. Sie sichern Lebensqualität, Selbstbestimmung und Teilhabe, wenn der Alltag nicht mehr vollständig allein bewältigt werden kann. Betreuung und Pflege umfassen dabei weit mehr als die medizinische Versorgung. Sie reichen von alltagsnaher Unterstützung über aktivierende Begleitung bis hin zu umfassender pflegerischer Hilfe, angepasst an den individuellen Bedarf. Grundlage für die Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur bildet der [Pflegebedarfsreport 2023 der Stadt Aschaffenburg](#)<sup>70</sup>, der auf der Bedarfsermittlung für Pflegeeinrichtungen gemäß Artikel 69 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze basiert. Er liefert wichtige Daten zur aktuellen und zukünftigen Versorgungssituation und unterstützt die Stadt sowie Träger dabei, Pflegeangebote bedarfsgerecht zu planen und zu gestalten.

Besondere Aufmerksamkeit - im Sinne der im Pflegebedarfsreport 2023 beschriebenen Weiterentwicklung der Pflegeinfrastruktur - gilt Zielgruppen, die spezifische Anforderungen haben. Dazu zählen etwa Menschen mit Demenz, mit Sinnesbeeinträchtigungen oder mit chronischen Erkrankungen. Für sie braucht es passgenaue Angebote, die Rücksicht auf ihre besonderen Bedürfnisse nehmen und zugleich Teilhabe ermöglichen.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Unterstützung pflegender Angehöriger. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag in der Versorgung und stehen zugleich oft unter erheblicher körperlicher, psychischer und zeitlicher Belastung. Entlastungsangebote, Beratungsstrukturen und flexible Unterstützungsformen sind daher entscheidend, um Angehörige zu stärken und eine Überforderung zu vermeiden. Ziel muss deshalb sein, mehr Transparenz zu schaffen und verlässliche Informationen über Pflege-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote bereitzustellen.

---

<sup>70</sup> Vergleiche Stadt Aschaffenburg: <https://www.aschaffenburg.de/dokumente/Kultur-und-Tourismus/Stadtporrait/Pflegereport-2023.pdf>, Stand: September 2025.

So bilden Betreuung und Pflege, die Berücksichtigung besonderer Zielgruppen, die Unterstützung der pflegenden Angehörigen und eine kontinuierliche Bedarfsermittlung gemeinsam das Fundament für eine würdevolle Versorgung und ein gutes Leben im Alter.

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Betreuung und Pflege		
Stärkung der Rolle der Arbeitsgruppe „Pflege“ als zentrales Steuerungsgremium für pflegerische Themen	Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Kliniken Aschaffenburg Bezirk Unterfranken Träger stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen Ambulante Pflegedienste Beratend: Fachstelle für Demenz und Pflege Bayern	Mittelfristig
Optimierung der Übergänge von der Krankenhaus- in die Anschlussversorgung (Entlassmanagement)	Kliniken Aschaffenburg Beratend und vernetzend: Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Träger stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen Ambulante Pflegedienste Beratend: Fachstelle für Demenz und Pflege Bayern	Mittelfristig
Prüfung des Bedarfs und gegebenenfalls Aufbau eines Pflegekrisendienstes	Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Mögliche Kooperationspartner: Bezirk Unterfranken Träger stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen Ambulante Pflegedienste Beratend: Koordinationsstelle Pflege und Wohnen in Bayern	Mittelfristig

Aus dem Pflegebedarfsreport der Stadt Aschaffenburg 2023 ergeben sich folgende Handlungsbedarfe: Während die ambulante Versorgung an Bedeutung gewinnt, bestehen insbesondere bei der Kurzzeit- und Tagespflege deutliche Versorgungslücken. Gleichzeitig stellen die steigende Zahl von Menschen mit Demenz und der anhaltende Fachkräftemangel große Herausforderungen dar. Für die Stadt ergibt sich daraus die

Aufgabe, bestehende Strukturen zu sichern, neue Angebote gezielt auszubauen und durch innovative Konzepte eine ausgewogene Mischung aus ambulanter, teilstationärer und stationärer Versorgung sicherzustellen. Diese Einschätzung bestätigen auch die Expertinnen und Experten. Aus dem Seniorenpolitischen Gesamtkonzept für den Landkreis Aschaffenburg<sup>71</sup> lassen sich ebenfalls ähnliche Bedarfslagen herauslesen. Für eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung ist es empfehlenswert, dass Stadt und Landkreis Aschaffenburg im Bereich Pflege künftig noch enger zusammenarbeiten. Außerdem soll die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Lösungen und Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung, zur Fachkräftegewinnung und zur Qualitätsentwicklung in der Pflege gefördert werden.

Mit der gemeinsamen Gründung der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> im Jahr 2021 haben Stadt und Landkreis Aschaffenburg eine starke Plattform geschaffen, um regionale Akteure zu vernetzen und passgenaue Lösungen zu entwickeln. Diese Struktur stärkt die Kooperation zwischen Pflegeakteuren und dem Gesundheitswesen nachhaltig. Im Gesundheitsforum wurde 2022 die Gründung einer Arbeitsgruppe Pflege beschlossen, die sich inzwischen als lebendiges pflegerisches Netzwerk etabliert hat. Sie baut auf dem zuvor vom Klinikum Aschaffenburg-Alzenau initiierten Runden Tisch Pflege auf und führt diese erfolgreiche Vernetzungsarbeit fort.

Seit ihrer Gründung bearbeitet die Arbeitsgruppe eine Vielzahl relevanter Pflegethemen und unterstützt mit ihrer Arbeit die Umsetzung des Seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes von 2015.

Thematische Schwerpunkte sind unter anderem

- Fachkräftegewinnung,
- Imageverbesserung des Pflegeberufs,
- politische Sensibilisierung,
- betriebliche Gesundheitsförderung,
- Sozialhilfebedürftigkeit in ambulant betreuten Wohngemeinschaften,
- Entlassmanagement,
- Schnittstellenoptimierung zwischen Medizin und Pflege.

---

<sup>71</sup> Vergleiche Landkreis Aschaffenburg: <https://www.landkreis-aschaffenburg.de/loadDocument.phtml?FID=3984.1856.1&Ext=PDF>, Stand: September 2025.

Das Gremium tagt zweimal jährlich im Rahmen einer Vollversammlung und arbeitet zusätzlich in mehreren projektbezogenen oder dauerhaften Unterarbeitsgruppen. Es bietet Vertretungen aller relevanten Akteure der regionalen Pflege- und Versorgungslandschaft aus Stadt und Landkreis Aschaffenburg unter anderem stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, Hospiz- und Palliativdienste, Pflegestützpunkte, Pflegeschulen, Kommunalverwaltungen, Behindertenhilfe, Pflegekassen und Selbsthilfegruppen einen strukturierten Raum für Austausch und Kooperation. Aus dieser Zusammenarbeit sind bereits zahlreiche Maßnahmen hervorgegangen, wie etwa Gesprächsrunden mit politischen Entscheidungsträgern, eine einrichtungsübergreifende Praktikumswoche, Projekte zur Förderung der Berufsverbleibsquote, Imagearbeit, ein Demenz-Screening-Tag, eine Pflegekräftebefragung sowie Beiträge zur Bayerischen Demenzwoche.

Mit der gesetzlichen Verankerung und der damit verbundenen Verstetigung der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> ab 2026 entsteht für Stadt und Landkreis Aschaffenburg die Chance, die Arbeitsgruppe Pflege künftig noch stärker strategisch einzubinden und als zentrales Steuerungsinstrument für die Weiterentwicklung der regionalen Pflege- und Unterstützungsstrukturen zu nutzen. Neben Fragen der Personal- und Fachkräftesicherung können dadurch verstärkt auch konzeptionelle und strukturelle Themen der pflegerischen Versorgung (zum Beispiel Pflegeinfrastruktur, Versorgungskoordination, Prävention, Angehörigenunterstützung) vorangetrieben werden. Um diese Rolle ausbauen zu können, ist es sinnvoll zu prüfen, inwieweit die Entscheidungs- und Handlungskompetenzen der Arbeitsgruppe erweitert werden können. Eine stärkere Einbindung politischer Vertreterinnen und Vertreter würde die Arbeit zusätzlich stärken und das Engagement der Pflegeakteure sichtbar würdigen. Durch eine engere Verzahnung mit der kommunalen Verwaltung kann die Arbeitsgruppe ihre Wirkung weiter entfalten. Um das Netzwerk weiter zu stärken, ist es sinnvoll, den Kreis der beteiligten Akteure auszubauen. Obwohl bereits zahlreiche regionale Akteure aus dem Pflegebereich aktiv mitarbeiten, wurde in den Expertenworkshops deutlich, dass zusätzliche Professionen und Institutionen gewonnen werden können. Zudem ist die Existenz und Funktion der Arbeitsgruppe „Pflege“ bei vielen Akteuren wenig bekannt. Dies führte dazu, dass im Expertenworkshop der Wunsch nach neuen Vernetzungsstrukturen geäußert wurde. Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sowie die gezielte Ansprache potenzieller Netzwerkpartner – insbesondere durch bestehende Mitglieder im Sinne eines

Peer-Ansatzes – können dazu beitragen, die Arbeitsgruppe weiter zu öffnen und ihre Basis zu verbreitern.

Von der Einrichtung einer offiziellen Pflegekonferenz nach § 8a Abs. 3 SGB XI, wie sie im Expertenworkshop angeregt wurde, wird abgesehen, da dies letztlich den Aufbau von Doppelstrukturen bedeuten würde. Sollte sich der strukturelle Rahmen jedoch künftig verändern, kann eine Weiterentwicklung der bestehenden Arbeitsgruppe hin zu einer solchen Konferenz perspektivisch sinnvoll sein. Pflegekonferenzen können unter anderem eine höhere Verbindlichkeit und eine stärkere Einbindung der Pflegekassen bieten und ermöglichen es, Ergebnisse direkt an das Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention weiterzugeben.

Zudem bietet die Arbeitsgruppe „Pflege“ einen geeigneten Rahmen, um Zukunftsthemen stärker in den Blick zu nehmen, wie beispielsweise Digitalisierung oder Klimaanpassung in Pflegeeinrichtungen. Digitale Assistenzsysteme können die Pflegepraxis wirksam unterstützen – Beispiele reichen von intelligenten Matratzen über interaktive Robotik bis hin zu digitaler Medikamentenversorgung. Die Arbeitsgruppe „Pflege“ kann den Austausch von Erfahrungen über konkrete Einsatzmöglichkeiten neuer Technologien in Pflegeeinrichtungen ermöglichen und eröffnet den Einrichtungen dadurch neue Perspektiven. Ebenso sollten Maßnahmen zum Schutz vor klimatischen Belastungen, insbesondere Hitzewellen stärker in den Fokus rücken. Pflegeeinrichtungen stehen hier vor der Aufgabe, geeignete Maßnahmen zum Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner umzusetzen. Materialien und Handlungsempfehlungen der Landesarbeitsgemeinschaft Gesundheitsschutz im Klimawandel (LAGiK) bieten hierfür bereits wertvolle, praxisnahe Orientierung<sup>72</sup>. Zudem wird aktuell ein Hitzeaktionsplan seitens der Stadt Aschaffenburg erstellt, wo unter anderem auch die Pflegeeinrichtungen als Akteure beteiligt werden. Die Fertigstellung ist für August 2026 geplant (vergleiche Handlungsfeld Integrierte Orts- und Entwicklungsplanung). Daraus werden sich geeignete Handlungsempfehlungen zum Thema Hitzeschutz in stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen, Kliniken und ambulant betreuten Wohngruppen ergeben.

---

<sup>72</sup> Vergleiche Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit:

[https://www.lgl.bayern.de/gesundheit/umweltbezogener\\_gesundheitsschutz/projekte\\_a\\_z/kluv\\_klapp.htm](https://www.lgl.bayern.de/gesundheit/umweltbezogener_gesundheitsschutz/projekte_a_z/kluv_klapp.htm), Stand: Oktober 2025.

Auch die Optimierung der Übergänge von der Krankenhaus- in die Anschlussversorgung wurde im Expertenworkshop als wichtiges Thema benannt. Diese verlaufen aktuell noch nicht reibungslos. Eine gut organisierte Anschlussversorgung – etwa durch Kurzzeitpflege, Reha-Angebote (stationär oder ambulant) oder unterstützende Hilfen für die erste Zeit zu Hause – kann jedoch dazu beitragen, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu verringern und sogenannte Drehtüreffekte mit wiederholten Krankenhausaufenthalten zu verhindern. Dieses Thema sollte im Entlassmanagement des kommunalen Klinikums und in der Arbeitsgruppe der Gesundheitsregion<sup>plus</sup> noch stärker berücksichtigt und vorangetrieben werden. Denkbar wäre hier zum Beispiel eine digitale Plattform für die sozialen und medizinischen Versorger einzurichten, auf der ein schneller Austausch und eine bessere Verzahnung möglich ist.

Darüber hinaus kann die Prüfung und gegebenenfalls Einführung eines Pflegekrisendienstes eine sinnvolle Ergänzung der städtischen Versorgungslandschaft darstellen. Ein solcher Dienst, wie etwa beim BRK-Kreisverband Erding e. V.<sup>73</sup> erfolgreich umgesetzt, könnte kurzfristige Versorgungslücken auffangen, die ambulante Versorgung entlasten und in Notfallsituationen eine verlässliche häusliche Versorgung im Stadtgebiet sicherstellen. Der Pflegekrisendienst des BRK-Kreisverbands Erding bietet kurzfristige, unkomplizierte Unterstützung für Menschen jeden Alters, die aufgrund eines Ereignisses vorübergehend nicht für sich selbst sorgen können. Er unterstützt, wenn kein anderer Dienst (hauptamtlich und/oder ehrenamtlich) beziehungsweise Angehörige dazu in der Lage sind. In solchen akuten Pflegesituationen übernimmt qualifiziertes Personal für bis zu fünf Tage grundlegende häusliche Pflege- und Behandlungsaufgaben, bis eine dauerhafte Versorgung durch ambulante Dienste oder andere Hilfen sichergestellt ist. Das Angebot ist für Betroffene kostenfrei und wird von einem Netzwerk aus professionellen Fachkräften, Einrichtungen und Ehrenamtlichen getragen. Für die Umsetzung können Fördermittel über die GutePflegeFÖR beantragt werden.

---

<sup>73</sup> Vergleiche BRK-Kreisverbands Erding e. V.: <https://www.brk-erding.de/index.php/angebote/pflegekrisendienst>, Stand: September 2025.

## Unterstützung pflegender Angehöriger

Pflegende Angehörige tragen den größten Teil der Versorgung von älteren und pflegebedürftigen Menschen und sind damit eine zentrale Stütze im gesamten Pflegesystem. Sie übernehmen häufig rund um die Uhr vielfältige Aufgaben, die sowohl körperlich als auch emotional belastend sein können. Ohne ihre Unterstützung wäre eine flächendeckende Pflege in der bisherigen Form kaum möglich. Gleichzeitig sind sie selbst stark gefährdet, durch Überlastung gesundheitliche Einschränkungen zu erfahren. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, pflegende Angehörige gezielt zu entlasten, ihnen passende Unterstützungsangebote bereitzustellen und so ihre wichtige Rolle langfristig zu sichern.

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Unterstützung pflegender Angehöriger		
Ausbau der Entlastungsangebote für pflegende Angehörige und Förderung der Inanspruchnahme	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben Mögliche Kooperationspartner: Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Bezirk Unterfranken Träger stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen Wohlfahrtsverbände Pflegekassen Weitere Träger der Seniorenarbeit	Dauerhaft
Prüfung des Aufbaus einer Fachstelle für pflegende Angehörige, unter anderem zum Aufbau von Pflegekursen und stundenweisen Betreuungsangeboten	Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Bezirk Unterfranken Beratend: Fachstelle für Demenz und Pflege Bayern	Mittelfristig
Fortführung des Pflegestützpunktes als zentrale Anlaufstelle für pflegende Angehörige	Stadt Aschaffenburg im Rahmen der den Ämtern zugewiesenen Aufgaben	Dauerhaft

Wie zuvor beschrieben fehlen laut Pflegebedarfsreport der Stadt Aschaffenburg 2023 und den Expertinnen und Experten im Stadtgebiet Aschaffenburg planbare und verlässliche Entlastungsangebote wie Kurzzeitpflege, Nachtpflege und flexible Unterstützungsformen. Die wenigen bestehenden Plätze stoßen an ihre Grenzen und sind organisatorisch schwer nutzbar, insbesondere für kurzfristige Aufenthalte. Die Teilnehmenden des Expertenworkshops betonen daher die Notwendigkeit, alternative Konzepte zu prüfen – etwa die Versorgung Pflegebedürftiger in angemieteten Wohnungen durch ambulante Dienste (Pflegerwohnung auf Zeit). Auch die Einführung von Nachtpflegeangeboten sollte geprüft werden, wofür der Austausch mit bestehenden Projekten sinnvoll wäre. Die Koordinationsstelle Pflege und Wohnen unterstützt beim Aufbau entsprechender Angebote<sup>74</sup>. In der Bürgerbefragung wurde deutlich, dass pflegende Angehörige vor allem auch Unterstützung im Haushalt benötigen, gefolgt von stundenweiser Betreuung (vergleiche Handlungsfeld Wohnen zu Hause). Diese Angebote könnten pflegende Angehörige erheblich entlasten und die Versorgung im häuslichen Umfeld stärken. Gleichzeitig beobachten die Expertinnen und Experten, dass oftmals Angebote nicht in Anspruch genommen werden, beispielhaft wurden verfügbare Tagespflegeplätze in der Stadt Aschaffenburg genannt.

Neben diesen Entlastungsangeboten benötigen pflegende Angehörige Möglichkeiten zum Austausch (Pflegekurse und Angehörigengruppen), diese sind deshalb auszubauen. Pflegende Angehörige haben in Bayern – wie im gesamten Bundesgebiet – nach § 45 SGB XI einen gesetzlichen Anspruch auf kostenlose Pflegekurse und individuelle Pflegeberatung durch die Pflegekassen. Die Fachstelle Demenz und Pflege Unterfranken unterstützt beim Aufbau entsprechender Angebote<sup>75</sup>. Auf der Homepage der Fachstelle findet sich auch eine Angebotslandkarte mit zahlreichen Praxisbeispielen. Um solche Kurse langfristig zu etablieren, ist eine enge Anbindung an den Pflegestützpunkt sinnvoll. Zudem sollte eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit erfolgen, damit die Angebote einer breiten Zielgruppe bekannt gemacht und gut genutzt werden.

---

<sup>74</sup> Vergleiche Koordinationsstelle Pflege und Wohnen: <https://www.bayern-pflege-wohnen.de/beratungsschwerpunkte/tagespflege-und-nachtpflege/>, Stand: Oktober 2025.

<sup>75</sup> Vergleiche Fachstelle für Demenz und Pflege: <https://www.demenz-pflege-bayern.de/> und <https://www.demenz-pflege-unterfranken.de/>, Stand: September 2025.

Die Bürgerbefragung hat gezeigt, dass insgesamt rund jede siebte befragte Person aktiv in der Pflege von Angehörigen oder Bekannten eingebunden ist. Die Seniorinnen und Senioren, die in Pflege involviert sind, wurden zudem gefragt, wie belastend sie ihre Situation als pflegender Angehöriger erleben. Etwa ein Drittel erlebt die Pflege als eher oder sehr belastend. Ein Fünftel der Personen, die sich weitere Unterstützung wünschen, äußerten den Bedarf an Beratung und Begleitung der Pflegesituation zu Hause. In der Stadt Aschaffenburg gibt es derzeit keine anerkannte Fachstelle für pflegende Angehörige. Im Landkreis übernimmt diese Aufgabe grundsätzlich die Fachstelle in Hösbach, die jedoch aktuell nicht mehr offiziell anerkannt ist. Fachstellen für pflegende Angehörige sind spezialisierte Beratungsstellen, die auf den besonderen Beratungs- und Unterstützungsbedarf von pflegenden Angehörigen reagieren. Pflegende sind oft sehr belastet und drohen auszubrennen, wenn sie nicht gut für sich sorgen und rechtzeitig entlastende Unterstützung finden. Ziel der Arbeit ist, dem Burnout und der gänzlichen Erschöpfung von pflegenden Angehörigen entgegenzuwirken und Grundlagen für eine gelingende Pflege zu schaffen.

Eine enge Zusammenarbeit mit dem Pflegestützpunkt und weiteren Beratungsstellen ist anzustreben, insbesondere um Doppelstrukturen zu vermeiden. Zu den Angeboten einer Fachstelle sollten folgende Aufgaben gehören:

- Ausbau der Beratung zum Thema Demenz (siehe unten "Pflege für besondere Zielgruppen").
- Ausbau von Angehörigengruppen für pflegende Angehörige in den Stadtteilen. Wenn notwendig, sollte eine gleichzeitige Betreuung der Pflegebedürftigen ermöglicht werden.
- Ausbau von Pflegekursen für Angehörige und Schaffung von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige (siehe oben).
- Förderung von „Einzelhelfern“ im Rahmen der Pflegeversicherung, beispielsweise durch die Unterstützung beim Anerkennungsverfahren und die Organisation von wohnortnahen Schulungen.
- Initiierung von Angeboten zur Unterstützung im Alltag (AUA) wie zum Beispiel Alltagsbegleiterinnen und Alltagsbegleiter, haushaltsnahe Dienstleistungen (vergleiche Handlungsfeld Wohnen zu Hause).
- Öffentlichkeitsarbeit zu Entlastungsangeboten (vergleiche Handlungsfeld Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit) sowie

Informationsweitergabe zu Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten, insbesondere auch digitale Hilfsmittel wie AAL-Techniken (Ambient Assisted Living) (vergleiche Handlungsfeld Wohnen zu Hause).

Für den Aufbau einer solchen Fachstelle können Fördermittel gemäß der Richtlinie für die Förderung im „Bayerischen Netzwerk Pflege“ beantragt werden. Beratung und Unterstützung leistet hierbei die Fachstelle für Demenz und Pflege Bayern<sup>76</sup>.

Der Pflegestützpunkt stellt einen unverzichtbaren Bestandteil der städtischen Unterstützungs- und Beratungsstruktur dar. Als zentrale, leicht zugängliche Anlaufstelle bietet er pflegenden Angehörigen sowie Pflegebedürftigen qualifizierte, unabhängige und wohnortnahe Beratung. Gerade in einer Zeit, in der der Bedarf an Pflege kontinuierlich steigt und Betroffene und deren Angehörige immer häufiger vor komplexen organisatorischen, finanziellen und emotionalen Herausforderungen stehen, übernimmt der Pflegestützpunkt eine Schlüsselrolle. Er sorgt nicht nur für Transparenz im vielfältigen Angebot der Pflege- und Hilfsdienste, sondern hilft auch dabei, passende, individuelle Lösungen zu finden und Überlastung vorzubeugen. Durch die enge Vernetzung mit sozialen Einrichtungen, medizinischen Diensten und kommunalen Stellen trägt er entscheidend dazu bei, die Lebensqualität der Betroffenen zu sichern und die pflegerische Versorgung in der Stadt nachhaltig zu stärken.

Die Aufrechterhaltung des Pflegestützpunktes bedeutet daher weit mehr als die Bereitstellung eines Beratungsangebots – sie ist ein wesentlicher Baustein kommunaler Daseinsvorsorge, der soziale Strukturen stärkt, Angehörige entlastet und in Verbindung mit der Stadt und weiteren Beratungsstellen Handlungsbedarfe nachhaltig koordinieren.

---

<sup>76</sup> Vergleiche Fachstelle für Demenz und Pflege Bayern: <https://www.demenz-pflege-bayern.de/beratung-in-der-pflege/fachstellen-fuer-pflegende-angehoerige-2>, Stand: Dezember 2025.

## Pflege für besondere Zielgruppen

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Pflege für besondere Zielgruppen		
Weiterentwicklung von Konzepten zur Versorgung von Menschen mit Demenz und gerontopsychiatrischen Erkrankungen in Pflegeheimen und in der ambulanten Versorgung	Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Kliniken Aschaffenburg Bezirk Unterfranken Träger stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen Beratungsstellen insb. Alzheimergesellschaft und Beratungsstelle Demenz Untermain Beratend: Fachstelle für Demenz und Pflege Bayern	Mittelfristig
Berücksichtigung von älteren Menschen mit Behinderungen sowie mit psychischer Erkrankung (inklusive obdachlose Menschen) in der Pflege	Bezirk Unterfranken Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Träger stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen PSAG Untermain (Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft Untermain)	Dauerhaft
Verbesserung der pflegerischen Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund und / oder Fluchterfahrungen hinsichtlich kultursensibler Pflege	Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Träger stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen Migrantenorganisationen	Dauerhaft
Organisation einer Veranstaltung für das Thema LSBTIQ* im Alter für die Akteure der Pflege, Betreuung und Beratung	Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Träger stationärer und teilstationärer Pflegeeinrichtungen in Zusammenarbeit mit der städtischen Gleichstellungstelle	Mittelfristig

In der Stadt Aschaffenburg ist in den kommenden Jahren mit einem Anstieg der Zahl an Menschen mit Demenz zu rechnen. Bereits heute verzeichnen ambulante Dienste und stationäre Einrichtungen eine stetig wachsende Zahl pflegebedürftiger Menschen mit demenziellen Erkrankungen. Bisher verfügt nur der Landkreis Aschaffenburg über Einrichtungen mit beschützenden Bereichen. Angesichts dieser Entwicklung ist es

entscheidend, Pflegeeinrichtungen sowohl baulich als auch konzeptionell noch stärker auf die Bedürfnisse von Menschen mit gerontopsychiatrischen Erkrankungen auszurichten – ebenso wie auf eine gezielte Qualifizierung des Personals. Dazu zählen unter anderem:

- Einsatz von Personal mit gerontopsychiatrischen Zusatzqualifikationen oder Ermöglichung der Weiterbildung des vorhandenen Personals.
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der Betreuung von Menschen mit Demenz durch Tagesstrukturierung, dem Einsatz von Präsenzkräften et cetera.
- Aufbau von ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Menschen mit Demenz<sup>77</sup>. Diese ermöglichen die Schaffung eines örtlichen, kleinteiligen Pflegeangebots. Die Versorgung der Mieterinnen und Mieter in Wohngemeinschaften erfolgt durch ambulante Dienste.
- Ausbau und demenzfreundliche Gestaltung der Aufenthaltsbereiche in Pflegeeinrichtungen. Dies betrifft auch die Außenbereiche.
- Einsatz technischer Hilfsmittel, um Menschen mit Hinlauftendenzen zu schützen, ohne geschlossene Abteilungen zu schaffen.
- Enge Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Beratungsstellen wie beispielsweise der Alzheimergesellschaft und der Beratungsstelle Demenz Untermain, um mögliche Kooperationen oder gemeinsame Projekte zu entwickeln.
- Zur besseren Unterstützung von Menschen mit Demenz und deren Angehörigen sollen frühzeitig sensibilisiert und ihnen praxisnahe Handlungsstrategien für Krisensituationen an die Hand gegeben werden (zum Beispiel über Informationsveranstaltungen oder Schulungsmodule; vergleiche Handlungsfeld Beratung, Information und Öffentlichkeitsarbeit). So können sie rechtzeitig Vorsorge treffen und bei Notfällen schneller reagieren.

---

<sup>77</sup> Vergleiche Koordinationsstelle Pflege und Wohnen, Ambulant betreute Wohngemeinschaft: <https://www.bayern-pflege-wohnen.de/beratungsschwerpunkte/ambulant-betreute-wohngemeinschaften-abwg/>, Stand: Oktober 2025.

Immer mehr Menschen mit Behinderung erreichen ein höheres Lebensalter und haben damit ein erhöhtes Risiko, einen umfassenden Betreuungs- und Pflegebedarf zu entwickeln, darunter insbesondere Menschen mit geistiger Behinderung. Aufgrund verschiedener Risikofaktoren sind sie häufiger von Erkrankungen wie Demenz oder Herz-Kreislauf-Problemen betroffen. Darauf müssen sich sowohl die Träger der Behindertenhilfe als auch die Pflegeeinrichtungen einstellen. Der Expertenkreis betont die Notwendigkeit einer spezialisierten stationären Einrichtung mit entsprechend geschultem Personal, die sowohl auf die Bedürfnisse älterer Menschen mit geistiger Behinderung als auch auf die von psychisch erkrankten Seniorinnen und Senioren eingeht. Ziel ist es, den Betroffenen auch im Seniorenalter ein dauerhaftes, ihren Bedarfen entsprechendes Wohn- und Versorgungsumfeld zu sichern und dadurch den mehrfachen Wechsel der Zuständigkeiten und Einrichtungen zu vermeiden.

Im Expertenworkshop wurde außerdem auf die pflegerische Versorgung von Älteren mit Migrations- und insbesondere Fluchthintergrund hingewiesen. Es benötigt daher gezielte Schulungsangebote für Pflegekräfte zu kultursensibler Pflege. Die Bedarfsentwicklung gilt es zukünftig im Blick zu behalten, weil auch bei diesen Bevölkerungsgruppen sich Familienstrukturen und Nachfrageverhalten verändern können.

Zu denken ist beispielsweise an:

- Kultursensible Pflegekompetenz (Weiterbildung von Pflegekräften)
- Wohn- und Pflegeangebote: zum Beispiel ambulant betreute Wohngemeinschaft in der eigenen Muttersprache (vergleiche Wohngemeinschaft Emin Eller in Stuttgart) oder Tagespflegen mit speziellen Gebets- und Ruheräumen (vergleiche Tagespflege Herbstsonne Landkreis Altötting)
- Mehrsprachige Materialien
- Zusammenarbeit mit interkulturellen Netzwerken (Religionsgemeinschaften, Selbsthilfegruppen et cetera).

Im Expertenworkshop wurde deutlich, dass insbesondere auch die Pflege von psychisch erkrankten Älteren sowie älteren obdachlosen Menschen sich schwierig gestaltet. Viele von ihnen erfüllen die üblichen Aufnahmevoraussetzungen klassischer Pflegeheime nicht. Häufig fehlt eine gesicherte Krankenversicherung, stabile gesundheitliche Verhältnisse oder soziale Rahmenbedingungen. Zudem liegen bei vielen Betroffenen Doppeldiagnosen, Suchterkrankungen oder schwere psychische Erkrankungen vor, die in herkömmlichen

Einrichtungen nur schwer zu versorgen sind. Gerade Menschen mit psychischen Erkrankungen benötigen oft spezialisierte Betreuung, die über die Kapazitäten und Strukturen regulärer Pflegeheime hinausgeht. Deshalb müssen Kommunen häufig individuelle Lösungen entwickeln – etwa durch besondere Wohn- und Pflegearrangements, spezialisierte Wohngruppen oder gezielte Einzelfallhilfen – um eine angemessene Versorgung und Unterbringung sicherzustellen.

In Bayern existieren nur wenige spezialisierte stationäre Pflegeangebote für obdachlose oder ehemals obdachlose Menschen, doch sie schließen eine wichtige Versorgungslücke.

- In München wurden Einrichtungen entwickelt, die pflegebedürftigen Wohnungslosen eine sichere, dauerhafte oder vorübergehende Unterbringung mit intensiver pflegerischer und sozialer Betreuung ermöglichen. Zu den zentralen Angeboten gehört das "Haus an der Pilgersheimer Straße" der Caritas, eines der bundesweit seltenen Pflegeheime, das sich ausdrücklich an chronisch kranke, pflegebedürftige und wohnungslose Menschen richtet. Ergänzt wird es durch das "Haus St. Benedikt", das schwer kranke obdachlose Männer stationär betreut.
- Die "Krankenstuben für Obdachlose" befinden sich in München und Nürnberg, sie bietet eine kurzzeitige pflegerische Unterbringung und Nachsorge nach Krankenhausaufenthalten.

Wohn- und Pflegeangebote für ältere Menschen mit psychischer Erkrankung gibt es bislang kaum in Bayern.

- "Betreutes Wohnen 60+" in Burghausen: Dort können Seniorinnen und Senioren mit psychischen Erkrankungen wie Depressionen, bipolaren Störungen oder Psychosen ambulant wohnen – in der eigenen Wohnung oder in barrierefreien Appartements im Seniorenzentrum – und gleichzeitig Unterstützung und Tagesstruktur durch eine Tages-/Begegnungsstätte nutzen. Darüber hinaus gibt es Angebote wie betreutes Einzelwohnen, ambulante Pflege bei Bedarf sowie – je nach Erfordernis – stationäre Versorgung. Ziel ist, den Alltag zu stabilisieren, ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und möglichst frühzeitige, stationäre Pflegeaufnahmen zu vermeiden.

Es ist zu prüfen, inwieweit solche Angebote auf die Stadt Aschaffenburg übertragen werden können.

Um die Pflege-, Betreuungs- und Beratungsstrukturen in der Stadt inklusiver zu gestalten, soll eine Fachveranstaltung zum Thema „LSBTIQ\* im Alter“ organisiert werden. Ziel ist es, Akteure aus Pflegeeinrichtungen, Tagespflege, ambulanten Diensten und Beratungsstellen für die spezifischen Bedürfnisse älterer LSBTIQ\*-Menschen zu sensibilisieren. Diese Veranstaltung soll praxisnahe Informationen, Fallbeispiele und Handlungsempfehlungen vermitteln und damit helfen, Diskriminierung vorzubeugen, Vielfalt sichtbar zu machen und eine (kultur-)sensible Pflege sicherzustellen. Die Planung und Umsetzung können in enger Zusammenarbeit innerhalb der Arbeitsgruppe Pflege (siehe oben) erfolgen, die bereits über die notwendigen Netzwerke und fachlichen Schnittstellen verfügt. Zudem kann auch bestehendes Wissen zurückgegriffen werden: die Schwulen Beratung Berlin hat ein Qualitätssiegel und eine E-Learning Plattform geschaffen<sup>78</sup>. Das Qualitätssiegel "Lebensort Vielfalt" ist ein bundesweites Qualifizierungsprogramm für Pflegeeinrichtungen, ambulante Dienste, Tagespflege, Hospize und Krankenhäuser. Es unterstützt Einrichtungen dabei, ihre Strukturen, ihre Organisationskultur und ihr Personal so weiterzuentwickeln, dass eine LSBTI-sensible\* sowie (post-)migrationssensible Pflege möglich wird. Dabei werden zusätzlich weitere Aspekte von Vielfalt berücksichtigt. Für den Schwerpunkt der (post-)migrationssensiblen Pflege arbeitet das Programm mit dem Kooperationspartner „Vielfalt Pflegen“ (g2 Organisationsentwicklung GmbH) zusammen. In Bayern gibt es derzeit drei zertifizierte Einrichtungen in München und Königsbrunn.

---

<sup>78</sup> Vergleiche Schwulenberatung Berlin gGmbH: <https://schwulenberatungberlin.de/qualitaetsiegel-lebensort-vielfalt/>, Stand: Dezember 2025.

# Hospiz- und Palliativversorgung

„Würdevolles, individuelles Sterben ermöglichen.“ (Expertenworkshop)

Hospiz- und Palliativversorgung haben das Ziel, Menschen in ihrer letzten Lebensphase bestmöglich zu begleiten. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht Heilung oder Verlängerung des Lebens, sondern die Linderung von Schmerzen und Beschwerden, die Wahrung von Würde sowie die Unterstützung von Betroffenen und ihren Angehörigen. Die Versorgung umfasst medizinische, pflegerische, psychosoziale und seelsorgerische Aspekte und orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen und Wünschen der Patientinnen und Patienten.

Ein breites Netzwerk von ambulanten Diensten, stationären Hospizen, spezialisierten Palliativteams sowie ehrenamtlich Engagierten trägt dazu bei, eine umfassende und wohnortnahe Begleitung sicherzustellen. Auch Angehörige werden einbezogen und erhalten Unterstützung, um die oft belastende Situation besser bewältigen zu können.

Hospiz- und Palliativversorgung sind damit nicht nur ein medizinisches, sondern auch ein gesellschaftliches Thema. Sie stehen für eine Kultur des würdevollen Umgangs mit Sterben, Tod und Trauer und bilden einen wichtigen Bestandteil einer ganzheitlichen Senioren- und Gesundheitsversorgung.

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Hospiz- und Palliativversorgung		
Fortführung der aktiven Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung zum Thema Hospiz- und Palliativversorgung	Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Malteser Hospizdienst Stadt- und Landkreis Aschaffenburg Hospizgruppe Aschaffenburg e.V. Ambulanter Kinder - und Jugendhospizdienst Aschaffenburg Hospiz- und Palliativ-Team Bayerischer Untermain gGmbH (SAPV) Klinikum Aschaffenburg	Dauerhaft

Maßnahmen	Zuständigkeit / Ansprechpartner	Zeithorizont
Stärkung der Vernetzung in der Hospiz- und Palliativarbeit	Gesundheitsregion <sup>plus</sup> Malteser Hospizdienst Stadt- und Landkreis Aschaffenburg Hospizgruppe Aschaffenburg e.V. Ambulanter Kinder - und Jugendhospizdienst Aschaffenburg Hospiz- und Palliativ-Team Bayerischer Untermain gGmbH (SAPV) Klinikum Aschaffenburg-Alzenau	Dauerhaft

Die Stadt Aschaffenburg ist bereits gut aufgestellt, was die Hospiz- und Palliativversorgung betrifft. Neben der Hospizgruppe Aschaffenburg e. V. bietet auch der ambulante Hospizdienst der Malteser sowie die Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV Bayerischer Untermain) verschiedene Leistungen an. Zudem gibt es eine Klinik für Palliativmedizin mit Palliativmedizinischer Tagesklinik. Derzeit entsteht in Aschaffenburg ein Hospiz- und Palliativzentrum, in dem verschiedene Angebote gebündelt werden: Die Hospizgruppe Aschaffenburg e. V., die Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV), ein öffentlich zugängliches Café, eine Selbsthilfegruppe, ein teilstationäres Hospiz mit acht Betten sowie drei kleine betreute Wohnungen für Palliativpatienten. Im Landkreis Aschaffenburg gibt es das Hospiz Alzenau. Diese Angebote haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Thema Sterben und Trauer in der Öffentlichkeit präsenter ist. Diese gilt es daher aufrechtzuerhalten und zu unterstützen. Beispielsweise kann die Ehrenamtsagentur zukünftig verstärkt zur Gewinnung von Ehrenamtlichen für die Arbeit der Hospizgruppe Aschaffenburg e. V. beitragen.

Zwar sind die bestehenden Angebote bereits vielen bekannt, dennoch kann nach Experteneinschätzung das Thema Sterben und Hospizarbeit stärker an andere Personengruppen herangetragen werden. Eine Maßnahme kann darin bestehen, Kinder und Jugendliche frühzeitig für das Thema zu sensibilisieren. Hierzu kann der von der Hospizgruppe Aschaffenburg e. V. bereitgestellte „Wandernde Trauerkoffer“ genutzt werden, der für den Einsatz in Kindergärten und Grundschulen konzipiert ist. Er enthält eine Vielzahl kindgerechter Materialien wie Bilder- und Sachbücher, Symbole,

Moderationskarten und weitere Utensilien zum Thema Trauer. Ergänzend bietet das Projekt „Hospiz macht Schule“ einen wichtigen Ansatz, um die Themen Sterben und Trauer pädagogisch aufzubereiten. Darüber hinaus kann eine Kooperation von Kindergärten und Schulen mit Büchereien angestoßen werden, sodass thematisch passende Bücher zur Verfügung stehen und die Auseinandersetzung mit diesen sensiblen Themen altersgerecht unterstützt wird<sup>79</sup>. Das Begleitgremium weist zudem darauf hin, dass in den Kliniken teilweise noch mehr Sensibilisierung vonnöten sei, um die Wünsche und Bedarfe von Sterbenden zu berücksichtigen. Insbesondere die von der Hospizgruppe angebotene Ethikberatung trägt hier zu einer guten Versorgung bei.

Die Hospizgruppe Aschaffenburg e. V. und der Malteser Hilfsdienst verfügen bereits über gut etablierte Vernetzungsstrukturen, die eine wichtige Grundlage für eine koordinierte Versorgung darstellen. Allerdings kann die Zusammenarbeit mit den stationären Pflegeeinrichtungen verbessert werden. Um die Hospizarbeit weiter zu stärken, soll der Aufbau verbindlicher Kooperationsstrukturen gefördert werden. Ziel ist es, durch regelmäßige Austauschformate, gemeinsame Schulungen und feste Absprachen, die Zusammenarbeit zwischen ambulanten Hospizdiensten, stationären Einrichtungen und weiteren relevanten Akteuren zu verstetigen und so eine kontinuierliche, bedarfsgerechte Versorgung sicherzustellen.

Darüber hinaus soll zur Stärkung der Palliativpflege in stationären Einrichtungen das bayernweite Projekt „Zeitintensive Betreuung im Pflegeheim (ZiB)“<sup>80</sup> stärker in den Blick genommen und in Aschaffenburg bekannter gemacht werden. Die im Jahr 2015 durch das Hospiz- und Palliativgesetz eingeführte gesundheitliche Versorgungsplanung für die letzte Lebensphase (GVP; § 132g SGB V) ist ein dialogorientiertes Beratungsangebot für Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Ziel ist es, gemeinsam die individuellen Vorstellungen und Wünsche

---

<sup>79</sup> Vergleiche HAGE - Hessische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung e. V.:

<https://hage.de/arbeitsbereiche/fachstelle-kasa-sterbebegleitung/veroeffentlichungen/pixi-sonderproduktion/>, Stand: September 2025.

<sup>80</sup> Vergleiche Paula Kubitscheck-Vogel-Stiftung: <https://pkv-stiftung.de/zib-p/>, Stand: September 2025.

für die letzte Lebensphase zu ermitteln und zu dokumentieren. Dabei werden medizinische, pflegerische und psychosoziale Aspekte besprochen, um sicherzustellen, dass die betroffenen Personen auch dann selbstbestimmt bleiben können, wenn sie ihren Willen nicht mehr äußern können. Um die Versorgungsqualität nachhaltig zu verbessern, sollen die stationären Einrichtungen in Aschaffenburg verstärkt auf diese Möglichkeiten hingewiesen und für eine aktive Umsetzung gewonnen werden.

Um die palliativmedizinische Versorgung in Aschaffenburg zu stärken, sollte die sogenannte „Zusatzweiterbildung Palliativmedizin für Ärzt:innen“<sup>81</sup> („kleine Palliative-Care-Ausbildung“) stärker beworben werden. Dabei handelt es sich um eine 40-stündige Kursweiterbildung gemäß § 4 Abs. 8 in Palliativmedizin, die Hausärztinnen und Hausärzte gezielt auf die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit palliativen Bedürfnissen vorbereitet. Nach Expertenmeinung ist es notwendig, diese Weiterbildung in der Ärzteschaft in Aschaffenburg bekannter zu machen und aktiv für deren Durchführung zu werben, um langfristig eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen.

---

<sup>81</sup> Vergleiche Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin e. V.:

<https://www.dgpalliativmedizin.de/allgemein/weiterbildung-fuer-aerzte.html>, Stand: September 2025.

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Aschaffenburg - Veränderung 2043 gegenüber 2023 in Tausend.....	2
Abbildung 2	Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Aschaffenburg nach ausgewählten Altersgruppen (absolute Zahlen).....	3
Abbildung 3	Relativer Anteil der Altersgruppe 65 Jahre und älter und 64 Jahre und jünger in der Stadt Aschaffenburg gemessen an der Gesamtbevölkerung von 2023 bis 2043 (in Prozent).....	4
Abbildung 4	Bevölkerungsentwicklung der Altersgruppen 65 bis 74 Jahre und 75 Jahre und älter in der Stadt Aschaffenburg von 2023 bis 2043 (absolute Zahlen) .....	5
Abbildung 5	Prozentuale Entwicklung der Altersgruppen unter 65 Jahre, 65 bis 74 Jahre und 75 Jahre und älter in der Stadt Aschaffenburg (Ausgangsjahr: 2023, in Prozent).....	5
Abbildung 6	Geschlechterverhältnis nach Altersgruppen im Jahr 2023 in der Stadt Aschaffenburg .....	6
Abbildung 7	Bevölkerung 65+ (2025) in der Stadt Aschaffenburg nach Stadtteilen (absolute Zahlen) .....	7
Abbildung 8	Bevölkerung (2025) in der Stadt Aschaffenburg nach Stadtteilen (in Prozent).....	8
Abbildung 9	Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter in der Stadt Aschaffenburg von 2019 bis 2023 (absolute Zahlen) .....	10
Abbildung 10	Empfängerinnen und Empfänger (Altersgrenze und älter) von Grundsicherung im Alter in der Stadt Aschaffenburg von 2019 bis 2023 (absolute Zahlen) .....	11
Abbildung 11	Anzahl der Hausärztinnen und Hausärzte nach Stadtteilen (absolute Zahlen) .....	32

## Anlagenverzeichnis

- Anlage 1 Ergebnisse der Expertenworkshops
- Anlage 2 Ergebnisse der Bürgerbefragung.

## Bildnachweis

- © Colourbox, #43341624
- © Colourbox, #36352906
- © Colourbox, #43576993